INTERNATIONALE POLITIK SPECIAL

IP SPECIAL • Nr. 3 /2020 • Digitales Europa • 9,90 Euro – 2728

Eine Kooperation mit der **Alfred Herrhausen Gesellschaft**

Digitales Europa 2030

Zeitenwende Wendezeiten

Sonderausgabe des Munich Security Report zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik

Die Welt befindet sich in einer Zeitenwende. Für Deutschland, das sich wie kaum ein anderes Land in der liberalen internationalen Ordnung eingerichtet hatte, stellt sie eine noch größere Herausforderung dar als für andere Staaten. Außenpolitische „Gewissheiten" sind brüchig geworden. Obwohl das Verständnis für die Dimension des weltpolitischen Wandels wächst, fällt es Deutschland schwer, die notwendigen Anpassungen vorzunehmen. Es braucht daher eine „Wendezeit" für die deutsche Außenpolitik. Nur so kann die Europäische Union – und mit ihr Deutschland – zu einem handlungsfähigen Akteur in raueren Zeiten werden.

Für weitere Informationen:
E-Mail: research@securityconference.org
Website: securityconference.org
Twitter: @MunSecConf

https://doi.org/10.47342/YSUC7634

Europas Moment

Von Martin Bialecki, Chefredakteur

Dass man für Wunder beten muss, für Veränderungen aber arbeiten, ist ein alter Satz (Thomas von Aquin). Tempo und Tiefe der digitalen Revolution bringen es allerdings mit sich, dass viele das Arbeiten an der Zukunft und das Gestalten dieser Epoche nicht mehr in ihrer Hand sehen, weil „es" in „der Digitalisierung" sowieso von selbst geschehe. Als seien technologischer Wandel und digitale Entwicklungen eine Art Gottheiten, deren Willkür oder Gnade man ausgeliefert sei.

Dabei kann dieser Wandel durchaus gestaltet werden. Die Alfred Herrhausen Gesellschaft hat für das Projekt „Digitales Europa 2030" eine Reihe hochkarätiger Expertinnen und Experten versammelt, um sehr konkrete Szenarien dafür zu entwickeln. Diese Szenarien sind die Basis dieses *IP Specials*. Die Autorinnen und Autoren vertiefen sie in drei Dimensionen: Geopolitik, Regulierung und Datenhoheit sowie Gesellschaft und Demokratie.

Wo ist Europas Platz angesichts der digitalen Supermächte USA und China? Braucht es ein europäisches Amazon und wenn ja, warum? Welche Regeln bräuchten digitale Plattformen, und wie könnte Europa von seiner zur Meisterschaft entwickelten Fähigkeit zur Regulierung stärker profitieren? Welche Ordnung soll es haben, das virtuelle Haus? Außerdem lesen Sie eine tief besorgte Einschätzung des Zustands der Medien in Zeiten massiver Desinformation; es wird unter anderem um technologische Souveränität gehen, um das europäische Selbstbewusstsein und um die Resilienz der Demokratie.

Nicht jeder Ansatz und jede Ableitung ist optimistisch, das wäre im digitalen Strukturwandel unangebracht und fahrlässig. Was sie eint, ist Klarheit: Bei aller Komplexität des digitalen Wandels ist in diesem Europa jetzt der Moment, um sich zu einigen, zu handeln, etwas zu bewegen. Das ist schwierig, weil Europa sicher nicht zu früh dran ist, aber es ist möglich. Das wiederum stimmt optimistisch. Denn es mag zwar trösten, an Wunder zu glauben – für Veränderungen selbst zu arbeiten, ist aber doch verlässlicher.

Inhalt

Digitales Europa 2030: So fern, und doch so nah
Drei Szenarien für die Zukunft von politischer Öffentlichkeit und digitaler Souveränität.
Von C. Adebahr, J. Gabriel und C. K. Huber 6

Skeptische Bürger
Die wichtigsten Zahlen und Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zur Digitalisierung. 16

Geopolitische Konkurrenz

Die geopolitische Vereinnahmung des Digitalen
Amerika und China sehen digitale Technologien als strategische Ressource zur machtpolitischen Nutzung. Europa sollte lernen, damit umzugehen.
Von Daniel Voelsen 20

Digitalisierung geregelt kriegen
Wie kann Europa seinen Platz in einer digitalen Welt finden? Ein Plädoyer für mehr europäisches Selbstbewusstsein. *Von Elisabeth von Hammerstein und Claudia K. Huber* 26

„Wir kommen auch ohne europäisches Amazon zurecht"
Wie sich der Regulierungsweltmeister Europa als wichtiger Player im digitalen Wettbewerb etablieren kann. *Ein Interview mit Hinrich Thölken* 32

Regulierung und Datenhoheit

Eine Ordnung fürs virtuelle Haus
Europa steht vor der Aufgabe, Regeln für digitale Plattformen zu entwickeln. Dabei gilt es, Meinungsfreiheit und weitere Menschenrechte zu schützen.
Von Julian Jaursch 38

„Europa hat keine Industriepolitik"
Von Gründergeist und Innovationen, Folgen der Pandemie und Lesen im Kaffeesatz: Warum die Finanzinfrastruktur ausgebaut werden sollte.
Ein Interview mit Klaus Hommels 44

Digitaler dritter Weg
Europa braucht eine Strategie, die seine Wettbewerbsfähigkeit bewahrt und sowohl Überwachungskapitalismus als auch Techno-Autoritarismus umgeht. *Von Tyson Barker* 48

Gesellschaft und Demokratie

Die Zukunft der Demokratie ist lokal
Im politischen Gedankengebäude des „New Localism" spielt Technologie eine zentrale Rolle. Sie sollte auch in europäischen Städten umgesetzt werden. *Von Georg Diez* 56

„Resilienz ist eine Zukunftsfrage"
Fake News, Desinformation, Desorientierung: Ist es um die Zukunft der Medien wirklich so schlecht bestellt? *Ein Interview mit Leonard Novy* 62

Gewollte Kontrolle?
Im Kontext des digitalen Strukturwandels ist die Reanimierung des Begriffs der Souveränität falsch und unnötig. Eine Gegenrede. *Von Thorsten Thiel* 68

Macht der Mitte
Die EU kann im digitalen Großmächte-Ringen mit kluger Vernetzung und regulatorisch manches bewegen. Und sie muss es auch.
Von Cathryn Clüver Ashbrook 74

Impressum 80

Wie hell Europa leuchten kann: Blick aus dem All auf das europäische Telekommunikationsnetzwerk.

Digitales Europa 2030: So fern, und doch so nah

Drei Szenarien für die Zukunft von politischer Öffentlichkeit und digitaler Souveränität.

Von Cornelius Adebahr, Johannes Gabriel & Claudia K. Huber

Während Europa um den Ausbau seiner digitalen Infrastruktur und fehlende Laptops an Schulen ringt, entscheidet sich die digitale Zukunft außerhalb des Kontinents. Die chinesische App TikTok, für die meisten Menschen eine Plattform tanzender Teenager, stellt aus Sicht der US-Regierung unter Donald Trump eine Gefahr für die nationale Sicherheit dar. Mark Zuckerberg kündigt Werbebeschränkungen auf Facebook während des Wahlkampfs an, während Trump über Twitter nicht nur seine Feinde, sondern auch seine Ex-Freunde vom Hofberichterstattungssender Fox beschimpft. In welchem Land chinesische Technologie eine Rolle beim Ausbau von 5G-Netzen spielen darf, ist Gegenstand heftiger nationaler und internationaler Diskussionen. Diese Entwicklungen geben Hinweise darauf, wie zentral digitale Technologien heute nicht nur Kommunikation, sondern auch politische Machtverhältnisse bestimmen.

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass mit Hilfe digitaler Technologien schneller als von vielen erwartet Lösungen gefunden werden können, wenn es um Heimarbeit, eine Warn-App oder die Suche nach einem Impfstoff geht. Sie hat uns aber auch die Verwundbarkeit der westlichen Demokratien vor Augen geführt. Das Streuen gezielter Falschinformationen über die Pandemie durch Akteure wie Russland oder China sowie aus der Mitte unserer Gesellschaften ist nur ein Beispiel dafür.

Welche Rolle Europa 2030 in der Welt spielen wird, wie lebendig unsere Demokratien sein werden, wie und auf welchen Kanälen wir Informationen bekommen und politische Diskurse führen werden – die Antworten auf all diese Fragen beeinflussen die Gestaltung der politischen Öffentlichkeit in Europa. Inwiefern wir diese tatsächlich gestalten können, hängt auch davon ab, ob wir gemeinsam digitale Souveränität erlangen werden – das heißt, ob und wie wir Europäer langfristig in der Lage sein werden, im digitalen Raum eigenständig und im Einklang mit unseren eigenen Werten und Interessen zu handeln. Für diese braucht es demokratisch verfasste Öffentlichkeiten, weshalb sich beide Faktoren wechselseitig bedingen.

Um der deutschen Europapolitik in dieser herausgehobenen Zeit digitalpolitische Impulse zu geben, hat eine interdisziplinäre ExpertInnengruppe vor der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 drei Szenarien erarbeitet, die im Folgenden dargestellt werden. Dabei geht der Blick bewusst entlang langer Linien in die Zukunft, um der häufig von Bedenken und Ängsten geprägten Debatte über den Status quo etwas mehr Weitsicht hinzuzufügen. Die Zukunftsbilder sollen eine Grundlage dafür bilden, dass wir heute vorausschauende Entscheidungen für morgen treffen können.

Szenarien sind keine Prognosen. Sie versuchen nicht darzustellen, was sein wird, sondern sind plausible Vorstellungen davon, wie sich die Welt langfristig in verschiedene Richtungen entwickeln könnte. Sie machen einen ungewissen Zukunftsraum vorstellbar und helfen dabei, komplizierte Zusammenhänge zu ordnen und das eigene Umfeld besser zu verstehen. Sie fördern das Nachdenken über Zukunft jenseits von Wunschdenken oder Befürchtungen und helfen, unbequeme Überraschungen zu antizipieren und neue Möglichkeiten zu entdecken. Szenarien sind ein Mittel, um trotz Ungewissheit handlungsfähig zu bleiben.

Da sie helfen sollen, Handlungsoptionen vor dem Hintergrund eigener Wünsche und Ziele zu erkennen, ist es sinnvoll, diese vorab zu definieren. Für das Szenarienprojekt „Digitales Europa 2030“

Dr. Cornelius Adebahr ist politischer Berater und Analyst in Berlin sowie Policy Fellow der Alfred Herrhausen Gesellschaft.

Dr. Johannes Gabriel ist Gründer und Geschäftsführer des Beratungsunternehmens Foresight Intelligence.

Dr. Claudia K. Huber leitet das Europaprogramm der Alfred Herrhausen Gesellschaft.

hat die Gruppe vor allem zwei Ziele hervorgehoben, auf die sich das strategische Handeln europäischer Akteure richten sollte: 1. die Herstellung bzw. Wahrung der Handlungsfähigkeit und Einheit Europas im digitalen Bereich sowie 2. die Stärkung der Resilienz demokratischer Gesellschaften im digitalen Wandel. Diese Ziele werden in den drei Szenarien in unterschiedlichem Ausmaß erreicht bzw. geraten aus verschiedenen Richtungen unter Druck.

Woraus die Zukunft gemacht ist

Im Folgenden skizzieren wir zunächst die Faktoren, welche die ExpertInnen als wesentlich für die langfristige Entwicklung von politischer Öffentlichkeit und digitaler Souveränität im digitalen Europa 2030 identifiziert haben.

- Die Qualität der europäischen Integration beschreibt die Bereitschaft der Mitgliedstaaten zur Zusammenarbeit auf EU-Ebene und deren tatsächliche Umsetzung. Dies beinhaltet auch den Grad des gesellschaftlichen Konsenses gegenüber europäischer Integration in den jeweiligen Mitgliedstaaten.
- Technologische (Un-)Abhängigkeit beschreibt das Angewiesensein der EU auf digitale Technologien und Infrastruktur aus dem Nicht-EU-Ausland. Dieses drückt sich in den technologischen Kompetenzen und der relativen Marktmacht europäischer Unternehmen aus.
- Grad und Effektivität der europäischen Regulierung digitaler Technologien meinen Art und Wirksamkeit der Regulierung von digitalen Akteuren bzw. Themen auf EU-Ebene. Darunter fallen der Datenschutz sowie die Entwicklung der EU als einheitlichem digitalen Raum.
- Desinformation und Integrität von Politik umfassen sowohl den direkten als auch indirekten Einfluss gezielter Falschinformationen auf den politischen Prozess. Ersterer findet beispielsweise über Wahlen und Institutionen statt; letzterer über den gesellschaftlichen Diskurs, wie zum Beispiel durch das Verstärken von gesellschaftlicher Polarisierung.
- Journalistische Qualität und mediale Vielfalt beschreiben Qualität und Reichhaltigkeit des Medienangebots auf allen Ebenen im EU-Raum. Dies beinhaltet die Rolle von Journalismus (insbesondere in Form von Qualitätsjournalismus) als möglichem „Gatekeeper“.
- Die strukturelle Formation von Öffentlichkeit enthält qualitative Merkmale von politischer Öffentlichkeit als kommunikativer Infrastruktur der (repräsentativen) Demokratie. Dabei wird das Wechselspiel technologischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Faktoren – von der Bedeutung algorithmischer Strukturierung über Fragen der Netzneutralität bis zu den dominanten Praktiken politischer Kommunikation – einbezogen und als ineinander verschränkt analysiert.
- Geopolitik und Geoökonomie bezeichnen die globale Machtbalance und die relative politische und wirtschaftliche Stärke einzelner Akteure. Dieser Faktor bezieht sich insbesondere auf die Beziehungen der EU mit den USA und China sowie auf die Auswirkungen von Abschottung und Isolationismus.

Jeder dieser Faktoren kann sich bis in das Jahr 2030 in ganz unterschiedliche Richtungen entwickeln. Die Qualität der europäischen Integration kann sprunghaft ansteigen („Vereinigte Staaten von Europa“) oder stagnieren (das bekannte „Durchwursteln“). Es kann zu Blockbildung innerhalb der EU oder zu ihrem

Verschärfte Systemkonkurrenz oder multipolare Ordnung? Beides ist möglich

Zerfall kommen. Die technologische Kompetenz bzw. Marktmacht europäischer Unternehmen kann zu- oder abnehmen, ebenso die journalistische Qualität, die politische Desinformation oder die Effektivität von Regulierung durch die EU. Die strukturelle Formation der Öffentlichkeit kann atomisiert sein (kaum Kommunikation), polarisiert (gegensätzliche Interpretation der Wirklichkeit) oder redaktionell (im Sinne einer großen, medienkompetenten digital-deliberativen Öffentlichkeit). Schließlich ist geopolitisch bzw. geoökonomisch ein „chinesisches Zeitalter" ebenso möglich wie eine verschärfte Systemkonkurrenz zwischen alter (USA) und neuer Supermacht (China). Auch das Bilden einer multipolaren Ordnung mit mehreren Machtzentren ist denkbar.

Aus diesen sieben sogenannten Schlüsselfaktoren mit ihren alternativen Ausprägungen im Jahr 2030 hat die Gruppe drei Szenarien entwickelt, die in diesem Artikel zusammengefasst skizziert werden.

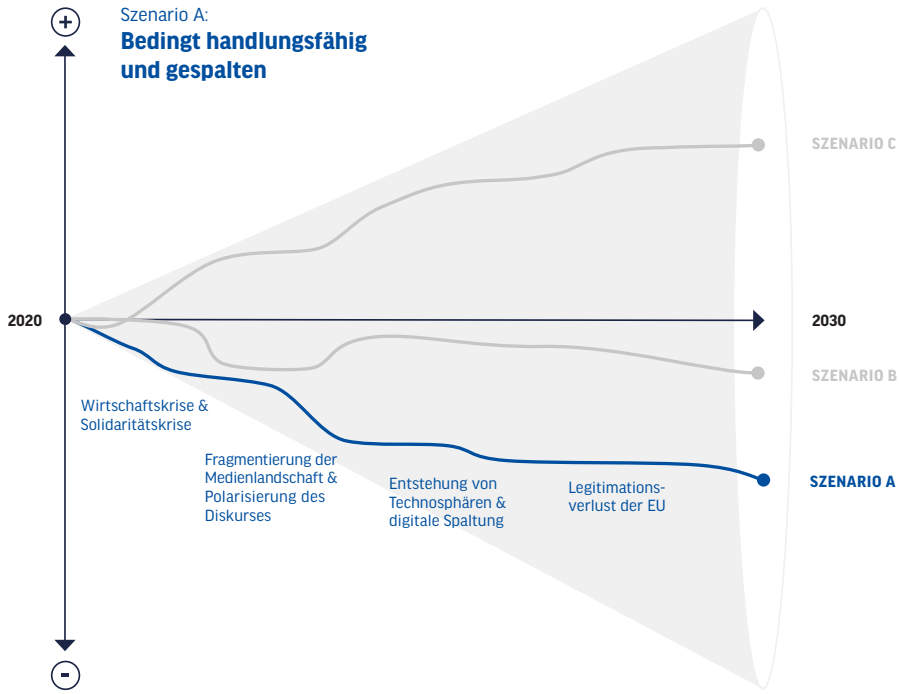
Szenario A beschreibt eine Zukunft, in der das digitale Europa nur sehr bedingt handlungsfähig und in Blöcke gespalten ist. Eine stark polarisierte europäische Öffentlichkeit bildet die Systemkonkurrenz zwischen den USA und China ab.

Szenario B illustriert eine Entwicklung, die stark vom globalen Aufstieg Chinas beeinflusst ist. Hier gibt es zwar eine Regulierung des digitalen Ökosystems in Europa, allerdings ist diese nicht mit europäischen Werten konform und somit ist fraglich, inwieweit sie überhaupt den Interessen der EU dient.

Szenario C zeigt, unter welchen Umständen wir auch Positives erwarten können: Investitionen in digitale Teilhabe, der Aufbau einer europäischen Medienplattform und das Durchsetzen eigener Standards im digitalen Raum machen deutlich, wie erfolgreicher digitaler Wandel in der EU aussehen und zudem positiv auf die politische Integration wirken kann.

A: Das digitale Europa ist nur bedingt handlungsfähig und gespalten

Die ökonomischen Auswirkungen der anhaltenden Corona-Krise treffen die EU-Mitgliedstaaten in sehr unterschiedlicher Weise. Die Wunden aus der Staatsschuldenkrise brechen auf, es kommt zu einer Frontenbildung zwischen den sogenannten Geber- und Nehmerländern. Während die Ungleichheit in Europa deutlich ansteigt, weitet sich die Wirtschaftskrise zu einer Solidaritätskrise aus, befeuert durch nationalistische Töne und einseitige Medienberichterstattung in den Mitgliedstaaten.



EU-Skepsis und große Zukunftsunsicherheit bieten einen fruchtbaren Boden für Desinformationen. Zudem wird die Legitimität von Wahlergebnissen häufiger infrage gestellt. Außerdem untergraben Desinformationskampagnen mit kompromittierenden Videos und Fotos immer öfter und gezielt die Reputation von RegierungsvertreterInnen.

US-amerikanische und chinesische Digitalunternehmen haben die Wirtschaftskrisenjahre 2020 bis 2023 indes recht gut überstanden. Sie drängen in Europas digitalen Raum, um mit der Verbreitung ihrer technischen Standards, Dateninfrastrukturen und Dienstleistungen ihre Marktmacht zu vergrößern. Da der digitale Binnenmarkt der Europäischen Union durch die Solidaritätskrise stark geschwächt ist, reagieren die Mitgliedstaaten unterschiedlich auf den steigenden Einfluss: Griechenland, Italien und einige der Visegrád-Staaten akzeptieren chinesische Kredite zu Sonderkonditionen für den Aufbau digitaler Netzinfrastruktur. Andere Staaten positionieren sich mit Verweis auf Sicherheitsinteressen auf Seiten der Vereinigten Staaten und verweigern chinesischen Unternehmen den Marktzugang.

Bis 2027 entstehen statt eines einheitlichen digitalen Binnenmarkts in Europa zwei Technosphären unter amerikanischem bzw. chinesischem Einfluss. Diese dominieren auch die für öffentliche Kommunikation kritischen Infrastrukturen, während die digitale Innovationsfähigkeit europäischer Unternehmen stark eingeschränkt ist.

Weil die journalistische Qualität und die Reichweite öffentlich-rechtlicher Rundfunkanbieter in den EU-Mitglied-

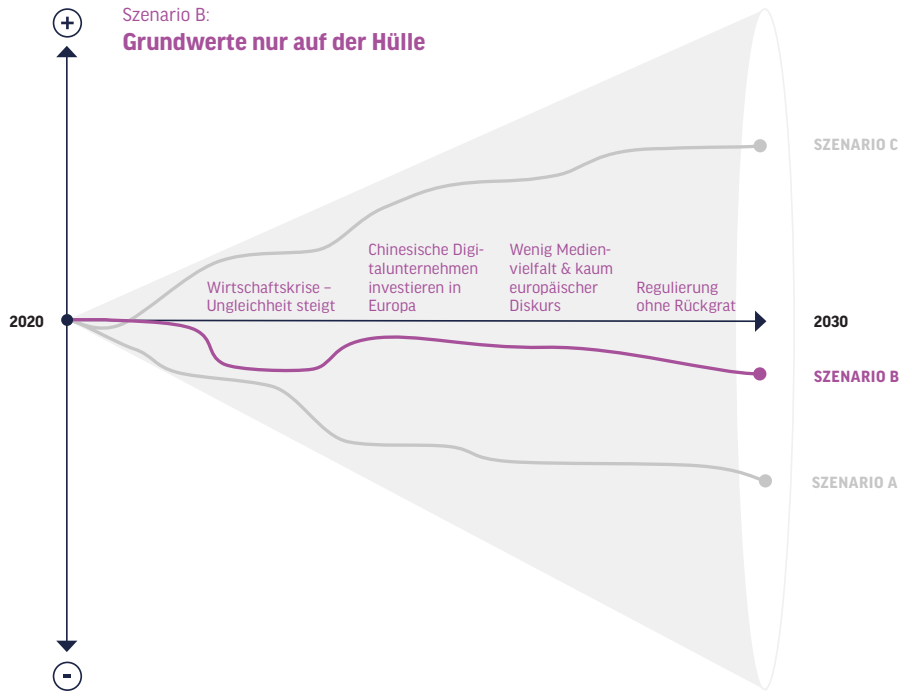
staaten abnehmen und immer mehr Menschen fast ausschließlich personalisierte, algorithmisch gesteuerte Nachrichtenkanäle nutzen, findet zudem eine regelrechte Zersplitterung der Realitätswahrnehmung statt.

Der sehr unterschiedliche Status quo in der Digitalisierung in den Mitgliedstaaten und die entgegengesetzte strategische Orientierung an den USA bzw. China führen zu einer allgemeinen politischen Lähmung auf der EU-Ebene. Zudem können digitale Leuchtturmprojekte wie etwa die Schaffung einer europäischen Cloud nicht umgesetzt werden, Regulierungsvorhaben für Plattformen und Künstliche Intelligenz (KI) versanden. Der (digital-)politische Stillstand führt zu einem deutlichen Vertrauensverlust in die EU-Institutionen und in die Politik im Allgemeinen.

B: Das digitale Europa entkoppelt sich von den analogen Grundwerten

Auch in diesem Zukunftszenario führt die Wirtschaftskrise in den Jahren 2020 bis 2022 zu einem deutlichen Anstieg der Ungleichheit in Europa. Antieuropäische Parteien erfahren Auftrieb, es gibt immer mehr EU-kritische Regierungen in Europa. Die europäischen Hilfsprogramme erweisen sich als unzureichend. China ist weit weniger durch die Corona-Krise geschwächt und kann finanziell dort einspringen, wo EU, USA und Internationaler Währungsfonds nicht (mehr) sind, und hilft zahlreichen EU-Staaten mit Krediten und Investitionen aus der Krise.

In den Jahren 2024 bis 2027 löst China die krisengebeutelten USA als globale Leitökonomie ab, während chinesische Digitalunternehmen ihre Marktstellung in Europa immer weiter ausbauen. Vor allem



die vielen Tochterunternehmen von Tencent kaufen hochspezialisierte Unternehmen im Bereich KI, Robotik, Sensorik und Fintech auf. Sie profitieren davon, dass die US-amerikanische Digitalbranche um Google, Apple, Facebook und Amazon durch anhaltende Auseinandersetzungen mit dem Kongress in Washington gehemmt ist. Hinzu kommen eine Reihe von Skandalen um Daten-Leaks bei den großen Digitalplattformen, die ihre Reputation auch im US-Markt stark beschädigen. Durch die Investitionen chinesischer Unternehmen können Arbeitsplätze am Standort Europa erhalten und die Wachstumsaussichten der Unternehmen verbessert werden.

Chinas Einfluss verändert auch Europas politische Kultur

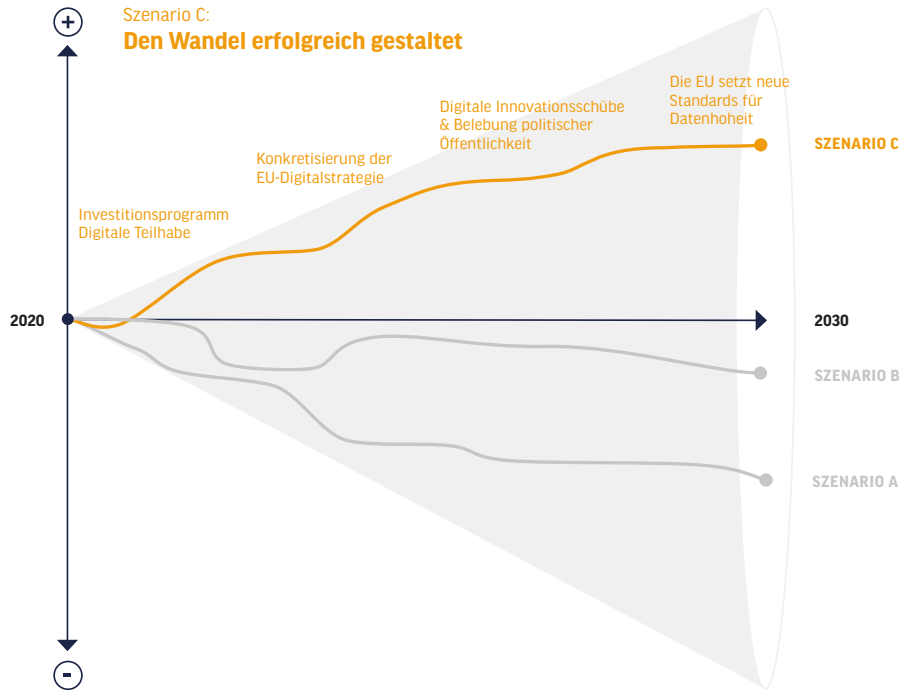
Somit ist die Innovationsdynamik der europäischen Wirtschaft eng mit dem Wohlergehen der chinesischen Wirtschaft und den Interessen der Regierung in Peking verknüpft. Beispielhaft zeigt sich dies in dem Moment, als die Europäische Kommission im Jahr 2029 die von ihr vorangetriebene Verordnung für eine wettbewerbsfähige und werteorientierte KI zurückzieht. Zwei chinesische Konzerne hatten für den Fall der Verabschiedung mit einem Rückzug aus dem europäischen Markt gedroht.

Das Medienangebot in vielen EU-Staaten wird weniger vielfältig. Einige Regierungen bemühen sich zwar, durch unterstützende Maßnahmen die Unabhängigkeit von Journalismus zu wahren. Doch konsolidiert sich die Medienlandschaft immer weiter. Europapolitische Themen werden zunehmend unsichtbar in einem medialen Umfeld, das sich entpolitisiert und den Fokus auf Unterhaltung und Sportberichterstattung legt.

Chinas Einfluss auf Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in Europa verändert auch die politische Kultur. Punktuelle Einschränkungen oder Selbstbeschränkungen der freiheitlich-demokratischen Spielregeln im digitalen Raum nehmen die NutzerInnen in Kauf: Sie wollen von kostenlosen und benutzerfreundlichen Datendiensten profitieren – zumindest solange sie nicht direkt von Zensur betroffen sind. Dieser Pragmatismus in der Auswahl von digitalen Datendiensten und Plattformen führt auch zu einer schleichenden Veränderung der europäischen Demokratien hin zu mehr Zentralisierung und weniger Stimmenvielfalt in der politischen Aushandlung von Problemen.

C: Das digitale Europa gestaltet den Wandel erfolgreich

Der EU gelingt es, sich durch gelebte Solidarität über die anfängliche Wirtschaftskrise hinwegzuhelfen. Mit der Corona-Pandemie wird deutlich, dass Arbeit, Konsum und Freizeit immer mehr in den digitalen



Raum verlagert werden: Jede Form der ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Teilhabe muss digital neu gedacht und weiterentwickelt werden.

In kurzer Zeit stellt die EU ein umfangreiches europäisches Investitionsprogramm auf die Beine. Es umfasst neben Direkthilfen und -investitionen in traditionelle Infrastruktur vor allem Maßnahmen zur Verbesserung der digitalen Teilhabe, insbesondere im Bereich Bildung und digitale Infrastruktur. Über die erste gemeinschaftlich finanzierte europäische Medienplattform können alle öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ihre Inhalte europaweit verbreiten.

Mindestens genauso wichtig für die langfristige Entwicklung der Europäischen Union wie das Investitionsprogramm ist die Konkretisierung der EU-Digitalstrategie. Den Startschuss hierzu liefert eine von der civic tech community organisierte Konferenz 2023, die zentrale Forderungen an die EU richtet: Es geht um die Dezentralisierung des Internets, also die Verlagerung der Datenhoheit von Plattformen zu den NutzerInnen; die gezielte Förderung der Forschung an cyber-physischen Systemen, um etwa Innovationen in der Industrieproduktion, der Elektroautomobilität und der Energieerzeugung zu beschleunigen; den Aufbau eines unabhängigen europäischen Zahlungssystems, das den internationalen Wettbewerb der Zahlungsanbieter sicherstellt; und um die Entwicklung einer Strategie für die Förderung von „Freier und Open-Source-Software“ sowie einer europäischen Cloud-Lösung.

In Europa entwickelt sich ein eigener Zahlungsanbieter (€Pay) und wird

zumindest dort auch ein ernstzunehmender Spieler. Ein deutscher Maschinenbauer entwickelt einen flexibel einsetzbaren Allround-Roboter, der zum Exportschlager wird. Ganze Fabrikanlagen, die sich durch ihre umfangreiche Sensorik und Vernetzung aller Komponenten auszeichnen, werden nun durch europäische Firmenkooperationen hergestellt und exportiert. Europäische Automobilhersteller einigen sich auf einen Kommunikationsstandard für Autos bei Autobahnfahrten, was diese dem autonomen Fahren einen großen Schritt näherbringt.

Ein paneuropäischer Streamingdienst bietet hochwertige Filme und Serien an, während ein deutsch-italienischer Mittelständler mit In-Ear Real-Time Translation eine Synchronübersetzung auf den Markt bzw. ins Ohr bringt. Beides zusammen treibt über den effektiven Abbau von Sprachbarrieren die Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit weiter voran. Europa entwickelt sich zu einem ernstzunehmenden Spieler im digitalen Sektor mit direkten Auswirkungen auf die Gesellschaft.

Die immer deutlicher spürbaren globalen Herausforderungen verstärken das Interesse der EuropäerInnen (insbesondere der jüngeren) an europapolitischen Fragestellungen. Berufsbild und Einkommensquellen des Journalismus werden vielfältiger; das Prinzip öffentlich-rechtlich verfasster Medien erlebt in vielen Mitgliedstaaten eine Renaissance. Desinformationen kursieren zwar reichlich, doch fallen sie nicht auf fruchtbaren Boden. Vielmehr wird der Streit über zentrale Fragen wie Klimaschutz und soziale Sicherung nicht mehr entlang der Landesgrenzen geführt, sondern zwischen den politischen Lagern Europas. Die digitale Erfolgsgeschichte Europas setzt sich politisch fort.

Gründe für unterschiedliche Verläufe

Wie die Grafiken in diesem Text zeigen, unterscheiden sich diese Szenarien deutlich sowohl in ihrem jeweiligen Verlauf als auch in ihrem Endzustand im Jahr 2030. Es macht offensichtlich einen Unterschied für das digitale Europa, wie sich das Kräfteverhältnis zwischen China und den USA oder die Einstellung der EU-BürgerInnen zur europäischen Integration entwickeln wird. Ebenso wichtig sind die Fähigkeit zur Technologieinnovation, die journalistische Qualität und die mediale Vielfalt. Allerdings kann keiner dieser Faktoren für sich alleine Europas Weg in die Zukunft bestimmen. Zudem unterscheiden sich die Szenarien auch in ihrer jeweiligen Dynamik. Dabei gibt es keine einfachen und leicht zu vergleichenden Wirkungszusammenhänge.

Gleichwohl lassen sich eine Reihe von möglichen Maßnahmen identifizieren, die unter verschiedenen Szenarienbedingungen wünschenswerte Effekte im Sinne der zuvor genannten Ziele – also der Herstellung bzw. Wahrung der Handlungsfähigkeit und Einheit Europas im digitalen Bereich sowie der Stärkung der Resilienz demokratischer Gesellschaften im digitalen Wandel – erzielen können.

So ist die Solidarität der europäischen Staaten untereinander essenziell, wenn es um die Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise geht. Der wirtschaftliche Wiederaufbau sollte technologische Innovationen fördern und die Bedingungen für digitale Teilhabe verbessern. Gerade civic tech an der Schnittstelle von Forschung, Unternehmen und Gesellschaft kann dazu beitragen, eigene europäische Lösungen für mehr digitale Teilhabe und bessere Datenstrategien zu entwickeln.

Auch die Stärkung europäischer Medien, beispielsweise durch eine europäische

Plattform für Qualitätsjournalismus, ist ein wichtiger Beitrag. Schließlich sollte Europa auf Technologien setzen, die dazu beitragen können, auch Sprachbarrieren abzubauen – wie beispielsweise Echtzeitübersetzung. Diese hilft, die der Onlinekommunikation (bislang) inhärente Tendenz zur gesellschaftlichen Polarisierung zu überwinden.

Es geht um Europas Handlungsfähigkeit und seine demokratische Resilienz

Umgekehrt sind sowohl erhöhte Abhängigkeiten von dominanten nichteuropäischen Anbietern als auch die Spaltung Europas in zwei Technosphären nach Kräften zu vermeiden. Hier ist die Integrität des EU-Binnenmarkts, im analogen wie im digitalen Bereich, von zentraler Bedeutung. Entsprechend sollte die EU vermehrt auf den „Brussels effect" setzen, mit dem sie auch die digitalen Regeln für 400 Millionen KonsumentInnen und BürgerInnen gegenüber den Global Players festlegt. Gerade wenn (persönliche, aber auch unternehmerische) Daten mehr und mehr zu einer Ware werden, muss die Hoheit über deren Nutzung im europäischen Rechtsgebiet liegen. Dies kann wiederum einen klaren Innovationsimpuls für die europäische Digitalwirtschaft geben.

Der Wandel politischer Öffentlichkeit vollzieht sich vor unseren Augen, nochmals beschleunigt durch ein Jahrhundertereignis wie die gegenwärtige Pandemie. Die Zukunft kommt, soviel ist sicher; und manchmal scheint es, als wäre sie schon da. Umso wichtiger ist der Blick auf mögliche Variationen dieser Zukunft, wie sie sich in den hier dargestellten Szenarien erkennen lassen.

Handlungsfelder und Optionen

Ihre Wirkung können Szenarien nur dann entfalten, wenn sie auch auf ihre praktischen Implikationen hin überprüft werden. So nützt die beste Analyse nichts, wenn sie von ExpertInnen und PraktikerInnen ignoriert wird.

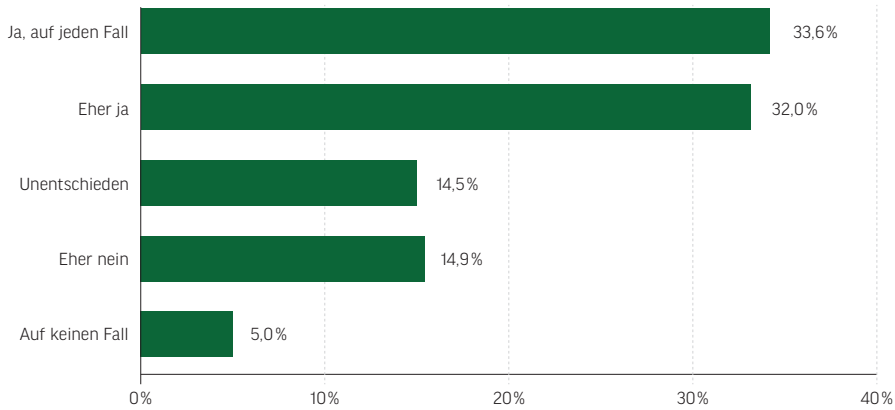
Die AutorInnen dieses Heftes diskutieren deshalb Handlungsfelder und Optionen, die sich aus den Zukunftsbildern ableiten lassen. Die folgenden Texte sollen das strategische Denken stimulieren, einige enthalten auch direkte Handlungsempfehlungen. Natürlich sind diese immer von dem konkreten Themenfeld bzw. dem Entscheidungskontext eines Akteurs oder einer Organisation abhängig.

In der Summe ermöglichen sie indes einen breiten Überblick über mögliches politisches Handeln, über das es jetzt zu streiten gilt – damit Europa im Jahr 2030 digital handlungsfähig ist und die europäischen Öffentlichkeiten demokratisch und resilient sind. IP

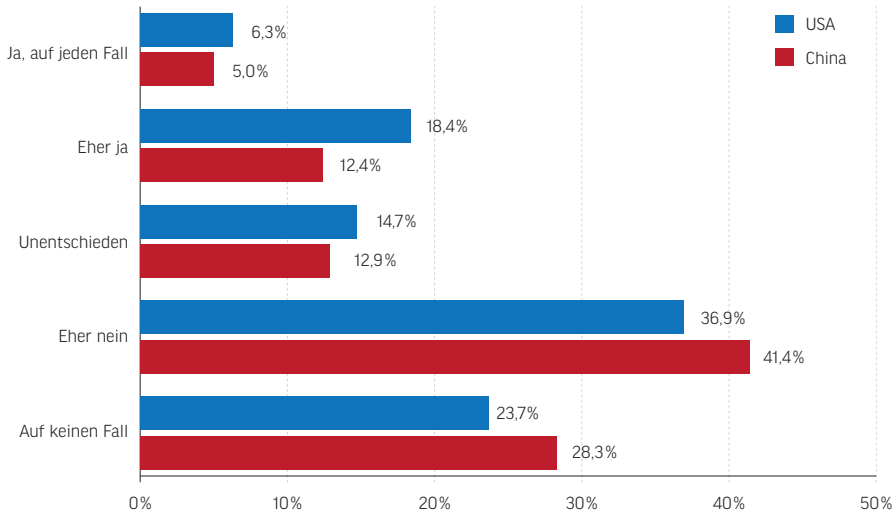
Skeptische Bürger

Europas digitale Abhängigkeit gefährdet Frieden, Freiheit und Wohlstand hierzulande, sagt eine Mehrheit der Deutschen in einer repräsentativen Umfrage des Marktforschungsinstituts Civey im Auftrag der Alfred Herrhausen Gesellschaft. Allerdings bezweifeln sechs von zehn Befragten, dass es bis 2030 zu schaffen sei, den Vorsprung der USA und Chinas einzuholen. Außerdem befürchten sie gesellschaftliche Verwerfungen, die dieser grundlegende Wandel auslösen könnte.

Gefährdet die Abhängigkeit von ausländischen Digital-Technologien Ihrer Meinung nach den Frieden, die Freiheit und den Wohlstand in Europa?

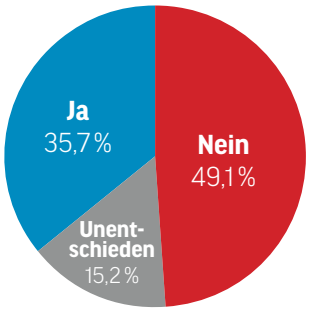


Wird es Europa Ihrer Einschätzung nach in den kommenden zehn Jahren gelingen, den Vorsprung der USA bzw. Chinas beim Thema Digitalisierung aufzuholen?

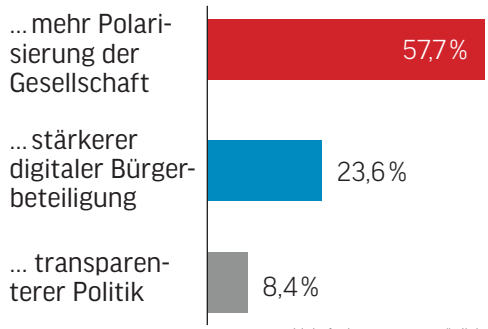


Quelle: Civey, Stichprobengröße: 2.504, Befragungszeit 18. bis 21. September 2020, Fehlermarge: 3,5–3,6 %
Die vollständigen Ergebnisse finden sich auf www.alfred-herrhausen-gesellschaft.de

Sind Sie besser informiert durch soziale Medien?



Europa 2030 ist auch geprägt von …



Mehrfachnennungen möglich

Weitere Ergebnisse der Umfrage

30,6

Prozent sehen eine dezentrale Datenspeicherung positiv

32,2

Prozent befürworten eine größere Verbreitung von Überwachungskameras

Prozent befürworten die Vernetzung von Maschinen und Geräten

48,3

Prozent haben ein positives Bild von vernetzten Fitness-Trackern und -Apps

13,3

30,5

Prozent sagen Ja zu einer automatischen Kopfhörer-Übersetzungssoftware

Prozent beurteilen autonomes Fahren als gute Entwicklung

22,7

14,1

Prozent befürworten einen Bürgerdatenspeicherplatz

Guck mal, wer da schreibt: Ursprünglich ein Chat-Service für Smartphones, ist der von der chinesischen Firma Tencent betriebene Dienst WeChat (hier die Startseite) inzwischen um zahlreiche Funktionen wie das Mobile-Payment-System WeChat Pay erweitert. Die Regierung in Peking hat Zugriff auf fast sämtliche Daten der Nutzer.

Geopolitische Konkurrenz

Die geopolitische Vereinnahmung des Digitalen

Amerika und China sehen digitale Technologien als strategische Ressource zur machtpolitischen Nutzung. Europa sollte lernen, damit umzugehen.
Von Daniel Voelsen **Seite 20**

Digitalisierung geregelt kriegen

Wie kann Europa seinen Platz in einer digitalen Welt finden? Ein Plädoyer für mehr europäisches Selbstbewusstsein. Von *Elisabeth von Hammerstein und Claudia K. Huber* **Seite 26**

„Wir kommen auch ohne europäisches Amazon zurecht“

Wie sich der Regulierungsweltmeister Europa als wichtiger Player im digitalen Wettbewerb etablieren kann.
Ein Interview mit Hinrich Thölken **Seite 32**

Die geopolitische Vereinnahmung des Digitalen

Amerika und China sehen digitale Technologien als strategische Ressource, die sie machtpolitisch nach Belieben nutzen können. Europa sollte lernen, damit umzugehen, ohne sich diese Sichtweise zu eigen zu machen.

Von Daniel Voelsen

Angefangen beim Buchdruck im 15. Jahrhundert haben Staaten schon immer versucht, Kommunikationstechnologien für ihre Zwecke zu nutzen. Dabei ging es nicht nur um die Sicherung des Herrschaftsanspruchs gegenüber der eigenen Bevölkerung: Die Kontrolle des Informationsflusses war immer wieder auch Instrument für internationale Ambitionen. Die Verlegung der ersten Unterseekabel im 19. Jahrhundert etwa erlaubte Großbritannien neue Möglichkeiten kolonialer Herrschaft und erschloss den aufstrebenden USA neue Zugänge zum globalen Handel.

Dass auch digitale Technologien von einigen Staaten als strategische Ressource verstanden werden, kann da nicht überraschen. Besondere Aufmerksamkeit hat die geopolitische Auseinandersetzung um diese Technologien zuletzt erfahren, weil es immer häufiger zu öffentlich ausgetragenen Konfrontationen zwischen den Großmächten USA und China kam.

Technologie und nationale Sicherheit

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem beginnenden Kalten Krieg rückte Technologie in den USA ins Zentrum des strategischen Denkens über nationale Sicherheit. Während nationale Sicherheit in Europa oft militärisch verstanden wird, ist für die USA seither nationale Sicherheit eng verwoben mit wirtschaftlichen Fragen. Technologische Überlegenheit gilt als Grundlage für die militärische wie auch die wirtschaftliche Stärke der USA. Es ist nicht nur Rhetorik, wenn Washington die Auseinandersetzung um die Rolle des chinesischen Unternehmens Huawei beim Aufbau westlicher 5G-Netze als Frage der nationalen Sicherheit beschreibt – ebenso wie den Streit um die Social-Media-Plattform TikTok.

Der scharfe Ton aus den USA erlaubt den Schluss, dass man dort das aufstrebende China in wachsendem Maße als ernstzunehmende Konkurrenz betrachtet. Zwar sind die USA in der Breite technologischer Entwicklungen noch immer führend. Doch in einigen Bereichen sind Unternehmen aus China mittlerweile konkurrenzfähig, wenn nicht gar punktuell überlegen. In der Netzwerktechnologie ist Huawei zu einem der wichtigsten Unternehmen der Welt aufgestiegen, bei bestimmten Anwendungsfeldern Künstlicher Intelligenz sind chinesische Unternehmen führend, und mit TikTok gibt es nun erstmals eine chinesische soziale Plattform, die im Westen äußerst erfolgreich ist.

Auch wenn die technologischen Erfolge Chinas bisher auf solche Einzelfälle begrenzt sind, ist der dahinterstehende politische Anspruch eindeutig: Mit der „Made in China 2025“-Strategie hat die Regierung das Ziel ausgegeben, bei wichtigen Schlüsseltechnologien schon bis 2025 global führend zu sein. Die Einbindung dieser Ambitionen in das weltumspannende „One Belt, One Road“-Investitionsprogramm lässt erkennen, dass es Peking neben den unmittelbaren wirtschaftlichen Zielen auch darum geht, Einfluss auf globale Entwicklungen zu nehmen.

Letztlich sprechen die USA und China eine ähnliche Sprache, wenn es um die strategische Bedeutung digitaler Technologien geht. Entsprechend empfindlich reagieren die USA überall da, wo die Ambitionen Chinas Früchte zu tragen scheinen. Das Vorgehen gegen Unternehmen aus China – von Huawei bis TikTok – ist der Versuch, den technologischen Aufstieg Chinas aufzuhalten. Die Zuspitzung der Konfrontation ist in der aktuellen Form wohl spezifisch für die Regierung Trump. Die zugrundeliegende Logik jedoch ist im außenpolitischen Denken der USA tief verankert, und so trifft Trump an dieser Stelle auch auf wenig grundsätzlichen

Dr. Daniel Voelsen ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe „Globale Fragen“ der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

Widerstand seitens der Demokraten. Zugleich scheint es, dass Xi Jinping mehr als seine Vorgänger gewillt ist, sich auf eine Konfrontation mit den USA einzulassen.

Umfassende Überwachung

Auch in Europa trifft die Konfrontation zwischen den USA und China einen Nerv. Die weitreichende Abhängigkeit von den USA bei digitalen Technologien wurde in Europa, vielleicht mit Ausnahme Frankreichs, lange nicht als Problem wahrgenommen. Zwar gab es immer wieder den Ruf nach einem „europäischen Google"; in der Zwischenzeit jedoch erschien es für Staat, Wirtschaft und Bürger als weithin unproblematisch, digitale Produkte und Dienstleistungen aus den USA zu nutzen – zumal diese funktional wie ästhetisch den europäischen Alternativen bis heute oft überlegen sind.

Einen wesentlichen Moment der Entzauberung erlebte das Verhältnis zu amerikanischer Digitaltechnologie mit den Enthüllungen Edward Snowdens zum digitalen Abhörprogramm der National Security Agency (NSA) im Jahr 2013. Diese Enthüllungen zeigten, dass die öffentliche Freiheitsrhetorik der USA begleitet wurde von einer Politik der massiven Überwachung und von Grundrechtsverletzungen im globalen Maßstab. Auch enge Verbündete der USA wie Deutschland mussten erkennen, dass die USA keinerlei Skrupel haben, die weltweite Verbreitung amerikanischer Digitaltechnologien für Zwecke der umfassenden Überwachung zu nutzen.

Die US-Politikwissenschaftler Henry Farrell und Abraham Newman sprechen in diesem Kontext von „weaponized interdependence" – der einseitigen und schädlichen Ausnutzung einstmals gewünschter wechselseitiger Abhängigkeiten. Tatsächlich scheint aber ein noch schärferer Befund gerechtfertigt: Zumindest bei digitalen Technologien kann im Verhältnis zwischen den USA und der EU kaum von Interdependenz die Rede sein; deutlich zeigen sich hier vielmehr die Möglichkeiten, einseitige Abhängigkeiten politisch auszunutzen.

Hinzu kam in den vergangenen Jahren ein wachsendes Unbehagen der Europäer gegenüber der Macht der großen US-Tech-Konzerne. Anlass hierfür boten die Datenskandale von Facebook ebenso wie die scheinbar uneinholbare Dominanz von Amazon im Online-Handel oder der robuste Umgang der Firma Uber mit europäischem Arbeitsschutzrecht.

Das offensive, diplomatisch oft plumpe Auftreten der USA gegenüber den Europäern beim Versuch, sie in der Auseinandersetzung mit China auf ihre Seite zu ziehen, lässt sich als weitere Eskalationsstufe verstehen. So drohen die USA unverhohlen allen Staaten, die in Betracht zu ziehen wagen, ihre 5G-Mobilfunknetze mit Technik aus China aufzubauen, mit politischen wie wirtschaftlichen Konsequenzen. Unverkennbar ist die Erwartung gegenüber europäischen Unternehmen, die den Zugang zum US-Markt bewahren wollen, den Exportbeschränkungen gegenüber chinesischen Unternehmen Folge zu leisten.

Für die Europäer hat sich in der Debatte gezeigt, dass sie sich nicht mehr darauf verlassen können, dass Amerika ihre Interessen im Technologiebereich quasi automatisch mitberücksichtigt. Neben allen öffentlichen Bekenntnissen zum besonderen Verhältnis Europas zu den USA vor allem in der Sicherheitspolitik erscheint es so nun zulässig, sich öffentlich Gedanken über ein gewisses Maß an strategischer Autonomie zu machen.

Das Denken in Kategorien von „digitaler Souveränität" und „strategischer Autonomie" bietet auch eine begriffliche Folie für den Umgang mit China. Zum Teil

inspiriert durch die USA, durchaus aber auch geprägt durch die eigenen Erfahrungen Europas, kommt es seit einigen Jahren auch im Verhältnis zu China zu einem Umdenken. Neben die stark wirtschaftlich geprägte Sicht tritt ein politischer Blick. Im Zentrum steht noch immer die Kritik an den Beschränkungen beim Zugang europäischer Unternehmen zum chinesischen Markt; doch auch die Erfolge Chinas bei digitalen Technologien werden immer aufmerksamer beobachtet. Teils wird China als Vorbild zitiert für ein Europa, das sich durch ein vergleichsweise hohes Datenschutzniveau selbst bremse. Zugleich wächst die Sorge vor neuen digitalen Formen autoritärer Herrschaft und einem wachsenden globalen Machtanspruch Chinas. Dass China im Streit um Huawei gegenüber europäischen Staaten fast ebenso unverhohlene Drohungen ausstößt wie Amerika, wird in außenpolitischen Zirkeln sehr bewusst wahrgenommen.

Die Sorge vor neuen digitalen Formen autoritärer Herrschaft wächst

Alternativlose Dienste

Dabei zeigt sich deutlich, dass sowohl Washington als auch Peking in Kategorien von Einflusssphären denken. Dieser Blick auf die Welt ist geprägt von den Denkstrukturen klassischer Geopolitik. Erkennbar ist der Versuch, digitale Technologien im klassischen Sinne als Machtressource für geopolitische Ambitionen zu nutzen.

Zugleich jedoch entziehen sich digitale Technologien zu einem gewissen Grad der Vereinnahmung für geopolitische Projekte. Viele digitale Kommunikationstechnologien wie auch viele Technologien zur Verarbeitung großer Datenmengen sind von einer Netzwerklogik geprägt.

Entscheidend ist hier, wem es gelingt, zentrale Knotenpunkte zu besetzen. Wenn große Teile der Weltbevölkerung amerikanische Kommunikationsdienste nutzen, nehmen diese eine zentrale Stellung in den weltweiten Kommunikationsnetzen ein. Für die US-Regierung ergeben sich daraus die durch Snowden beschriebenen umfassenden Kontroll- und Überwachungsmöglichkeiten; die entsprechenden Unternehmen profitieren davon, dass ihre Dienste für viele Menschen alternativlos erscheinen.

Hinzu kommt, dass digitale Technologien immer aus einer vielschichtigen Kombination von Hard- und Software bestehen. Entsprechend komplex sind die Beziehungen zwischen den Akteuren: Auf Ebene der Betriebssysteme etwa sind die USA noch immer unangefochten führend. Auf der darunterliegenden Ebene der Netzwerktechnologie dagegen holt China massiv auf. Technopolitische Einflusssphären sind somit komplexer, als

der Rückgriff auf klassische Denkmuster der Geopolitik suggeriert.

In ihrem Buch „The Chessboard and the Web“ schlägt Anne-Marie Slaughter vor, die internationale Politik durch zwei Brillen zu betrachten: Das Schachbrett steht für die Welt der klassischen zwischenstaatlichen Politik, für die Geopolitik, aber auch für die etablierten Formen multilateraler Kooperation. So wichtig diese Welt ist und auf absehbare Zeit bleiben wird, so steht sie doch neben einer Welt von mehr oder weniger formalisierten Netzwerken staatlicher wie nichtstaatlicher Akteure. Dieser zweifache Blick auf die Welt hilft, die Konflikte um technopolitische Einflusssphären zu verstehen – und auch die Friktionen, die sich dabei auftun.

„Digital souverän“ will Europa sein – das wird nicht ganz einfach

Handlungsfähig bleiben

Die geopolitische Vereinnahmung digitaler Technologien ist der Versuch, diese Technologien in das Raster des klassischen Schachbretts einzupassen. Das wird natürlich in Europa wahrgenommen: Wenn etwa die deutsche Bundesregierung den Begriff digitaler Souveränität zu einem der Leitthemen ihrerer EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte 2020 erklärt, so ist dies der erkennbare Versuch einer Abwehrreaktion. Auch die Ankündigung Ursula von der Leyens, eine „geopolitische Kommission“ leiten zu wollen, ist eine Antwort auf die Wiederkehr und die Zuspitzung geopolitischer Konflikte.

In der Rede von der digitalen Souveränität klingt der Anspruch durch, in relevanten Hinsichten unabhängig zu sein, um auf demokratischer Basis wesentliche gesellschaftliche Entwicklungen nach eigenen Vorstellungen prägen zu können. Im Kern geht es darum, das für die Demokratie notwendige Maß an staatlicher Handlungsfähigkeit zu bewahren. Das beinhaltet allerdings auch den Anspruch, die Grundlagen der eigenen Wirtschaft gestalten zu können.

Eine nüchterne Analyse zeigt allerdings auch, wie beschränkt die Möglichkeiten Europas hier sind. Bei allen Bemühungen ist zumindest kurz- bis mittelfristig nicht damit zu rechnen, dass es Europa gelingen wird, den technologischen Vorsprung der USA in der Breite wettzumachen. In der Logik klassischen geopolitischen Denkens ist zudem nicht davon auszugehen, dass ein in sich zerstrittenes Europa oder gar einzelne Staaten in der Lage sein werden, die Schwäche in diesem Bereich durch wirtschaftliche oder militärische Machtressourcen auszugleichen.

So berechtigt der Anspruch bleibt, sich allzu dreisten geopolitischen Einflussnahmen entgegenzustellen – der Handlungsspielraum Europas ist hier begrenzt. Gerade deshalb scheint es attraktiv, sich im Sinne der zwei Brillen von Anne-Marie Slaughter verstärkt der Welt der Netzwerke zuzuwenden – und damit auch der Brüche, die zwischen dieser Welt und der Welt

des Schachbretts bestehen. Dabei rückt die Frage in den Blick, wie sich Netzwerke nutzen oder so gestalten lassen, dass eine problematische Konzentration von Macht verhindert werden kann.

Netzwerk-Logiken nutzen

Eine wichtige Rolle dabei können private Unternehmen spielen. Gerade die großen, global operierenden Tech-Unternehmen sind in ihrer Organisations- und Eigentümerstruktur und in den Beziehungen nach außen oft stark von einer Netzwerk-Logik geprägt. Der Versuch der Staaten, diese Unternehmen in das Raster staatlicher Politik einzupassen, mag im Einzelfall gelingen, schafft aber auch Brüche. Für global operierende Unternehmen ist es weder selbstverständlich noch wirtschaftlich attraktiv, ihr Handeln an den politischen Zielen ihres Heimatstaats auszurichten. So sind es etwa gerade solche Unternehmen, die sich öffentlich gegen die Entkopplungspolitik der US-Regierung stellen. Für Europa bietet sich hier die Möglichkeit, über Regulierung, aber vielleicht auch verstärkt über positive Anreize, diese Brüche im Sinne der eigenen Interessen zu nutzen. Je mehr die Unternehmen in ihren Heimatstaaten unter Druck geraten, umso attraktiver könnte eine stärkere Orientierung an Europa werden.

Zudem haben Netzwerke ihre ganz eigenen Logiken, nach denen die Anhäufung und der Ausbau von Macht funktionieren. Wenn nun bestimmte Akteure ihre zentrale Stellung im Netzwerk ausnutzen, um das Entstehen weiterer zentraler Knoten, also eine Diversifizierung von Macht, zu verhindern, dann könnte man hier aktiv entgegenwirken. Etwa, indem man an offenen Standards und Protokollen festhält. Diese verhindern nicht das Entstehen von zentralen Knotenpunkten, erlauben es aber immer wieder auch neuen Akteuren, innerhalb des bestehenden Netzwerks Alternativen zu entwickeln. Europa könnte sich zum Beispiel dafür einsetzen, für Messaging-Dienste einen einheitlichen und offenen Standard ähnlich dem für E-Mails einzuführen. Auch ist zu prüfen, wie sich die Ideen des Kartellrechts auf die Logik von Machtbeziehungen in Netzwerken übertragen lassen.

Schließlich laden Netzwerke dazu ein, Politik jenseits etablierter räumlicher Strukturen zu betreiben. Für die Nutzung und Entwicklung digitaler Technologien ist räumliche Nähe ohnehin selten entscheidend. Daraus ergibt sich die Gelegenheit für Europa, neue Formen der Zusammenarbeit und des Austauschs mit weit entfernten Weltregionen einzugehen.

Viele Staaten und Regionen von Asien bis Afrika befinden sich mit Blick auf die geopolitischen Ambitionen der Großmächte in einer ähnlich unkomfortablen Lage wie Europa. Im Sinne der Netzwerk-Logik bietet es sich an, unterhalb oder parallel zu den klassisch-zwischenstaatlichen Beziehungen das Entstehen neuer Netzwerke auch zwischen nichtstaatlichen Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft noch gezielter zu fördern.

Es ist zu befürchten, dass die Konfrontation zwischen den USA und China die internationale Politik auf absehbare Zeit prägen wird. Gleichzeitig wird die Bedeutung digitaler Technologien weiter zunehmen. Es wird für Europa daher wichtig bleiben, sich die geopolitische Vereinnahmung digitaler Technologien bewusst zu machen. Punktuell wird es nötig sein, dass auch Europa sich auf das Spielfeld der Geopolitik begibt. Im Lichte der begrenzten geopolitischen Konfliktfähigkeit Europas erscheint es jedoch ebenso wichtig, zugleich auf einem zweiten Spielfeld zu agieren, nämlich sich die Logik der Netzwerke außenpolitisch zunutze zu machen. IP

Bunt und relevant: Glasfaserkabel in einem Datenzentrum in Perugia. Italiens Regierung hat den Ausbau des Glasfasernetzes zur Staatssache erklärt.

Digitalisierung geregelt kriegen

Wie kann Europa seinen Platz in einer digitalen Welt finden? Indem es sich auf seine Stärken besinnt und Allianzen mit Gleichgesinnten schließt. Ein Plädoyer für mehr europäisches Selbstbewusstsein.

Von Elisabeth von Hammerstein und Claudia K. Huber

Ob Automobil oder Dampfmaschine – viele Technologien, die unsere Gesellschaften in den vergangenen Jahrhunderten geprägt haben, sind europäische Erfindungen. Heute sind es andere Weltregionen, die technologisch den Ton vorgeben. Vor allem bei den Chips und Algorithmen, die unsere sozialen Beziehungen beeinflussen, unser Nachrichtenangebot und vielleicht sogar die nächste Wahl. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass sie in China oder den USA entwickelt wurden. Diese beiden Länder konkurrieren nicht nur ökonomisch und politisch um die globale Vormachtstellung, sondern verfolgen – gerade im digitalen Raum – auch andere Modelle als Europa.

Die USA propagieren ein radikales Modell freier Marktwirtschaft, in dem nicht nur für Facebook Mark Zuckerbergs Leitmotiv gilt: „Move fast and break things." Big Data und Big Money sind eine Ehe eingegangen, für Bürgerrechte und Datenschutz ist wenig Raum. Und in China ist es nicht das große Geld, sondern der omnipräsente Staat, der sich der Technologien bemächtigt und seine Bürger überwacht.

Die Lage ist angespannt. Schon ist von einem neuen Kalten Krieg zwischen den USA und China die Rede, der dieses Mal nicht militärisch, sondern technologisch ausgefochten werde. Europa scheint in diesem Wettstreit den Anschluss verloren zu haben. Die Chancen stehen nicht gut, dass die EU im chinesisch-amerikanischen Hochtechnologie-Wettrennen noch aufholen wird. Kein Wunder, dass Angst und Sorgen die europäische Debatte bestimmen. So hat eine Umfrage der Alfred Herrhausen Gesellschaft ergeben, dass knapp 66 Prozent der Deutschen glauben, die Abhängigkeit von ausländischen Digitaltechnologien gefährde den Frieden, die Freiheit und den Wohlstand in Europa. Dagegen glauben nur gut 17 Prozent, dass Europa den Vorsprung Chinas, und knapp 25 Prozent, dass es den Vorsprung der USA beim Thema Digitalisierung aufholen könne.

Mehr Selbstbewusstsein

Die Frage, wie Europa seinen Platz in der digitalen Welt finden kann, muss also mit einer gewissen Dringlichkeit gestellt werden. Europa werde entweder zur digitalen Kolonie der USA oder Chinas, heißt es dann oft – oder zwischen den beiden Großmächten zerrieben. Das im Einleitungskapitel dieses Heftes beschriebene Zukunftsszenario zeigt, dass eine digitale Spaltung Europas durchaus vorstellbar ist. Was könnte dieses Szenario noch verhindern? Eine europäische Politik, die unseren Zusammenhalt festigt, den Kontinent digital handlungsfähig macht und die Widerstandsfähigkeit unserer demokratischen Gesellschaften stärkt.

Das alles wird nicht gehen ohne ein größeres europäisches Selbstbewusstsein. Die EU bildet auch nach dem Brexit einen der größten Wirtschaftsräume der Welt. Auf die knapp halbe Milliarde Europäer wollen die großen Tech-Firmen als Konsumenten nicht verzichten. Das allein gibt der EU den Hebel, ihre digitale Zukunft zu gestalten. Beginnend mit dem, was an der Brüsseler Bürokratie oft am leidenschaftlichsten kritisiert wird: Regeln setzen und Standards definieren.

Eine der wichtigsten Aufgaben muss der Schutz der individuellen Rechte sowie der Institutionen sein, die unser System ausmachen: offene Gesellschaften, liberale Demokratien, freie Medien, soziale Marktwirtschaft. Auf dieser Basis sollten wir Partner – andere Staaten, aber auch zivilgesellschaftliche Organisationen oder Unternehmen – suchen, die unsere Werte teilen und gemeinsam mit uns einen

Elisabeth von Hammerstein ist Programmleiterin im Bereich Internationale Politik der Körber-Stiftung in Berlin.

Dr. Claudia K. Huber leitet das Europaprogramm der Alfred Herrhausen Gesellschaft.

eigenen Weg zwischen Staatskapitalismus und der Herrschaft der Konzerne suchen.

Regulatorische Supermacht

Die oft strengen regulatorischen Auflagen der EU sind auf den ersten Blick ein Wettbewerbsnachteil. Doch der Eindruck täuscht. Es ist in der Geschichte immer wieder vorgekommen, dass Regulierungen Innovationsschübe nicht behindert, sondern befördert haben. Man denke an die Pharmaindustrie, wo strenge Regulierung das Vertrauen in die Sicherheit der Wirkstoffe ermöglicht. Mit der Digitalisierung sind häufig nicht weniger empfindliche Bereiche betroffen, darunter persönliche Daten und wichtige Infrastrukturen. In einer Zeit, in der das Vertrauen in Institutionen abnimmt, sind ein klarer Rechtsrahmen und rechtsstaatliche Prinzipien ein Wettbewerbsvorteil. Die EU sollte diesen Vorteil nutzen. Basierend auf den klassischen europäischen Werten wie Freiheit, Sicherheit, Solidarität, Vielfalt und Verantwortung könnten so echte Alternativen zu den skandalgeplagten Plattformen aus den USA und China entstehen.

Wichtigster Baustein in einem solchen Regelwerk ist eine europäische Datenstrategie. Hier gilt es, die Potenziale von Big Data mit Persönlichkeitsrechten in Einklang zu bringen. Auf der einen Seite ist der Zugang zu Daten die Voraussetzung für digitale Innovation und Entwicklung. Gleichzeitig müssen die Weitergabe und Verarbeitung von Daten unter Einhaltung der europäischen Vorschriften erfolgen – vom Datenschutz über Persönlichkeitsrechte bis hin zum Wettbewerbsrecht. Zudem sollten Nutzer wieder die Möglichkeit haben, die eigenen Daten zu kontrollieren. Dabei müssen Insellösungen vermieden werden. Das europäische Cloud-Netzwerk Gaia-X ist ein begrüßenswerter erster Schritt. Mit der Datenschutz-Grundverordnung liegt ein europäisches Regelwerk vor, das international Standards setzt.

Rechtsstaat und Regeln können echte Trümpfe im Wettbewerb sein

Doch es geht nicht nur um Ökonomie und Datenschutz. Wir erleben weltweit die Verwundbarkeit liberaler Demokratien. Das von Karl Popper beschriebene Toleranz-Paradoxon stellt die offene Gesellschaft auf die Probe, wenn gerade die intolerantesten politischen Strömungen und Akteure sich am lautesten auf Meinungsfreiheit und Pluralität berufen. Die Unsicherheit in der Regulierung sozialer Medien beruht auch auf der unbeantworteten Frage, ob es überhaupt Medien im klassischen regulatorischen Sinne sind. Dadurch öffnet sich ein Resonanzraum, den freiheitsfeindliche Gruppen viel effektiver nutzen als die etablierten politischen Kräfte. Die rein auf Klickzahlen optimierten Algorithmen der Plattformen bereiten dieser Entwicklung den Boden. Radikalisierung mag nicht zum Geschäftsmodell der Internetplattformen gehören, aber sicher zu ihren größten Kollateralschäden.

Für den Schutz unserer politischen Öffentlichkeiten im digitalen Umfeld reichen Selbstverpflichtungen von Unternehmen nicht aus. Im digitalen Binnenmarkt der EU sollten verbindliche Regeln gesetzt werden. Der geplante Digital Services Act und der Democracy Action Plan bieten eine große Chance dafür, die Verbreitung von Desinformation einzudämmen. Es muss jedoch zugleich darum gehen, den Qualitätsjournalismus zu erhalten, nicht zuletzt, um weiterhin garantieren zu können, dass Fakten tatsächlich Fakten sind. Nur wenn wir uns verbindlich auf eine Variante der Wahrheit einigen können, haben unsere Demokratien eine Zukunft.

Meister der Allianzen

Die europäischen Staaten sind Meister darin, mit Partnern Allianzen zu schmieden, wenn es um das Gemeinwohl geht. In diesem Sinne haben Deutschland und Frankreich mit gleichgesinnten Staaten 2019 die Allianz für den Multilateralismus gegründet. Im digitalen Bereich wurde mit dem „Paris Call for Trust and Security in Cyberspace" eine Initiative ins Leben gerufen, bei der sich über 50 Staaten mit Privatunternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen auf Regeln verständigt haben, um kritische Infrastrukturen wie Krankenhäuser im Falle von Cyberangriffen zu schützen. Auch auf EU-Ebene ist es sinnvoll, Allianzen mit Partnern auszubauen, die eine ähnliche Wertebasis teilen.

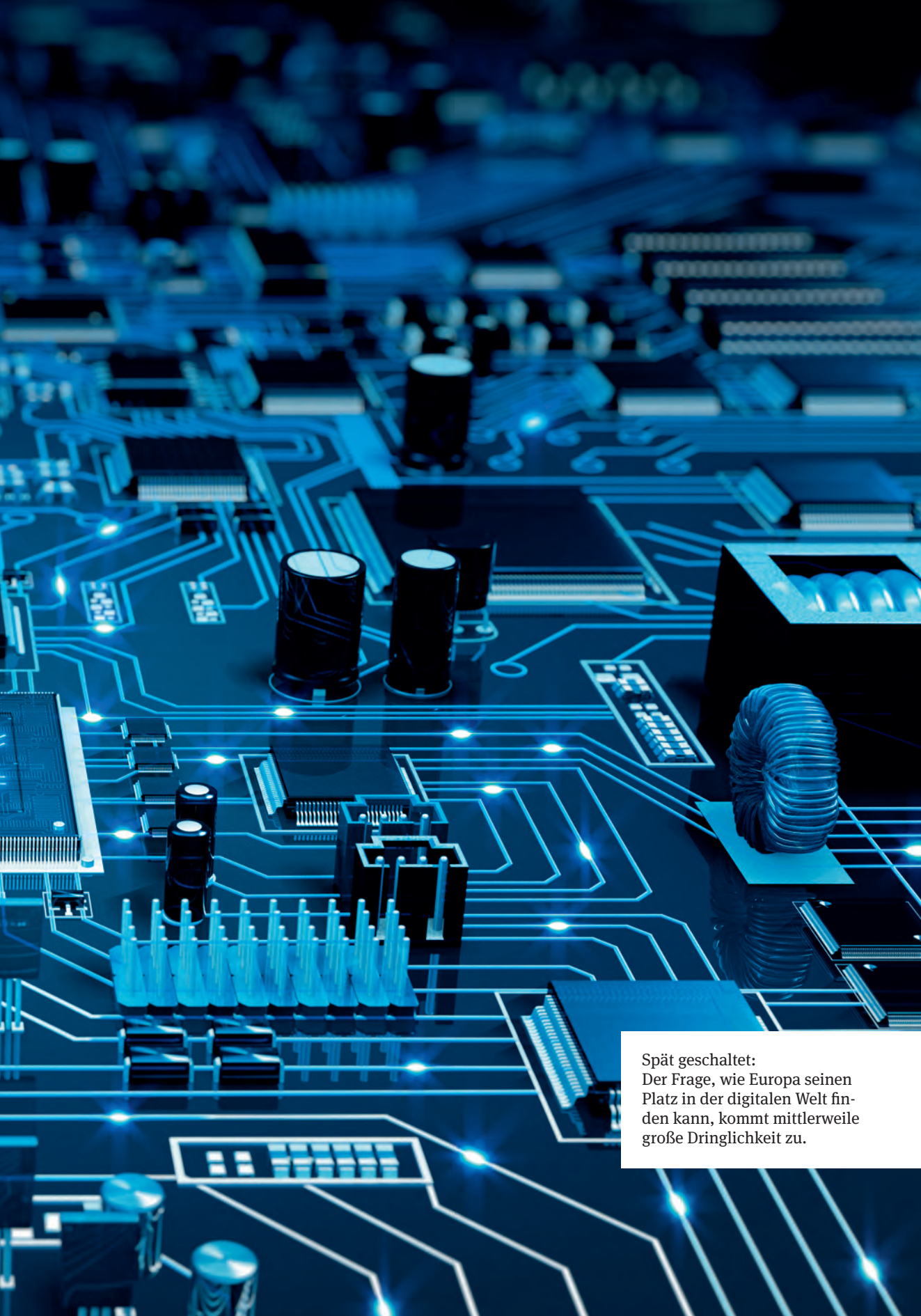
Einigkeit über Regulierungsfragen zu erlangen, braucht in der EU seine Zeit. Demokratische Aushandlungsprozesse sind zäh, weil viele Interessen miteinander abgeglichen werden müssen. Besonders fällt das im Vergleich zur chinesischen Digitalpolitik auf, denn die Kommunistische Partei Chinas kann durchregieren.

Doch die in den Aushandlungsprozessen der EU gefundenen Kompromisse sind oft belastbarer, als es eine Verordnung aus der Parteizentrale sein kann. Auch wenn die fehlende Geschwindigkeit der EU gerade im Verhältnis zu rasanten technologischen Entwicklungen oft ein Manko ist, entstehen dadurch auch Vorteile: Es können Fehler vermieden und erprobte Systeme optimiert werden.

Es ist wichtig, das ständige Aushandeln gemeinsamer Werte, die Komplexität politischer Prozesse, die Vielsprachigkeit und Vielstimmigkeit dieses Kontinents nicht nur als strukturelles Hindernis, sondern auch als Stärke zu begreifen. Genauso klar ist allerdings auch, dass Werte und Regelwerke keine Algorithmen programmieren und keine Glasfaserkabel verlegen.

Europa wird sich nicht davor drücken können, eine flächendeckende digitale Infrastruktur bereitzustellen. Es wird nicht um die Förderung von eigenen Innovationen in der Hochtechnologie herumkommen. Damit Grundlagen- und Spitzenforschung zu technologischen Innovationen führen, braucht es einen Kulturwandel. Nicht nur was die Schnittstellen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft angeht, sondern auch, was Finanzierungsmodelle und den Einsatz von Wagniskapital betrifft.

Der European Recovery Fund und die Corona-Hilfspakete der Länder bieten die historische Gelegenheit, eine zeitgemäße digitale Infrastruktur aufzubauen und die Industrie- und Forschungslandschaft auf ein neues Level zu bringen. Die Mittel strategisch in die richtigen Bereiche zu lenken und Neues entstehen zu lassen, ist die wichtigste europäische Aufgabe unserer Zeit. Denn wenn wir bei den Daten, den Technologien und der Infrastruktur den Anschluss verpassen, wird es schnell um die „Digital Decade" Europas geschehen sein, welche die Kommissionspräsidentin in ihrer „State of the Union"-Rede im September ausgerufen hat. IP



Spät geschaltet:
Der Frage, wie Europa seinen Platz in der digitalen Welt finden kann, kommt mittlerweile große Dringlichkeit zu.

„Wir kommen auch ohne europäisches Amazon zurecht“

Weniger jammern, mehr Innovation zulassen und konsequent seine Stärken ausspielen: Wie sich der Regulierungsweltmeister Europa als wichtiger Player im digitalen Wettbewerb etablieren kann.

Hinrich Thölken im Gespräch

IP: Herr Thölken, Corona hat gezeigt, wie wichtig eine funktionierende digitale Infrastruktur ist. Hat die Pandemie Europas Ambitionen auf diesem Sektor einen Schub verpasst?

Hinrich Thölken: Vor der Krise war Europa eine Region, die Fortschritt und Innovation wollte, aber zu wenige konkrete Lösungen aufzuweisen hatte. Das ging für den Geschmack vieler zu langsam – ich nehme mich da gar nicht aus. Wir standen vor der Frage: Kann Europa Disruption? Zu unserer eigenen Überraschung hat uns die Krise gelehrt, dass Europa so eine Situation durchaus gut meistern kann. Im Auswärtigen Amt etwa hätten wir vor der Krise den Gedanken für absurd gehalten, dass ein erklecklicher Prozentsatz der Mitarbeiter im Homeoffice arbeitet. Das wäre ein Sakrileg gewesen. Jetzt bin ich im Auswärtigen Amt zu Hochzeiten der Krise durch komplett leere Korridore gelaufen. Nur noch 10 bis 20 Prozent der Belegschaft waren vor Ort, und es hat funktioniert. Das hat uns ermutigt, auf diesem Weg weiterzugehen. Inzwischen schaffen wir es in einem weit höheren Tempo, Infrastruktur aufzubauen, Geräte anzuschaffen und die nötigen Regularien zu kreieren. Das gilt für den öffentlichen Sektor, aber auch für die Wirtschaft. Viele Arbeitgeber sind mittlerweile von den Vorteilen des Homeoffice überzeugt.

Die Fragen, wem die Technologien der Zukunft gehören, wo sie produziert werden, wer die Standards setzt und ihre Nutzung regelt, werden für den geopolitischen Wettbewerb immer wichtiger. Viele befürchten, dass Europa zwischen den USA und China zerrieben wird. Wie soll es sich zwischen diesen beiden Polen positionieren?

Deutschland wurde dieses Jahr zur innovativsten Volkswirtschaft der Welt gekürt und Europa ist ein fantastischer Standort für Bildung, Forschung und

Dr. Hinrich Thölken
ist Beauftragter für Klima- und Energieaußenpolitik und Digitale Transformation im Auswärtigen Amt. Zuvor war Thölken Ständiger Vertreter der Bundesrepublik bei den UN-Organisationen in Rom.

Innovation. Trotzdem blicken wir sorgenvoll in die Welt, vergleichen uns mit anderen und lamentieren darüber, dass wir keine Plattformökonomien und zu wenige global erfolgreiche Start-ups haben. Dabei sind wir kein Opfer zwischen rivalisierenden Blöcken, sondern ein eigenständiger Akteur mit großem Potenzial. Wir haben die Kraft, die Ressourcen und genug kluge Köpfe. Wir müssen uns dieser Herausforderung einfach mutig stellen. Exemplarisch dafür steht Gaia-X ...

... das vom Bundeswirtschaftsministerium mitinitiierte Projekt einer Datencloud, die unter anderem die Ressourcen europäischer Firmen bündelt.
Ein Vorhaben, das nichts weniger als die Schaffung einer europäischen Dateninfrastruktur vorsieht. Ich wünsche mir viel mehr solcher Projekte. Durch Europa muss ein digitaler Ruck gehen, denn es gibt so viel mehr Chancen als Risiken. Nicht nur für Unternehmen und den öffentlichen Sektor, auch für jeden einzelnen Bürger. Das wäre ein deutlich besserer Zeitvertreib, als sich ständig zu fragen, was die anderen gerade machen. Außerdem sind wir Regulierungsweltmeister. Niemand ist in Regulierungsfragen hartnäckiger als die EU. Ich sehe unsere Chancen da gar nicht so schlecht.

Stellt sich dann überhaupt die Frage, ob wir uns stärker an den USA oder an China orientieren sollen?
Nur scheinbar. Denn in Amerika – und manchmal auch in China hinter verschlossenen Türen – heißt es oft, dass Europa eine ganz entscheidende Rolle bei Themen wie Künstlicher Intelligenz, Arbeit der Zukunft und Datenschutz zu spielen hat. Das aktuelle, amerikanisch geprägte Modell braucht Impulse aus Europa, damit es nicht in eine völlig ungezügelte Datenwirtschaft abdriftet. Die europäische Datenschutz-Grundverordnung ist zwar sperrig, hat aber eine globale Wirkung entfaltet. Viele US-Bundesstaaten sind dankbar dafür; man hofft, dass sich die europäische Stimme auch zu Themen wie Regulierung und KI erhebt.

Sie haben die europäische Datenschutz-Grundverordnung von 2016 erwähnt. Lässt sich die Künstliche Intelligenz in ähnlicher Weise regulieren? Und wie kann man sicherstellen, dass die Regulierung die Idee und das Wesen des Internets nicht beschädigt?
Das ist noch ergebnisoffen. Zwei Faktoren sind hier entscheidend: Einerseits die Frage, ob wir es schaffen, einen adäquaten Regulierungsvorschlag auf den Weg zu bringen. Andererseits muss Europa auch einen substanziellen Marktanteil bei der Künstlichen Intelligenz haben und in Sachen Innovation vorne dabei sein. Hier konnten wir zuletzt einige Fortschritte verzeichnen. Viele Mitgliedstaaten haben KI-Strategien verabschiedet und die nötigen Ressourcen mobilisiert. Aber es

bleibt ein offenes Rennen. Denn wenn sich eine bestimmte Anwendungsform von KI in der Wirtschaft verbreitet, kann es zu einer Standardsetzung durch Marktakzeptanz kommen. In der Internetgovernance bemerken wir in wachsendem Maße Einfluss- und Abschottungsversuche von großen staatlichen Akteuren. Das steht im Gegensatz zur – und diesen Begriff benutze ich bewusst – westlichen Position, da wir das Internet in seiner freien, demokratischen Form erhalten wollen. Sicherheit vor kriminellen Aktivitäten muss es geben, aber nicht auf Kosten der Meinungsfreiheit und der Kommunikationskanäle.

Sollte die EU die Entwicklung Künstlicher Intelligenz gemeinsam vorantreiben oder befürworten Sie einen Wettbewerb zwischen den Mitgliedern?

Wir probieren zurzeit ein Mischmodell aus. Es gibt natürlich Staaten, die wissenschaftlich stärker sind und auch national relevante Beiträge leisten können; Deutschland gehört mit Sicherheit dazu. Andere Modelle sehen eine zwischenstaatliche Kooperation vor, etwa nach Vorbild der engen deutsch-französischen Zusammenarbeit in der KI. Und selbstverständlich gibt es europaweite Programme. Alles zu vereinheitlichen, wäre genauso falsch wie ein reiner Wettbewerb gegeneinander. Das bedeutet: Unabhängigkeit und Individualität zulassen, aber bei relevanten Themen schon früh eine Kooperation eingehen.

In den USA wächst die Angst, dass Apps wie TikTok Daten von US-Benutzern an Chinas Sicherheitsbehörden weitergeben könnten. Die Regierung Trump ergreift gezielte Maßnahmen, um Huawei einzuhegen. Europa wirft man bei diesem Thema eine gewisse Sorglosigkeit vor. Ist da etwas dran?

Wenn ich mir die öffentliche Debatte ansehe, kann ich nicht erkennen, dass wir uns sorglos verhalten. Der Schutz von essenzieller Infrastruktur ist ein fester Punkt auf der politischen Agenda. Aber ist es wirklich die beste Lösung, Huawei von vornherein auszuschließen, oder erzeugt das langfristig andere Probleme? Der amerikanische Weg birgt die Gefahr, dass China langfristig eigene Kapazitäten entwickelt, etwa bei der Herstellung von Computerchips, die sich unserer Kontrolle entziehen. Wir wollen keine Länder oder Firmen prinzipiell aussperren, sondern Bedingungen festlegen, zu denen sich andere Akteure am Aufbau unserer digitalen Infrastruktur beteiligen können. Diese Bedingungen formulieren wir zurzeit. Nur weil wir in Europa einen anderen Weg wählen, heißt das nicht, dass wir sorglos sind.

Wenn Mitwerber aus dem Ausland in europäische Technologieunternehmen investieren, könnten sie Zugang zu Europas digitaler Infrastruktur erhalten. Müsste die EU ausländische Investitionen in Europa nicht strenger regulieren?

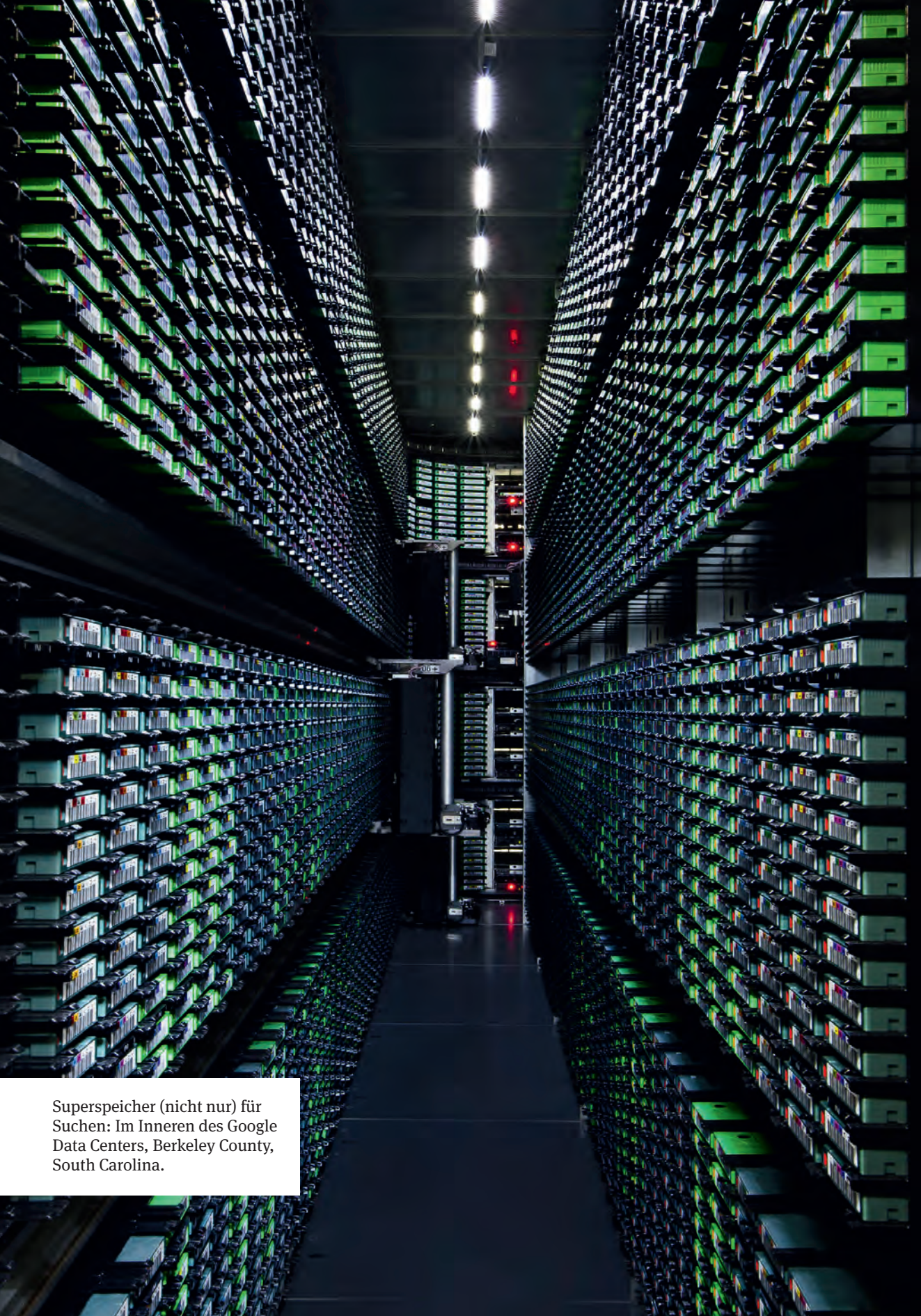
Diese Frage stellt sich nur bei essenziellen Bereichen wie Mobilfunknetzen. Es gibt natürlich viele Risikobereiche, die dem durchschnittlichen Bürger nicht bekannt sind. Daher ist es Aufgabe der Politik, Verwundbarkeiten zu erkennen und Regeln dafür festzulegen. Exemplarisch hierfür stehen die Debatten um das IT-Sicherheitsgesetz in Deutschland und um 5G auf europäischer Ebene. Diese Frage betrifft auch die Außenwirtschaftsgesetzgebung. Es ist eine Sache, in eine Fabrik zum Bau von Elektroautos zu investieren, aber etwas ganz anderes, eine sicherheitspolitisch relevante Firma zu kaufen. Auch über die Außenwirtschaftsverordnung wird erneut diskutiert; der Schutz des geistigen Eigentums ist für uns essenziell wichtig.

Reicht die Regulierungsmacht der EU aus, um die Interessen Europas in Sachen Internet und digitale Technologien zu schützen, solange es Europa weiterhin an bedeutenden digitalen Unternehmen mit globalem Einfluss fehlt?
Ob wir unbedingt globale Player brauchen, kann ich nicht sagen, auch ohne ein europäisches Amazon kommen wir ja wirtschaftlich ganz gut zurecht. Oft heißt es, dass wir in Europa keine marktführenden Plattformen haben – also Unternehmen, die vor allem im Verbrauchergeschäft unterwegs sind. In der Tat liegt unsere Stärke eher im Geschäftskundengeschäft. Wir haben eine sehr starke industrielle Wertschöpfung und produzieren viele Daten. Unsere Unternehmen haben zwar nicht die Marktkapitalisierung und -dominanz von vergleichbaren Plattformen aus anderen Regionen, aber das bedeutet nicht, dass der Zug abgefahren ist. Wir müssen kluge Konzepte entwickeln, besonders im Geschäftskundengeschäft. Deutschland mit seiner industriellen Wertschöpfung von über 20 Prozent kommt hier eine Schlüsselrolle zu. Zwar haben wir bei der wirtschaftlichen Nutzung von Daten anfangs den Anschluss verpasst, aber mittlerweile haben unsere Unternehmen gut aufgeholt. Wir müssen wachsam bleiben, investieren und Innovation bis hin zur Disruption zulassen. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass das auch in Europa möglich ist.

Wenn Europa digitale Souveränität erreichen will, muss die EU ihren eigenen digitalen Graben überwinden. Was lässt sich gegen die digitale Ungleichheit zwischen europäischen Mitgliedstaaten unternehmen?
Für Europas „digitale Entwicklung" – der Begriff gefällt mir besser – müssen wir in Bildung, in Wissenschaft, in Forschung investieren, wir müssen Unternehmen bei der digitalen Transformation unterstützen. Das trifft gerade auf Wirtschaftssektoren zu, die auf den ersten Blick gar keinen Nutzen von digitalen Geschäftsmodellen haben. Datengestützte Geschäftsmodelle kommen auch Bäckern oder Schuhverkäufern zugute, die sich so zusätzliche Einkommensquellen und Marktchancen erschließen können. Dazu gibt es in allen Mitgliedstaaten und auf europäischer Ebene Förderprogramme. Wir werden nicht in der Lage sein, alle Unterschiede auszugleichen. Dazu sind wir noch zu heterogen. Aber bestimmte, klar definierte Ziele wie einheitliche Regularien oder den europaweiten Ausbau von schnellen Breitbandnetzwerken sollten wir uns setzen.

Welche regulatorischen Maßnahmen sollte und darf die EU ergreifen, um gegen Fake News, Hassreden und die Diskreditierung demokratischer Institutionen vorzugehen?
Das Internet ist ja kein rechtsfreier Raum. Kriminelle, jugendgefährdende und verfassungswidrige Inhalte müssen hier genauso belangt werden wie außerhalb des Cyberspace. Das Thema Fake News ist da komplizierter. Es handelt sich ja nicht um rechtswidrige Inhalte, aber Falschmeldungen haben dennoch gesellschaftspolitische Sprengkraft. Zumal die Menschen heute in ihren Filterblasen leben. Nur das soziale Umfeld entscheidet, ob jemand problematische Ansichten entwickelt oder nicht. Daher müssen wir die Medienkompetenz der Nutzer fördern. Da wurde bislang zu wenig investiert. Dabei könnte die Auseinandersetzung mit digitalen Medien auch schulisch vermittelt werden. Insbesondere der kritische Umgang mit Quellen sollte Teil des Bildungsprogramms sein.

Die Fragen stellten Martin Bialecki und Joachim Staron.



Superspeicher (nicht nur) für Suchen: Im Inneren des Google Data Centers, Berkeley County, South Carolina.

Regulierung und Datenhoheit

Eine Ordnung fürs virtuelle Haus

Europa steht vor der Aufgabe, Regeln für digitale Plattformen zu entwickeln. Dabei gilt es, Meinungsfreiheit und weitere Menschenrechte zu schützen.

Von Julian Jaursch **Seite 38**

„Europa hat keine Industriepolitik“

Von Gründergeist und Innovationen, Folgen der Pandemie und Lesen im Kaffeesatz: Warum die Finanzinfrastruktur ausgebaut werden sollte.

Ein Interview mit Klaus Hommels **Seite 44**

Digitaler dritter Weg

Europa braucht eine Strategie, die seine Wettbewerbsfähigkeit bewahrt und sowohl Überwachungskapitalismus als auch Techno-Autoritarismus umgeht.

Von Tyson Barker **Seite 48**

Eine Ordnung fürs virtuelle Haus

Europa steht vor der Aufgabe, Regeln für digitale Plattformen zu entwickeln. Dabei gilt es, Meinungsfreiheit und weitere Menschenrechte zu schützen – auch in Abgrenzung zu Regulierungsansätzen konkurrierender Mächte.

Von Julian Jaursch

Im Pandemie-Sommer 2020 wurde ein Video millionenfach in sozialen Netzwerken und auf Videoportalen angeklickt, in dem Ärzte behaupteten, es gebe bereits ein Heilmittel gegen Covid-19, nämlich Hydroxychloroquin; Mund-und-Nase-Masken seien daher unnötig. Beide Aussagen sind falsch. Facebook sorgte innerhalb einiger Stunden dafür, dass das Video der „Frontline Doctors" von der Plattform verschwand und und war zerknirscht ob dieser langen Verzögerung. Auch nach der Löschung des Originals tauchten immer wieder Varianten des Videos auf. In der Zwischenzeit hatten sowohl der Präsident der USA als auch sein Sohn Donald Trump jr. das Video mit Millionen Menschen im Netz geteilt.

Diese Episode offenbart einige wichtige Facetten der digitalen Medien- und Kommunikationsräume, die große Plattformen wie Facebook und YouTube bereitstellen. Welche Regeln für solche Plattformen in Europa gelten sollen, ist schon seit längerer Zeit Gegenstand heftiger Debatten auf nationaler und auf EU-Ebene. Es ist nicht mehr die Frage, ob die EU regulieren wird, sondern wie. Bei der Beantwortung dieser Frage lohnt sich ein Blick auf das Frontline-Doctors-Video. Daran zeigt sich, dass erstens Online-Inhalte reale Konsequenzen wie Gesundheitsschäden nach sich ziehen können, dass zweitens dennoch der Fokus von Regulierung nicht allein auf einzelnen Inhalten liegen sollte und dass drittens die Grenzen der Plattformregulierung anerkannt werden müssen.

Risiken und Nebenwirkungen

Zum ersten Punkt: Das Beispiel verdeutlicht, dass falsche oder irreführende Informationen wie im Frontline-Doctors-Video Schäden anrichten können: Selbst wenn von den 20 Millionen Menschen, die das Video allein innerhalb der ersten 24 Stunden auf Facebook sahen, nur ein kleiner Teil es zu Ende gesehen und die Aussagen für bare Münze genommen hat, kann das erhebliche gesundheitliche Folgeschäden haben. Nicht nur für den Einzelnen ergeben sich Risiken, sondern auch für die öffentliche Gesundheit, etwa wenn in bestimmten Situationen kein Abstand eingehalten oder keine Maske getragen wird.

Neben solchen Risiken für die öffentliche Gesundheit ist hinlänglich bekannt, dass große soziale Medien, aber auch kleinere, teils radikalere Angebote wie 4chan und Gab, noch andere Gefahren bergen: 2018 untersuchten die Vereinten Nationen die Ursachen des Genozids in Myanmar. Dabei attestierten die Forscher den sozialen Netzwerken, allen voran Facebook, eine problematische Rolle, weil online menschenrechtswidrige Inhalte rasch verbreitet worden seien. Zudem sei auf diesem Weg zu Gewalt aufgerufen worden.

In Großbritannien haben sich mehrere parlamentarische Untersuchungsausschüsse damit beschäftigt, wie Desinformation und Hetze gesellschaftliche Spaltungen vertiefen und für einige Menschen lebensbedrohlich werden können. Der Bericht des Sonderermittlers Robert Mueller zur US-Präsidentschaftswahl 2016 offenbart, wie leicht es ausländischen Akteuren, in diesem Fall Russland, fiel, über Plattformen wie Facebook, Instagram und Twitter Menschen zu radikalisieren und Misstrauen gegeneinander, aber auch in demokratische Prozesse zu säen. In Deutschland zeigte eine Studie der Stiftung Neue Verantwortung, dass im Bundestagswahlkampf 2017 rechtspopulistische, menschenfeindliche Desinformation im Umlauf war, wenn auch nicht in dem Ausmaß wie in den USA und nicht mit russischem Ursprung.

Europa, und besonders Deutschland, hat sich lange sehr stark auf diesen Teil der

Dr. Julian Jaursch ist Projektleiter bei der Stiftung Neue Verantwortung und befasst sich dort unter anderem mit Desinformation und Plattformregulierung.

Plattformregulierung konzentriert – auf die Moderation und Löschung einzelner Inhalte. Die kontroversen Diskussionen zum Urheberrecht auf deutscher und europäischer Ebene sind hierfür ein Beispiel. Exemplarisch ist aber auch das Netzwerkdurchsetzungsgesetz in Deutschland. Es schreibt sozialen Medien unter anderem vor, strafrechtlich relevante Inhalte binnen 24 Stunden nach einer Beschwerde zu löschen. Zu solchen Inhalten zählen Volksverhetzung, Beleidigung oder Kinderpornografie. In eine ähnliche Richtung geht das Vorhaben der EU, terroristische Inhalte binnen einer Stunde nach Meldung einer nationalen Behörde löschen zu lassen.

So richtig es ist, rechtswidrige Inhalte und solche wie das Frontline-Doctors-Video, das falsch und gefährlich, wenn auch nicht illegal ist, zu löschen: Die Durchsetzung dieser Idee anhand klarer Definitionen ist schwierig. Was Kinderpornografie ist, lässt sich noch sehr eindeutig bestimmen, bei Terrorismus wird es bereits schwammiger und bei Desinformation ist die Linie zu erlaubten Meinungsäußerungen, inklusive Lügen, kaum klar zu ziehen. Inhaltemoderation und -löschung sind als Regulierungsansatz also heikel und werfen zwangsläufig Fragen zur Meinungsfreiheit auf. Dennoch erfreut sich dieser Ansatz großer Beliebtheit, weil es so offensichtlich und simpel klingt: Was schlecht ist im Netz, muss weg. Dabei wird die Art und Weise der Inhalteverbreitung über digitale Plattformen zu wenig beleuchtet.

Plattformen beaufsichtigen

Die Besonderheiten digitaler Plattformen bei der Inhalteverbreitung zeigen sich, zweitens, ebenfalls im Frontline-Doctors-Video. Es verbreitete sich rasend schnell, wurde von Medien aufgegriffen und in privaten Online-Gruppen und über Messengerdienste geteilt. Die Macher des Videos hatten es mit der Aufmachung, den seriös anmutenden Protagonisten und der Zusammenarbeit mit einschlägigen Blogs als Veröffentlichungsorganen darauf ausgelegt, „viral zu gehen“. Was aufregt oder Angst macht und was die Aufmerksamkeit der Menschen auf sich zieht, wird unabhängig vom Thema von den Algorithmen der Plattformen nach oben gespült. Daher ist es wichtig, digitale Plattformen auch unabhängig von den jeweiligen Inhalten und der Frage, ob diese gesundheitliche oder gesellschaftliche „Schäden“ mit sich bringen, als Regulierungsziel zu betrachten.

Wenn hier von digitalen Plattformen die Rede ist, geht es hauptsächlich um Angebote, die über das Internet Kommunikations- und Medienräume zur Verfügung stellen: Facebook, YouTube, Snapchat oder TikTok. Solche digitalen Kommunikationsräume sind riesig, meist global verfügbar und ermöglichen sofortige Interaktion mit Inhalten. Das unterscheidet sie von klassischen journalistischen Medien.

Eine weitere Besonderheit sozialer Medien: Es sind algorithmische Kommunikationsräume, ausgestattet mit den persönlichen Verhaltensdaten von Abermillionen von Menschen. Vor diesen Räumen stehen keine Redaktionen als Gatekeeper wie bei einer Zeitung, die bestimmen, welche Nachrichten die Leser zu sehen bekommen. Vielmehr machen die Plattformen ihre Algorithmen und auch ihre Nutzenden zu Gatekeepern.

Das ist erst mal einfach nur anders als zuvor, nicht an sich besser oder schlechter. Es darf aber nicht verkannt werden, dass die angebotenen Kommunikationsräume als Ort für politische Debatten und Meinungsbildung gesellschaftliche Zwecke erfüllen. Die Raumgestaltung bedarf daher einer demokratischen Kontrolle, die weder allein den Wünschen einer Regierung noch allein den wirtschaftlichen Interessen von

Unternehmen folgt. Im ersten Fall käme es leicht zu staatlicher Zensur, im zweiten bliebe es dabei, dass Algorithmen auf größtmögliches „Engagement“ getrimmt sind, auf Klicks, Verweildauer und auf das Ausbeuten der Aufmerksamkeit der Menschen, um ihnen Werbung zu zeigen.

Nie zuvor war Werbung den persönlichen Verhaltensmustern so angepasst

Auch Rundfunk und Presse sind auf die Aufmerksamkeit der Bürger aus. Gerade die Klatschpresse ließe sich als Vergleich heranziehen: Sie ist wie die großen Plattformen werbefinanziert und will mit sensationalistischen Beiträgen Menschen anlocken. Aber bei digitalen Plattformen ist die Art und Weise der Werbeausspielung völlig anders. Nie zuvor haben sich Anbieter so auf Werbung verlassen und nie war diese Werbung je so zielgerichtet und so stark an persönliche Verhaltensdaten angepasst. Im vergangenen Jahr machte bei Google/YouTube Werbung 83 Prozent des Gewinns aus, bei Facebook/Instagram waren es 98 Prozent (im „News Media“-Segment von Axel Springer machten die Werbeerlöse rund 44 Prozent des Umsatzes aus). Digitale Plattformen registrieren und überwachen das Surfverhalten der Menschen im Internet und leiten daraus Profile mit Interessen, Vorlieben und Ängsten ab, die einer traditionellen Zeitung und einem Fernsehsender schlicht nicht zur Verfügung stehen. Mithilfe dieser Daten und der algorithmischen Systeme der Plattformen lässt sich erkennen, welche Inhalte am ehesten geklickt, kommentiert und geteilt werden. Und das sind meist Inhalte, die kontrovers sind, Angst oder Wut hervorrufen und eigene Sichtweisen bestätigen.

An dieser Stelle, bei der Architektur der Plattformen, ihrer Geschäftslogik und der daraus resultierenden Inhalteverbreitung, setzt bisher wenig Regulierung an. Bestehende Regelwerke, etwa im Datenschutz- und Wettbewerbsrecht und in der Medienregulierung, befassen sich jeweils nur mit Teilaspekten dieser Problematik. Zudem gibt es Schwächen bei der Rechtsdurchsetzung, gerade beim Datenschutz. Freiwillige Selbstverpflichtungen der Plattformunternehmen auf EU-Ebene, etwa zu Hassrede im Internet und zu Desinformation, sind keine ausreichenden Alternativen. Ein ganzheitlicher, gesetzlich verankerter und europäisch koordinierter Kontrollmechanismus, wie es ihn etwa für die Finanz-, Pharma- und Lebensmittelbranchen gibt, fehlt.

Doch in der EU wächst der Wille, das zu ändern. Als großangelegte Reform einer 20 Jahre alten Richtlinie für den Online-Handel soll das Digitale-Dienste-Gesetz („Digital Services Act“, DSA) entstehen. Ob und wie Plattformen für In-

halte haften, welchen Transparenzregeln sie folgen sollen, welche Grundsätze für die Inhaltemoderation gelten müssen und wie eine mögliche Aufsichtsbehörde aussehen kann – all das sind Fragen, die im Zuge der DSA-Diskussionen aufkommen werden.

Anhaltspunkte, wie diese Fragen beantwortet werden können, gibt es bereits. Forschende und Fachleute aus der Zivilgesellschaft arbeiten seit Jahren auf diesem Gebiet, und auch die Plattformen selbst haben erkannt, dass sie offener sein und ihre Arbeitsweise erklären müssen. Zudem gibt es in bestehenden Gesetzen geeignete Ansätze, die ausgebaut werden können. Ein Beispiel ist das besagte Netzwerkdurchsetzungsgesetz. Neben den Löschpflichten, die vielfach als problematisch angesehen wurden, führte das Gesetz eine Transparenzpflicht ein, die grundsätzlich positiv bewertet wurde: Plattformbetreiber müssen vor Ort Zustellungsbevollmächtigte benennen und alle sechs Monate einen Bericht abliefern, wie ihre Inhaltemoderation abläuft.

Ähnlich verfährt die europäische „Platform-to-Business-Regulation“ (P2B-Richtlinie), die kürzlich in Kraft getreten ist. Sie gilt zwar für Plattformen, die Online-Marktplätze oder Preisvergleichsportale anbieten und somit nicht für die oben erwähnten digitalen Kommunikationsräume, aber einige der Vorschriften sind auch mit Blick auf soziale Netzwerke interessant. So fordert die P2B-Richtlinie verständliche AGB, die Einrichtung von Beschwerdeverfahren und eine Erklärung darüber, wie Inhalte sortiert und auffindbar gemacht werden, etwa die Suchergebnisse auf einer Shoppingseite oder eines Reiseportals. Übertragen auf soziale Medien hieße das unter anderem: Transparenz- und Rechenschaftspflichten über die Funktionsweise und Auswirkungen der Algorithmen, die bestimmen, welche

Plattformbetreiber müssen offenlegen, wie sie Inhalte moderieren

Inhalte Millionen Menschen sehen. Neue Transparenz- und Sorgfaltspflichten führt in Deutschland der Medienstaatsvertrag ein, wenn auch noch mit sehr zaghaften Schritten. Erstmals bezieht sich Medienregulierung in Deutschland damit nicht mehr nur auf den Rundfunk, sondern auch auf Suchmaschinen, Videoportale und soziale Netzwerke.

Hieran wird zweierlei deutlich: Zum einen gibt es bereits Bestrebungen, Regulierung nicht auf die Inhaltemoderation und -löschung zu beziehen, sondern grundsätzlich zu entscheiden, welche unternehmerische Verantwortung für Konzerne wie Facebook und Google mit der Bereitstellung von Kommunikationsräumen einhergeht und welcher Aufsicht solche Konzerne unterliegen.

Zum anderen wird klar, dass es sehr viele sich überschneidende, teils konkurrierende Regeln auf unterschiedlichen politischen Ebenen gibt. Der DSA wird beide

Punkte angehen müssen: Neben dem Aufbau einer Branchenaufsicht wird es auch um eine Konsolidierung europäischer Regelwerke gehen müssen.

Grenzen der Regulierung

Aber können solche Regeln überhaupt dafür sorgen, dass nicht mehr nur die lautesten, privilegierten Stimmen Gehör finden? Der US-Präsident teilte das Frontline-Doctors-Video kurz nach dessen Erscheinen und kommentierte es später, als es längst für falsch befunden war, live im Fernsehen. Selbst wenn solch gesundheitsschädliche Inhalte noch schneller von Plattformen verschwänden und sinnvolle Transparenz- und Rechenschaftspflichten dafür sorgten, dass Plattformen weniger Anreize hätten, polarisierende Clickbaiting-Inhalte zu verbreiten – der Nährboden für die Erstellung und den Konsum solcher Desinformation wird dadurch nicht weniger fruchtbar. Das ist der dritte Aspekt zur Plattformregulierung, den das Video aufzeigt: ihre Grenzen.

Während sich Fragen zur Inhaltemoderation um Zensur drehen und Fragen zur Inhalteverbreitung das Geschäftsmodell digitaler Plattformen berühren, geht es bei Plattformregulierung auch um ganz grundsätzliche Fragen demokratischer Debatten und Prozesse. Was ist die Motivation für die Produktion solcher Videos? Warum treffen sie bei vielen Menschen in aller Welt offenbar einen Nerv? Wie kann es sein, dass wissenschaftliche Diskussionen, für die sich sonst die wenigsten interessieren, politisiert werden? Warum schaffen es viele Menschen nicht, Informationsquellen sicher zu bewerten?

Das sind Fragen, bei denen europäische Regeln für digitale Plattformen an ihre Grenzen stoßen. Sie bedürfen eines Verständnisses für gesellschaftliche Trends und Spaltungen, die den Kern von Desinformation und Hetze im Netz ausmachen. Dagegen hilft keine Plattformregulierung allein, sondern politische Bildung, die Förderung digitaler Nachrichtenkompetenz aller Altersgruppen sowie die Unterstützung von unabhängigem Journalismus. Bildungsmaßnahmen sind eine zwingend nötige Ergänzung zur europäischen Regulierung von Plattformen.

Die EU sollte trotz der Grenzen regulatorischer Maßnahmen aktiv werden, um Regeln für digitale Plattformen zu entwickeln. Andere Akteure kommen derzeit kaum dafür infrage: In den USA wird zwar mittlerweile über eine Reform des Laissez-faire-Ansatzes für Silicon-Valley-Konzerne nachgedacht, etwa in Form eines Datenschutzgesetzes auf Bundesebene. Doch selbst mit einem anderen Präsidenten dürfte es schwierig bleiben, solche Vorhaben durchzusetzen. Wettbewerbsrechtliche Verfahren werden sich ebenfalls hinziehen.

Die chinesische Regierung zeigt sich im Gegensatz dazu sehr gewillt, regulierend in das Geschäft digitaler Plattformen einzugreifen, allerdings geschieht dies oft mit dem Ziel der Zensur und des Machterhalts der dortigen Kommunistischen Partei. Auf Ebene der UN gibt es zahlreiche Diskussionsformate zum Thema Internetregulierung; doch bedeutsame globale Entwicklungen sind in nächster Zeit unrealistisch.

Daher hat die EU nun die große Chance und Verantwortung, neue Regeln für digitale Plattformen zu entwickeln, die weltweit Strahlkraft entfalten könnten. Ein Fall wie der der „Frontline Doctors“ ist zwar auch mit passender EU-Regulierung nicht ausgeschlossen. Aber Nichtstun ist angesichts der zentralen Rolle der digitalen Kommunikationsräume, die von großen Plattformen bereitgestellt werden, und des fehlenden oder fehlgeleiteten Regulierungswillens in anderen Teilen der Welt für Europa schon lange keine Option mehr. IP

„Europa hat keine Industriepolitik“

Von Gründergeist und Innovationen, Folgen der Pandemie und Lesen im Kaffeesatz: Warum die Finanzinfrastruktur ausgebaut werden sollte.

Ein Interview mit Klaus Hommels

IP: Herr Hommels, wie ist es um den Gründergeist in Deutschland bestellt?
Klaus Hommels: Der Gründergeist ist da, er kann aber ambitionierter sein. Die Grundlage, exzellentes Wissen, ist absolut vorhanden; aber zum Beispiel die Amerikaner haben einen kommerziellen Bezug zu Innovationen, der uns fehlt. Die notwendige Finanzierung für hausgemachte Innovationen muss ausgebaut werden.

Haben Sie dafür ein Beispiel?
Als der Mittelstand aufgebaut wurde, konnten Gründer mit nichts außer einem unbezahlten Haus und einer guten Idee eine Finanzierung bekommen. Banken haben ein Teilrisiko mitgetragen. Sie waren ein Proxy für Regierungsstellen, die das Projekt anschließend weiterfinanziert haben. Heute wäre eine solche Finanzierung undenkbar. Hier kommt Wagniskapital ins Spiel. Nur wenn wir neue Ideen finanziell fördern, entstehen Gründer- und später Erfolgsgeschichten, die andere Gründer inspirieren.

Ist das Risiko größer geworden, dass europäische Investoren die Kontrolle an große Geldgeber aus den USA und Ostasien verlieren?
Das Risiko hat extrem zugenommen; wir machen uns zu wenig Gedanken darüber, wie unsere Industrie wahrgenommen wird. Es liegt nahe, mir eine Argumentation pro domo zu unterstellen – eigentlich schadet uns mehr Konkurrenz ja. Wir haben für Europa viel erreicht, wenn es uns nur ein bisschen gelingt, unsere eigenen Innovationen finanzieren zu können, ohne mit ausgestreckter Hand auf Fördergelder aus den USA und Asien warten zu müssen.

Viele Experten sehen einen Trend zu einer Teilung der digitalen Welt in eine chinesische und eine amerikanische Sphäre. Sie auch?

Klaus Hommels
ist einer der erfolgreichsten und wichtigsten europäischen Technologie-Investoren sowie Gründer des Venture-Capital-Fonds Lakestar.

Ja, absolut. Das liegt daran, dass Europa keine Industriepolitik hat. Ein Beispiel wäre Payment: Wenn Sie einkaufen gehen, zahlen Sie mit Mastercard, American Express oder Visa – alles US-Anbieter. Ohne diese Zahlungsdienstleister müssten wir in Europa wieder mit Bargeld zahlen. Bei allem Respekt, die EC-Karte der Sparkasse ist keine ernstzunehmende Alternative. Die Chinesen haben es anders gemacht: Alibaba hat staatlich subventioniert eine Zahlungsalternative basierend auf QR-Codes entwickelt. Traditionelle Zahlungsdienstleister wurden einfach übergangen. Somit hat man dort innerhalb von acht bis zehn Jahren eine komplette Parallelwelt der Bezahlung aufgebaut. Europa benötigt infrastrukturtechnische „Masterprojekte"!

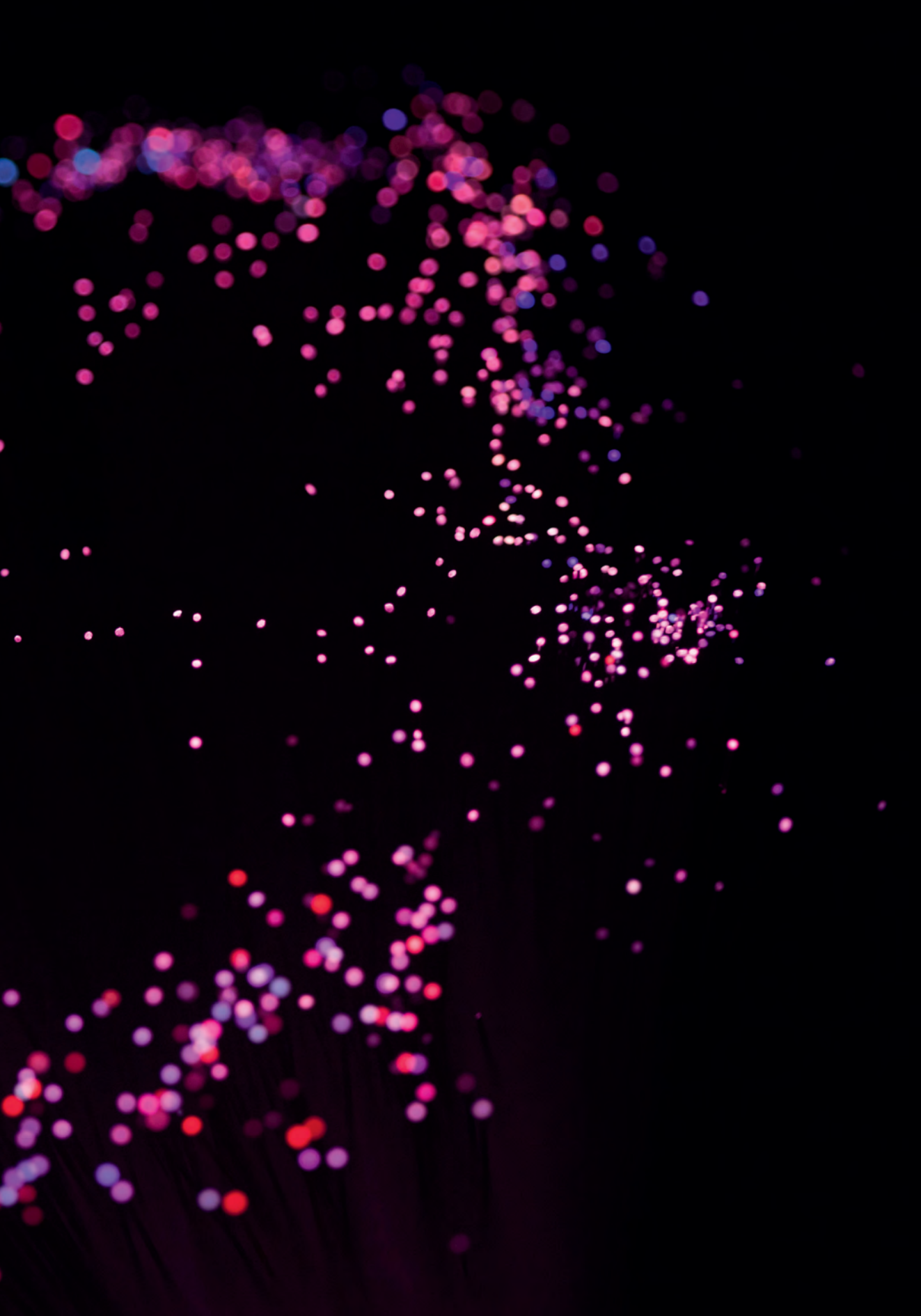
Hat es Sinn, über die Auswirkungen von Corona auf die Techszene zu spekulieren oder ist das noch Kaffeesatzleserei?
Es gibt noch zu viele offene Parameter, um endgültige Aussagen zu treffen. Es hat sich aber früh abgezeichnet, dass die auferlegten Mobilitätsbeschränkungen ein brutaler Katalysator für die digitale Infrastruktur waren. Nehmen Sie Zoom als Beispiel, das Unternehmen konnte seine Nutzerzahl von zehn Millionen im Dezember auf 300 Millionen allein im März steigern – ohne jedes Marketing. Auch Essenslieferanten haben einen Boom erlebt. Die Pandemie hat die Nutzungsgewohnheiten der Menschen in einer Art geändert, die diesen Unternehmen ideal in die Hände gespielt hat. Dann gibt es Firmen, deren Kerngeschäft zwar eingebrochen ist, die aber durch kluge Führung gestärkt aus der Krise gehen können. Schließlich gibt es noch Firmen, die ohnehin nicht zukunftsfähig waren.

Hat sich der Druck auf die Menschen, digitale Systeme zu nutzen, erhöht?
Das hat er. Wieso bei Essenslieferanten aufhören, wenn man auch gleich den ganzen Einkauf vor der Tür stehen haben kann? Wenn das Logistikgeschäft weiter wächst, wird das zwangsläufig dazu führen, dass sich die effizientesten Anbieter als Marktführer etablieren werden. Mit der höheren Auslastung sinken gleichzeitig die Grenzkosten, die Wettbewerbsfähigkeit steigt noch weiter.

Was sollte nun folgen?
Vor allem der Ausbau von Finanzierungsinfrastruktur. Hier sind auch Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen entscheidend. Wenn Sie heute eine Plattform entwickeln, möchten Sie möglichst schnell viele Großunternehmen dorthin bekommen. Dafür benötigen wir Netzwerke, die zwischen den Unternehmen vermitteln können. Aber auch der Staat ist Nachfrager. Das Silicon Valley ist entstanden, weil die US-Marine unter Umgehung von Ausschreibungsverfahren in San Francisco die ersten Start-ups einfach kontaktierte. Bei großen Unternehmen ist dieses Mindset angekommen. Wir müssen es wollen, diese Industrie aktiv zu fördern. Nur so können wir voneinander lernen.

Die Fragen stellte Martin Bialecki.

Strahlend schnell – und schön: Glasfaserkabel sind die bisher schnellste Möglichkeit zur Datenübertragung, da nicht nur das Licht an sich für Daten verwendet werden kann, sondern auch dessen Farbe und die Polarisierung.



Digitaler dritter Weg

Mit Schwung und gleich drei großen Initiativen ist Europa in seine „Digital Decade“ gestartet. Nun muss es eine Strategie entwickeln, die seine Wettbewerbsfähigkeit bewahrt und die doppelte Gefahr des Überwachungskapitalismus und des Techno-Autoritarismus umgeht.

Von Tyson Barker

Blickt man in zehn Jahren auf heute zurück, dann könnte 2020 das Jahr markieren, in dem Europas Suche nach einem neuen Platz in der digitalen Ordnung begann. In ihrer Rede zur Lage der Union bezeichnete Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Dekade von 2020 bis 2030 als Europas „digitales Jahrzehnt". In diesem Zeitraum steht einiges auf der To-do-Liste: Wichtige Projekte wie das Cloud Computing und der Ausbau der 5G-Netze sollen angegangen werden. Zudem rücken Themen wie Medienpluralismus im Online-Bereich, die digitale Sicherheit demokratischer Wahlen, Desinformationskampagnen und eine neue europäische Cybersicherheitsstrategie auf der Agenda ganz nach oben.

Spätestens 2021 stehen wichtige Entscheidungen in Sachen Künstliche Intelligenz, Internet der Dinge und Plattformregulierung an. Ursula von der Leyen hat angekündigt, dass 20 Prozent des Budgets aus dem insgesamt 750 Milliarden Euro schweren Aufbauplan für Europa dazu genutzt werden sollen, den Kontinent für das digitale Zeitalter zu wappnen.

In der EU und ihren Mitgliedstaaten findet derzeit ein massives Umdenken statt, was die Auswirkungen der Technologie auf Wirtschaft, Sicherheit und Demokratie angeht. Die Wettbewerbsfähigkeit Europas in Bereichen wie der Fertigungstechnik – immerhin das Fundament der europäischen Wirtschaftsmacht – steht auf dem Prüfstand. Bei der Präzisionstechnik und der Entwicklung von datenbasierten Analysetools scheint der Kontinent im globalen Vergleich langsam ins Hintertreffen zu geraten. Gleichzeitig stellt sich vor diesem geostrategischen und ökonomischen Hintergrund auch die Frage nach den europäischen Werten. Eingeklemmt zwischen amerikanischem Überwachungskapitalismus im Big-Tech-Stil und dem chinesischen Techno-Autoritarismus sucht die europäische Politik seit geraumer Zeit nach einem dritten Weg.

Unter dem heftigen Beifall der Regierungen in Paris und Berlin hat Kommissionspräsidentin von der Leyen zuletzt erklärt, die EU müsse „Schlüsseltechnologien beherrschen und besitzen". Zu diesen Schlüsseltechnologien gehören unter anderem Quantencomputer, Künstliche Intelligenz, Blockchain und moderne Computerchips. Im Februar 2020 stellte die Europäische Kommission ein umfassendes Paket digitaler Initiativen vor, mit denen Europa sich an die Spitze des globalen Technologiewettbewerbs katapultieren will.

Während die Kommission den Versuch, Europa bei sozialen Medien, Browsern, Suchmaschinen und Messenger-Diensten zu etablieren, von vornherein als hoffnungslose Mühe erkannt hat, scheint man entschlossen, sich künftig in der Herstellung von autonomen Fahrzeugen und beim „Smart Manufacturing" mit den USA und China zu messen und in diesen Bereichen zu einem ebenbürtigen Konkurrenten zu werden.

Europas digitaler Urknall

Ob Europa sich künftig als Mitspieler im digitalen Wettbewerb etablieren kann, wird maßgeblich von zwei Faktoren abhängen: der ordnungspolitischen Macht der EU, also Europas Fähigkeit, das globale Spielfeld für die Herstellung und den Handel mit Technologien mitzubestimmen; und der europäischen Innovationskraft – der Fähigkeit, neue Technologien zu entwickeln und kommerziell nutzbar zu machen.

2020 hat die EU mit der Verabschiedung von drei Initiativen für einen Urknall in ihrer Digitalpolitik gesorgt. Zum einen mit der Europäischen Datenstrategie, die

Tyson Barker
ist Programmleiter Technologie & Außenpolitik in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

einen freien Datenfluss innerhalb der EU und eine Datenschutzreform ermöglichen soll. Zum anderen mit dem „Weißbuch zur Künstlichen Intelligenz“, das neue Teststandards für „vertrauenswürdige KI“ in „Hochrisikosektoren“ definiert, also in allen Bereichen, in denen Technologie mit Menschen in Berührung kommt. Und zu guter Letzt skizziert die sogenannte Digitalstrategie den langfristigen Technologiekurs der EU. Sie beinhaltet auch das „Gesetz für digitale Dienste“, mit dem Bestimmungen zur „fairen“ Nutzung von Plattformen durchgesetzt und die digitale Macht von Großunternehmen eingeschränkt werden sollen.

Um einen Eindruck von der technologiepolitischen Landschaft zu bekommen, lohnt es sich, einen Bereich näher zu betrachten, in dem die EU in der Regulierung weltweit führend, in Sachen Innovation jedoch ein Nachzügler ist: Die Rede ist von der Erstellung, der Speicherung, der Verarbeitung und der Übertragung von Daten. Man schätzt, dass der Handel mit Daten bis 2030 rund 14 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung ausmachen wird, da etwa 24,1 Milliarden Geräte vornehmlich aus dem Internet der Dinge vernetzt sein werden. Die EU setzt sich dafür ein, dass bestimmte nichtpersonenbezogene Daten als öffentliches Gut neu definiert werden.

Die EU-Datenstrategie, die ohne große Ankündigung noch vor der Corona-Krise veröffentlicht wurde, zielt auf die Schaffung von sogenannten Datenräumen in bis zu neun Sektoren ab – unter anderem im Gesundheitsbereich. Unternehmen und insbesondere digitale Großkonzerne mit Monopolstellung werden aufgefordert, den Zugang zu dem zu verbessern, was man als „maschinennahe Daten“ bezeichnet. Die EU erwägt, Daten für die Industrie und das Internet der Dinge leichter zugänglich zu machen, um die europäischen Fertigungskapazitäten so für die nächste Phase der Digitalisierung zu wappnen.

Drei Denksportaufgaben

Bei der Ausarbeitung ihrer Datenstrategie für die kommenden zehn Jahre steht die EU vor drei Denksportaufgaben. Die erste ergibt sich aus dem europäischen Ziel, Industrie- und Geschäftskundendaten umfassend zu verfolgen, gleichzeitig jedoch persönliche Daten schützen zu wollen. Die Trennung von persönlichen und nichtpersönlichen Daten ist im anbrechenden Zeitalter der autonomen Fahrzeuge und der smarten Haushalte nämlich nicht so einfach, wie sie scheint. Anonymisierte Daten können „deanonymisiert“ werden, indem man nichtpersonenbezogene Datenpunkte übereinanderlegt, um daraus die Identität des Nutzers abzuleiten. Und Daten aus smarten Geräten und Anwendungen für das Internet der Dinge, die in der nahen Zukunft für die Funktionalität von technischen Konsumgütern unerlässlich sein werden, können je nach Perspektive als personenbezogen oder nichtpersonenbezogen klassifiziert werden.

Zudem können im Einzelfall selbst die rohesten aller Industriedaten mit individuellen Identitäten verknüpft werden. Da die Grenze zwischen personenbezogenen und nichtpersonenbezogenen Daten vorerst wahrscheinlich schwammig bleibt, wird sich die EU hier um eine pragmatische Abwägung bemühen müssen. Zentrale Grundsätze wie persönliche Autonomie, Menschenwürde, Sicherheit, Privatsphäre, Transparenz und Rechenschaftspflicht müssen in das digitale Zeitalter übertragen werden – und nicht zuletzt auch völlig neuen Entwicklungen wie der KI Rechnung tragen.

Die zweite Aufgabe resultiert aus dem europäischen Ziel, eine sogenannte Datensouveränität zu erreichen. Was genau da-

mit gemeint ist, verbergen die Entscheider in Brüssel gerne hinter verklausulierten Formulierungen. Denn zum einen denken sie über Gesetzesvorschläge nach, die Nutzerinnen und Nutzern mehr Kontrolle und mehr Verfügbarkeitsmöglichkeiten über ihre Daten geben sollen.

Die Grenze zwischen persönlichen und nicht-persönlichen Daten bleibt schwammig

Neben dieser Datensouveränität der Endverbraucher ist von einer Souveränität die Rede, bei der es darum geht, Daten für industrielle und politische Zwecke lokal zu verarbeiten und zu speichern. In China wird der Begriff der Souveränität so verwendet, wenn es um das Cybersicherheitsgesetz von 2017 geht. Dieses Gesetz enthält die vage formulierte Bestimmung, dass „wichtige Daten" in chinesischem Besitz bleiben und auf von China kontrollierten Servern gespeichert werden müssen. Chinas weitreichende Gesetzgebung zur „lokalen" Verwendung und Speicherung von Daten könnte dabei im Zweifelsfall auch für Geschäftskunden- und Industriedaten gelten, was es europäischen Akteuren mit Chinageschäft wiederum erschweren würde, nichtpersonenbezogene Daten für die EU-Wirtschaft nutzbar zu machen.

Gefährlicher Daten-Merkantilismus

Das weltweite Abgleiten hin zur lokalen Nutzung und Speicherung von Daten ist für Europa eine Gefahr. Denn sollte die Welt einem Daten-Merkantilismus verfallen, dann würde sich Europa mangels der dafür notwendigen Datenressourcen ganz am Ende der Nahrungskette wiederfinden. Die Transformation der EU hin zu einer industriellen Internet- und Internet-der-Dinge-Macht wäre nachhaltig gefährdet. Dennoch predigen Politiker wie Emmanuel Macron oder Peter Altmaier immer wieder eine nahezu gaullistische Version der Datensouveränität.

In gewisser Weise ist das deutsch-französische Cloud-Projekt Gaia-X das perfekte Beispiel für dieses nicht ganz unproblematische Verständnis von Datensouveränität. Die Schöpfer des Projekts hoffen, mit einer europäischen Cloud alte Pfadabhängigkeiten und den Einfluss der sogenannten Hyperscaler zu durchbrechen, der vier großen Cloud-Anbieter IBM, Amazon, Microsoft und Google. Durch einen Zusammenschluss kleinerer Cloud-Firmen in einer Art „Cloud-Schengengebiet" sollen Daten einfacher gespeichert und von überall aus nutzbar gemacht werden können.

Dabei besteht jedoch die Gefahr, dass Gaia-X am Ende zum Instrument einer protektionistischen Industriepolitik wird, die in erster Linie darauf abzielt, eine kleine

Gruppe von bisweilen nicht wettbewerbsfähigen europäischen Cloud-Anbietern mit einem Wettbewerbsvorteil auszustatten. Schon die Tatsache, dass sich der Vorstand von Gaia-X aus elf deutschen und elf französischen Unternehmen zusammensetzt, lässt vermuten, dass außereuropäische Unternehmen hier ausgeschlossen werden sollen.

Die dritte Denksportaufgabe für Europa hat mit der heiklen Frage nach den transatlantischen Datenströmen zu tun. Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs vom Juli 2020, den EU-US-Datenschutzschild zu kippen, ist für die EU eine Feuerprobe, denn damit ist die Übertragung persönlicher Daten von der EU in die USA in vielen Fällen illegal. Wie soll Brüssel den größten Datenkorridor der Welt aufrechterhalten, wenn es an den juristischen Grundvoraussetzungen mangelt?

Immerhin hat das Urteil des Gerichtshofs nicht nur die grundsätzliche EU-Datenschutzvereinbarung („Privacy Shield") mit den USA beanstandet, sondern auch die sogenannten Standardvertragsklauseln in Zweifel gezogen, auf deren Basis einige große Technologieunternehmen wie Facebook, Apple und Yahoo europäische Daten in die USA übertragen. Im Wesentlichen entschied der Gerichtshof, solche Klauseln seien ungültig, wenn das Empfängerland nicht garantieren könne, die Daten im selben Maße zu schützen wie die EU beziehungsweise wie die Datenschutz-Grundverordnung es tut.

Wie die Beanstandung des Privacy Shield zeigt, erfüllen die USA diese Standards derzeit nicht. Zwar sollte der Datenschutzschild für mehr Aufsicht, Kontrolle und klarere Regeln bei der Datenerfassung sorgen – und europäischen Bürgerinnen und Bürgern Rechtsmittel gewähren, um sich gegen eine vermeintliche Überwachung durch die US-Geheimdienste zur Wehr zu setzen. All diese Instrumente erwiesen sich jedoch als unzureichend. Als Reaktion auf das Urteil erklärten die EU-Kommission und das US-Handelsministerium zuletzt ihre Absicht, an einem verbesserten Privacy Shield zu arbeiten, um den europäisch-amerikanischen Datenfluss aufrechtzuerhalten. Kein Wunder, denn es steht nicht nur der transatlantische Datenaustausch auf dem Spiel, sondern auch die Zukunft der digitalen Governance selbst.

Die Zukunft eines offenen, demokratischen und internationalen digitalen Raumes hängt davon ab, wie die EU und die USA ihr transatlantisches Datentrilemma lösen, bei dem es darum geht, Geheimdienstarbeit, offenen Handel und Grundrechte miteinander in Einklang zu bringen – Ziele also, die auf vielen Ebenen nicht miteinander vereinbar sind. Die USA wollen eine Infrastruktur aufrechterhalten, welche die flächendeckende Überwachung von Ausländern inner-

„Die Zukunft ist schon da. Sie ist nur nicht gleich verteilt"

halb und außerhalb des US-Territoriums ermöglicht. Durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs sind nun beide Seiten gezwungen, sich mehr einfallen zu lassen als kosmetische Lösungen.

Antizipieren statt reagieren

Der Science-Fiction-Autor William Gibson, der den Begriff „Cyberspace" geprägt hat, schrieb: „Die Zukunft ist schon da. Sie ist nur nicht gleich verteilt." Für die EU heißt das, dass es nicht damit getan sein wird, sich nur den gegenwärtigen disruptiven Auswirkungen der KI und des Cloud Computing zu widmen. Vielmehr müssen die nächsten technologischen Entwicklungen – der Ausbau der virtuellen Realität, die Schaffung von 6G- und 7G-Telekommunikationsinfrastruktur, die Weiterentwicklung der Nano- und Biotechnologie – jetzt antizipiert werden. Die Gesetze und Maßnahmen, die heute geschaffen werden, um Daten zu regulieren, werden dabei einen entscheidenden Einfluss haben.

Europa muss eine Strategie entwickeln, die seine Wettbewerbsfähigkeit bewahrt und gleichzeitig die doppelte Gefahr des Überwachungskapitalismus und des Techno-Autoritarismus umgeht. Dazu gilt es einerseits, den Staat gegenüber den großen Technologiekonzernen zu stärken, und andererseits, die Demokratie vor dem Einfluss des Autoritarismus zu schützen. Klar ist, dass die EU das kaum allein wird stemmen können – und dass jeder Versuch, die europäische Datensouveränität im protektionistischen Sinne zu wahren, zum Scheitern verurteilt sein dürfte.

Deshalb sollte die EU sich in ihrem Streben nach demokratischer Autonomie mit anderen Gleichgesinnten zusammentun, um ihre Interessen weltweit durchzusetzen. Der digitale Erfolg Europas könnte auch von seiner Fähigkeit abhängen, eine Koalition zu gründen, die zusammen neue Regeln für den Umgang mit Daten, Algorithmen und digitalen Anwendungen entwirft. Mit den richtigen Investitionen, Verstand und der entsprechenden Marktmacht könnte so eine neue globale Datenordnung geschaffen werden.

Ein Modell könnte die Global Partnership on AI (GPAI) sein, die von 15 internationalen Partnern ins Leben gerufen wurde. Unter dem Dach der OECD soll die GPAI eine demokratische, inklusive und rechtebasierte Grundlage für die Entwicklung Künstlicher Intelligenz schaffen. Ein weiteres Beispiel könnte die von Großbritannien vorgeschlagene Gründung einer sogenannten D10 sein, in der die in der G7 vertretenen Demokratien zusammen mit Indien, Australien und Südkorea ihre Abhängigkeit von China in Sachen mobile Kommunikation reduzieren wollen.

Mit Blick auf das Jahr 2030 kann Europa bei all diesen Vorhaben eine führende Rolle spielen. Als Vordenker der Datenschutz-Grundverordnung ist die EU geradezu prädestiniert dafür. Wichtig ist jedoch, dass sich die europäischen Bemühungen dabei nicht nur auf den nationalstaatlichen Raum beschränken, denn weder die EU noch Kalifornien – die beiden mächtigsten Datenregulierungsakteure der Gegenwart – sind Nationalstaaten.

Zudem wird die digitale Governance, die früher vor allem Staaten vorbehalten war, immer mehr auch von Unternehmen und der Zivilgesellschaft geprägt. Mit der Schaffung eines demokratischen und regelbasierten Datensystems könnte die EU so die Gratwanderung zwischen personenbezogenen und industriellen Daten meistern, die in einer komplett vernetzten Welt unumgänglich sein wird, in der vom Auto über Ampeln bis hin zu Spielzeugen und Geräten alles online miteinander verbunden ist. IP

Aus dem Amerikanischen von Kai Schnier

Verdrahtetes Denken:
Ein Roboter der Firma Realbotix im Hauptquartier des Unternehmens in San Marcos, Kalifornien.

Gesellschaft und Demokratie

Die Zukunft der Demokratie ist lokal

Im politischen Gedankengebäude des „New Localism“ spielt Technologie eine zentrale Rolle. Sie sollte auch in europäischen Städten umgesetzt werden.

Von Georg Diez **Seite 56**

„Resilienz ist eine Zukunftsfrage“

Fake News, Desinformation, Desorientierung: Ist es um die Zukunft der Medien wirklich so schlecht bestellt?

Ein Interview mit Leonard Novy **Seite 62**

Gewollte Kontrolle?

Im Kontext des digitalen Strukturwandels ist die Reanimierung des Begriffs der Souveränität falsch und unnötig. Eine Gegenrede.

Von Thorsten Thiel **Seite 68**

Macht der Mitte

Die EU kann im digitalen Großmächte-Ringen mit kluger Vernetzung und regulatorisch manches bewegen. Und sie muss es auch.

Von Cathryn Clüver Ashbrook **Seite 74**

Die Zukunft der Demokratie ist lokal

Im politischen Gedankengebäude des „New Localism“ spielt Technologie eine zentrale Rolle. Sie sollte auch in europäischen Städten umgesetzt werden – rasch, effizient und bürgernah.

Von Georg Diez

Städte sind Orte der Zukunft und der Zivilisation; sie waren es, bevor die Idee der Nation aufkam, sie werden es immer noch sein, wenn die Nation verschwunden ist. Die Nation ist keine Notwendigkeit, auch wenn es heute so wirken mag; das Denken in nationalen Kategorien zeugt eher von einem Mangel an Imagination und einer Reduktion der Wirklichkeit. Die Idee der Nation, so beschreibt es Benedict Anderson in seinem Buch „Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism", geht auf diverse Umwälzungen der Neuzeit zurück. Die Vorstellung einer gemeinsamen Geschichte ist für Anderson die Konsequenz von sozialen, ökonomischen und kulturellen Veränderungen, die mit der Druckerpresse im 16. Jahrhundert begannen, sich im 18. Jahrhundert mit der Aufklärung verstärkten und im 19. Jahrhundert durch die Industrialisierung ihre Erfüllung fanden. Die Nation war die ordnende Kraft der Moderne und zugleich ihre zerstörerische Kraft – sie ist, so könnte man Andersons These fortführen, eine Zurückweisung bestimmter universeller Wahrheiten wie der allgemeinen Menschenrechte, die eben national interpretiert nicht allgemein sind, sondern speziell für die Bürger*innen des Landes reserviert.

In vielem ist die europäische Geschichte eine Geschichte der Städte. Hier wurde definiert, was Freiheit und Bürgerrechte sind, hier wurden Handel, Bildung, Wissen verdichtet, vom Mittelalter über die Renaissance und die Moderne bis heute – eine Zeit, in der sich vieles neu sortiert, im Denken und in der Realität, von den Zuschreibungen darüber, was ein Mensch ist im technologischen Zeitalter, bis zur Rolle, die Städte in der digitalen Transformation spielen – besonders unter dem Rückgriff auf die europäische Städtetradition und im Vorgriff auf etwas, das man geopolitisch als eine Alternative zu den führenden digitalen Weltmächten USA und China beschreiben könnte: Wäre es nicht die Rolle Europas, aufbauend auf dem Erbe der Aufklärung, des Humanismus, der Menschenrechte und der Demokratie, einen digitalen dritten Weg zu beschreiten, der sich vom „Überwachungskapitalismus" (Shoshana Zuboff), wie ihn vor allem die US-Daten-Monopolisten wie Google, Facebook oder Amazon prägen, und vom digital angetriebenen Überwachungsstaat chinesischer Ausprägung deutlich unterscheidet und auf Bürgerrechte und Selbstbestimmung setzt? Und wie würde dieser digitale dritte Weg aussehen?

Urbane Antwort auf das Digitale

Eine mögliche Antwort darauf lässt sich etwa am Beispiel von Barcelona beschreiben, wo Ada Colau 2015 zur Bürgermeisterin gewählt und Francesca Bria im selben Jahr zum Chief Technology and Digital Innovation Officer der Stadt ernannt wurde (heute arbeitet sie für das New Institute). Barcelona gilt inzwischen als die mustergültige urbane Antwort auf die Herausforderungen des digitalen Zeitalters, ein Modell für andere Städte weltweit.

Grundlage der Politik von Colau und Bria ist die Einsicht, dass eine lebendige Demokratie und eine innovative und gerechte Wirtschaft im digitalen Zeitalter darauf beruhen, wer die Kontrolle über die Daten hat. Sind es die Bürger*innen, die diese Daten produzieren? Oder sind es die Daten-Monopolisten wie Facebook und Google, die mit den Daten anderer Milliarden verdienen und durch ihre schiere ökonomische Macht einen unverhältnismäßigen Einfluss selbst auf politische Prozesse erlangen?

Die Ambitionen der Daten-Monopolisten reichen inzwischen längst in den realen Raum hinein und konzentrieren

Georg Diez
ist Journalist, Kolumnist und Autor. Er ist Chefredakteur des 2020 gegründeten Hamburger Think-Tanks „The New Institute".

sich insbesondere auf die Stadt. Hier entstehen Daten von großer Relevanz im Sekundentakt. Unter dem Slogan der „smart city“ haben die Monopolisten begonnen, mit Milliardeninvestitionen den urbanen Raum zu erobern. Hinter dem Vorwand, Städte durch Innovationen neu zu erschaffen, versteckt sich jedoch ein klares Gewinninteresse. Datenhoheit wird privatwirtschaftlich organisiert. Indem die Durchdringung der Datenextraktion massiv erhöht wird, wird die Teilhabe der Bürger*innen reduziert, durch einen monopolistischen Filter gejagt, der politische Prozesse untergräbt. Wenn die Stadt ein demokratischer und freier Raum bleiben soll, müssen die Bürger*innen und die gewählten Regierungen darauf achten, dass ihre Rechte gewahrt bleiben.

Teilhabe ist zentral

Es sind die Bürger*innen, die die Stadt ausmachen, nicht umgekehrt. Dieser Gedanke ist die Grundlage jeder progressiven Stadtpolitik im digitalen Zeitalter: Daten sind ein öffentliches Gut, Daten sind ein Teil der Commons, eine Allmende. Sie sind Teil der öffentlichen Infrastruktur, die vom Staat oder der Stadt überwacht und garantiert wird, durch die Bürger*innen und für die Bürger*innen. Daten sind zunächst Eigentum der Erzeuger*innen. Anonyme Daten sollten nicht privatisiert oder zur Monopolbildung missbraucht werden. Daten gehören allen. Sie sollten frei zugänglich sein und lokalen Unternehmen zur Verfügung gestellt werden. Daten stellen eine kollektive Investition dar, sie besitzen einen konkreten ökonomischen Wert, und die Stadt sollte diesen Reichtum zum Zweck der Allgemeinheit nutzen – das ist das Konzept der „digital sovereign city“, also der digital unabhängigen oder souveränen Stadt, wie es Francesca Bria beschreibt.

Was in Barcelona stattfindet, ist die Verbindung von Mobilität und Klimaschutz, Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit in Bereichen wie öffentlicher Nahverkehr, Wohnungen, Erziehung, Gesundheitsversorgung. Die Menge an Radwegen wurde fast verdoppelt, die Bildung von digitalen Fähigkeiten wurde ausgebaut, fast 40 000 Erwachsene und 6000 Kinder nahmen an diesen Programmen teil. Die Energieversorgung wird nach und nach auf erneuerbare Energien umgestellt – ein Schritt in Richtung Klimaneutralität, der für Städte weltweit ein prioritäres Ziel sein sollte.

Barcelona hat gezeigt, dass es möglich ist, eine Stadt, eine Verwaltung, eine Zivilgesellschaft mit digitalen Mitteln so zu modernisieren, dass sie tatsächlich humaner wird, transparenter, dass sich das Verhältnis zwischen Behörden und Bürger*innen entscheidend ändert, dass die kleinen und mittleren Unternehmen profitieren, wenn sie die Ressource der Daten nutzen können, die sich sonst die Monopolisten aneignen. Daten sind im Informationszeitalter die Grundlage von allem, also auch von der Frage, was der Mensch ist.

Bria fordert einen New Deal für Daten, einen von den Bürger*innen und ihren Vertreter*innen vorangetriebenen Pakt aktiver Politik und Investitionen, der die sozialen Fragen mit den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen verbindet. Dabei findet nichts weniger als eine komplette Wende des politischen Denkens und Handelns der vergangenen 40 Jahre statt, bei dem der privatwirtschaftliche, kapitalistische Weg stets den Vorzug erhielt. Es geht um eine Repolitisierung des öffentlichen Raumes, es entsteht eine andere Vorstellung vom Staat, der nicht von den Bürger*innen getrennt gesehen wird, sondern als ihr Eigentum. Entscheidend sind folgende Punkte: der Aufbau von datengetriebenen

Wirtschaftsmodellen, um die komplexen Entscheidungsoptionen der partizipatorischen Demokratie zu ermöglichen; der Vorzug und die Förderung von kollaborativen Organisationsformen gegenüber zentralisierten staatlichen oder marktwirtschaftlichen datenextrahierenden Lösungen; der Aufbau von städtischen Data-Commons, also das klare Bekenntnis, dass die Daten, die von der Bevölkerung produziert werden, während öffentliche Dienste genutzt werden, keinem einzelnen Anbieter gehören dürfen.

Zugespitzt: Die Zukunft der Demokratie ist lokal

Zugespitzt heißt das: Die Zukunft der Demokratie ist lokal. Die lokalen, städtischen Zusammenhänge eröffnen ganz neue Antworten für die wesentlichen politischen Fragen an die repräsentative Demokratie; Antworten, die aus der technologischen Realität unserer Tage entstehen. Die lokale Demokratie ist etwas, das bislang nicht speziell in Abgrenzung zur Nation gedacht wurde. Sie lässt sich aber, wie Bruce Katz und Jeremy Nowak in ihrem Buch „The New Localism. How Cities Thrive in the Age of Populism“ zeigen, ganz anders bauen, definieren, nutzen. Katz und Nowak stellen ihr Konzept sogar als entscheidendes Mittel zur Bekämpfung des gegenwärtigen Populismus vor. Sie eröffnen damit eine neue Perspektive auf die Frage, wie die repräsentative Demokratie reformiert, erneuert und ersetzt werden kann. Ihr Ansatz ist pragmatisch, unideologisch und vor allem lösungsorientiert.

Die Menschen vor Ort, das ist eine zentrale Annahme ihres Buches, wissen im Zweifelsfall besser, was die richtige Lösung für ein Problem ist. Bottom-up anstatt top-down. Katz und Nowak formulieren eine pragmatische politische Philosophie, die gelebte Gemeinschaft sucht, konkrete Lösungen vor Ort und eine zivilgesellschaftliche Intensität, die aus einem steten Miteinander erwächst. Gerade weil in den Städten die Gegensätze stärker präsent sind, zwischen Arm und Reich, zwischen den verschiedenen Kulturen und Schichten, sind hier andere Strategien und Antworten für die Fragen unserer Zeit zu finden. „Die Probleme des 21. Jahrhunderts“, schreiben Katz und Nowak, „sollen unter den wirtschaftlichen und institutionellen Bedingungen des 20.Jahrhunderts gelöst werden, die veraltet sind. Kurzgefasst, wenn Städte die Probleme der Welt lösen sollen, dann müssen in den lokalen Gemeinschaften neue Führungsfiguren entstehen und neue Zwischenformen und Institutionen entwickelt werden, die so disruptiv sind wie diese Zeit.“

Die beiden Autoren beschreiben, wie sich Kopenhagen innerhalb von etwa 25 Jahren von einer verfallenden Indust-

riestadt in die ökologische, moderne, technologisch avancierte Vorzeige-Metropole Europas entwickelt hat.

Während sich weltweit Städte in riesige Einkaufszentren verwandeln und den öffentlichen Raum immer mehr einschränken und damit die zentralen politischen und gesellschaftlichen Freiheiten der Stadt beschneiden, wurde Kopenhagen ein Symbolort für ein demokratischeres urbanes Verständnis. Der Ansatz war dabei durchaus unternehmerisch, aber eben im Dienste der Gemeinschaft und nicht einzelner Interessen: Die Stadt schuf eine Institution, die im Besitz der Stadt blieb, aber wie ein privatwirtschaftliches Unternehmen geführt wurde, und die den öffentlichen Besitz an Boden und den Wohnungsbau als zentrales Element einer inklusiven und innovativen Stadtpolitik begriff.

Politik der konkreten Realität

Katz und Nowak gehen mit ihren Überlegungen aber noch einen Schritt weiter. Sie sehen in der Art und Weise, wie in der Stadt Politik und Gesellschaft organisiert werden können, ein wirksames Mittel gegen die Entfremdung vieler Menschen von etablierter Politik, denen, so die These von Katz und Nowak, oft einfach das Gefühl dafür verloren gegangen ist, dass der Ort, die Stadt, das Dorf, in dem sie leben, ihnen gehört, für sie da ist, gestaltbar ist. Die Polarisierung, von der in diesem Zusammenhang oft gesprochen wird, erscheint bei Katz und Nowak mehr wie das Resultat eines politischen Diskurses, der sich in nationalen Sphären symbolisch verselbständigt hat.

Die ideologischen Debatten, die via Fernsehen oder Twitter ausgefochten werden, haben wenig mit der lokalen Alltagsrealität vieler Menschen zu tun – damit, ob die Radwege sicher sind, ob die Müllabfuhr kommt und das Stadttheater renoviert wird oder nicht. Politik wird hier auf ihre konkrete Realität zurückgeführt, die Demokratie auf eine Größe gebracht, die für sie womöglich angemessener ist. Die repräsentative Demokratie dagegen ist allzu oft in argumentativen Sackgassen, prozessualer Lähmung, scheinbar unüberwindbaren Gegensätzen gefangen.

Im politischen Gedankengebäude des „New Localism“ spielt Technologie eine wichtige Rolle – nicht nur, weil Städte Orte sind, an denen für die Wissensgesellschaft notwendige Institutionen wie Universitäten, Start-ups, Unternehmen, Krankenhäuser, Forschungseinrichtungen, Think-Tanks, Austauschforen vorhanden sind, sondern auch, weil Technologie dort besonders rasch und bürgernah umgesetzt werden kann – sei es die smarte Energie-Infrastruktur, seien es neue Formen der Schule und Bildung, seien es lokale Fertigung und Produktion. Städte durchbrechen die Silo-Logik der nationalen und auch bundesstaatlichen Ebene,

Von fernen Debatten auf Twitter zu konkreter Politik vor Ort

auf der Lösungen nach einem weitgehend einheitlichen Maßstab erarbeitet werden, ohne lokale Besonderheiten, Möglichkeiten und Probleme zu berücksichtigen.

Städte, Gemeinden und Kommunen sind damit Orte einer „high-energy democracy“, wie sie Roberto Mangabeira Unger beschreibt; sie sind durchzogen von multisektoralen und multidisziplinären Netzwerken, sie leben von Diskurs, Enge, Hitze, und trotz aller damit einhergehenden Probleme sind sie Stätten der zivilgesellschaftlichen Innovation.

„Um die Zukunft voranzutreiben“, schreiben Katz und Nowak, „müssen Städte neue Wege finden, in Innovation, Infrastruktur, Inklusion zu investieren, indem sie lokales Kapital nutzen und sich mit globalen Einrichtungen und Institutionen verbinden.“

Kleine Ansätze, große Verschiebung

Technologie ist zentral für die praktische Umsetzung, aber auch für ein neues Bewusstsein. „Act globally, think locally“ wird zum Leitgedanken dieser Städte-Renaissance, von der Katz und Nowak sprechen. Eine andere Art von Lebenspraxis ist hier möglich, ebenso eine andere Art der privaten Versorgung, ohne lange Handelswege, mit Obst und Gemüse aus der direkten Umgebung. Es vermischen sich die kleinen Ansätze eines anderen Lebens und Wirtschaftens mit der Reflexion über die großen Verschiebungen, Ungleichheit, Klimakrise, Grenzen des Wachstums und der Globalisierung.

Die entscheidenden Veränderungen, um der ökologischen Zerstörung entgegenzuwirken, sind dabei strukturell, sie betreffen global die Art und Weise unseres Konsums und Wirtschaftens, von Verkehr und Energie, und sind ökonomisch nur im weltweiten Verbund zu erreichen. Sie erfordern ein anderes Verständnis von Wachstum, Nachhaltigkeit, massive Investitionen in erneuerbare Energien, andere Stromnetze, andere Handelspraktiken und vieles mehr. Das direkte Potenzial für Veränderung liegt jedoch auf lokaler Ebene, und zwar nicht nur durch eine Umstellung der Ernährungsgewohnheiten auf lokale und saisonale Produkte. Städte werden damit zu Vorreitern im Kampf gegen die Klimakrise und verfolgen Ziele, die nationale Regierungen lange aufgegeben haben. Die Stadt ist das Labor für ein demokratisches Zukunftsprogramm, inklusiv und nachhaltig.

Für Europa bedeutet das, dass sich eine andere kontinentale Erzählung anbietet, die sich nicht auf die Nation, sondern auf die Stadt oder den Verbund von Städten konzentriert. Städte bieten ein Netzwerk von progressiven Orten und Regierungen, die sich in Zukunftsfähigkeit zusammenschließen und gemeinsam an den jeweils ähnlichen Problemen arbeiten, die sich im urbanen Kontext anders darstellen. Hier entstehen Möglichkeitsräume für Experimente in der demokratischen Praxis, die Bürgerrechte für das 21. Jahrhundert neu definieren kann. Es ist eine alte, eine neue europäische Erzählung, die an Bündnisse wie die Hanse erinnert.

Eine neue Hanse etwa wäre eine Idee, eine Chance, diese europäische Realität zu fassen und zu fördern – parallel oder jenseits einer EU etwa, die immer noch ein fundamentales Demokratiedefizit aufweist und in der gegenwärtigen politischen Konstellation nur schwer zu reformieren oder zu demokratisieren scheint. Städte, die ihre politische, ökonomische, gesellschaftliche Macht und ihren Einfluss in Bereichen der ökologischen und demokratischen Innovation nutzen, bieten die Chance, eine andere politische Geschichte und damit Realität in Europa zu schaffen. IP

Alternative Wirklichkeit: In Europas größtem Virtual Reality-Park in Mouscron/Belgien.

„Resilienz ist eine Zukunftsfrage“

Fake News, Desinformation, Desorientierung: Ist es um die Zukunft der Medien wirklich so schlecht bestellt? Was muss geschehen, um ihre zentrale Rolle für den demokratischen Prozess zu stärken?

Ein Interview mit Leonard Novy

IP: Beginnen wir mit einer Definition: Was verstehen Sie unter Fake News, und welche Entwicklung hat dieses Phänomen genommen? Wie würden Sie beschreiben, was Fake News in der Gesellschaft verursachen oder auslösen?

Leonard Novy: Begriffe wie Fake News, post-truth oder postfaktisch haben ja in den letzten Jahren Konjunktur, im Grunde seit der Wahl Donald Trumps und dem Brexit. Ohne sich in philosophischen Grundsatzfragen zu ergehen: Ihr Nutzen ist zumindest zweifelhaft. Falschmeldungen per se sind zunächst einmal auch nichts Neues – weder in ihrer Form als populäre Verschwörungstheorien noch als strategisch lancierte Instrumente von innenpolitischer Propaganda oder Desinformation ausländischer Akteure zur Verzerrung des öffentlichen Diskurses. Ohne Zweifel hat all das jedoch mit der Digitalisierung einen mächtigen Katalysator und mithin eine neue Qualität bekommen. Was der Begriff „postfaktische Gesellschaft“ zu beschreiben versucht, lässt sich nicht alleine technisch erklären – also jener Zustand, in dem Fakten keine Rolle mehr zu spielen scheinen, weil Menschen ihrer gefühlten Wahrheit den Vorrang gegenüber den vermeintlichen Manipulationen der „Mainstream-Medien“ oder der Politik geben.

Digitalisierung und soziale Medien im Besonderen machen eine virale Verbreitung entsprechender Inhalte erst möglich.

Bis zu einem gewissen Grad begünstigen sie diese eben auch. Die Geschäftsmodelle der Plattformen sind auf Emotion und Interaktion optimiert, nicht auf Aufklärung und Demokratie. Fake News sind somit sichtbarer, wirkungsvoller, auch weil sie durchaus vom publizistischen System aufgegriffen werden – entgegen des häufig aus dem Lager der Corona-Skeptiker, Rechtspopulisten und Reichsbürger geäußerten Vorwurfs einer abweichende Stimmen totschweigenden „Meinungsdiktatur“.

Warum sprechen postfaktische Politik und Fake News so viele Menschen an?
Hinter all dem steht weniger Uninformiertheit als eine populistische Distanz zu den Institutionen der Demokratie – zu Parlament und Regierung, aber auch zu journalistischen Medien. Eine Ursache scheint die Verunsicherung wachsender Bevölkerungsteile darüber zu sein, dass die technisch-ökonomischen, aber auch die gesellschaftlichen Fundamente des industriellen Zeitalters im Zuge von Globalisierung und Digitalisierung erodieren.

Hat die Akzeptanz von Fake News auch etwas mit der Sehnsucht nach Verstehen und Eindeutigkeit zu tun, dem vermeintlich bequemen Reduzieren von Komplexität?
Davon bin ich überzeugt, wir erleben das aktuell in der Corona-Krise ja ganz konkret – die WHO spricht von einer „Infodemie". Covid-19 bedeutet permanente Unsicherheit und Ambiguität. Ursachen, Kausalitäten und Entwicklungen sind kaum ergründbar. Aber schon vor der Pandemie ist das permanente Krisen-Empfinden gewissermaßen zum Signum unserer hochkomplexen, industrialisierten, globalisierten und digitalisierten Welt geworden. Daraus und aus den häufig als „alternativlos" präsentierten Krisenmaßnahmen der Politik entstand, das ist durch Studien nachgewiesen, bis weit in die Mittelschichten hinein ein Empfinden von Kontrollverlust; das Gefühl, ohnehin „keinen Einfluss auf die da oben" zu haben, und die Sehnsucht, wenigstens in der unmittelbaren Lebensumwelt wieder so etwas wie Selbstbestimmung herzustellen – und sei es, indem man den „etablierten" Akteuren in Politik und Medien den Mittelfinger zeigt. Eine Art „negative Selbstaffirmation", so hat es Didier Eribon formuliert, weil es an einer positiven mangelt.

Welche Möglichkeiten gibt es, Fake News zu bekämpfen oder bedeutungslos werden zu lassen; was müsste geschehen?
Hier gilt: Regulierung ist nicht alles, aber ohne Regulierung ist alles nichts. Die Herausforderung besteht darin, die großen Plattformen stärker in die Pflicht zu nehmen, andererseits zu verhindern, dass es zu negativen Effekten führt, konkret etwa zu dem als „Overblocking" bekannt gewordenen präventiven Löschen von Inhalten. YouTube, Facebook, Twitter und andere haben ja als Reaktion auf den doch massiven Druck zuletzt Maßnahmen eingeführt, die bis vor Kurzem undenkbar erschienen. Doch zum einen sind damit die Probleme nicht gelöst – hochgradig manipulative, nur bestimmten Wählergruppen zugespielte Wahlkampfwerbung bei Facebook, Fake News, all das gibt es weiterhin. Zum anderen ist die Meinungsfreiheit zu wichtig, als dass wir bezahlte Faktenchecker oder Algorithmen quasimonopolistischer Unternehmen nach intransparenten Kriterien im Sinne der Privatisierung der Rechtsdurchsetzung darüber entscheiden lassen könnten. Immer wichtiger wird stattdessen die Vermittlung von News Literacy, also die Fähigkeit, glaubwürdige Nachrichten als solche zu identifizieren und von Propaganda zu unterscheiden.

Sehen Sie den Kampf um ein Öffnen der diversen Echokammern schon verloren? Bleibt die medial erzeugte Wahrnehmung zu fragmentiert, um sich noch orientieren zu können?
Die Frage ist, was hier die historische Referenz ist. Ja, das Fernsehen hat seine identitätsstiftende Rolle als Lagerfeuer, vor dem sich allabendlich die Nation versammelt, verloren. Ja, das Quasimonopol der Zeitung als zentraler Quelle von Nachrichten und Information für moderne Gesellschaften ist passé. Doch die Idee der

Dr. Leonard Novy
ist Direktor des Instituts für Medien- und Kommunikationspolitik, eines Think-Tanks mit Sitz in Köln, und publiziert regelmäßig zu den Themen Öffentlichkeit und internationale Politik.

einen, homogenen Öffentlichkeit war ohnehin nur ein Mythos. Eine Chiffre für eine Vielzahl von Teilöffentlichkeiten. Denken Sie an die Parteienpresse der Weimarer Republik – wenn das keine Echokammern waren, dann weiß ich es auch nicht.

Wo liegen die Unterschiede zu heutigen Entwicklungen?
Alleine technisch-strukturell ist das gewaltig, schließlich ermöglichen Algorithmen heute eine vorher nicht mögliche Personalisierung von Inhalten, die auf kurz oder lang bedeuten könnte, dass Sie und ich nicht nur unterschiedliche Artikel in unserem persönlichen News Feed finden, sondern dass sich journalistische Inhalte automatisch auch ganz unterschiedlich zusammensetzen, je nach Vorkenntnissen, ideologischen Präferenzen, aktueller Stimmung und so weiter. Das muss nicht schlecht sein, zunächst einmal ist es wahnsinnig komfortabel und effizient. Problematisch wird es, wenn uns als Gesellschaft die gemeinsame Wissensbasis abhanden kommt – und vor allem die Fähigkeit, diese zu verhandeln – und wenn Gruppen gegeneinander in Stellung gebracht werden und der Einzelne sich gar nicht im Klaren darüber ist, dass er andere Inhalte angezeigt bekommt als sein Gegenüber. Wir haben zuletzt in den USA gesehen, wohin das führt. Die USA zeigen auch, dass die vielzitierte „Faktendämmerung“ und die Vertrauenskrise des Journalismus zwei Seiten derselben Medaille sind. Die gezielte Delegitimierung der freien Presse durch autoritäre Politiker wie Donald Trump tut ihr Übriges.

Fake News gehören zur Realität des medialen Alltags; sehen Sie unsere Medienlandschaft dennoch so intakt, dass sie ihre demokratische Funktion erfüllen kann? Anders gefragt: Ist unsere Demokratie ausreichend resilient?
Das ist für mich tatsächlich eine der zentralen Zukunftsfragen. Es kommt natürlich darauf an, wohin man schaut. Auch wenn wir in Deutschland, nicht zuletzt mit unserem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, vergleichsweise gut dastehen: Davon können wir uns auch nichts kaufen, wenn um uns herum demokratische Öffentlichkeiten wegbrechen. Ich glaube, wir stehen wirklich an einem Wendepunkt. Wenn sich die aktuellen Entwicklungen fortsetzen, droht unseren Informationsökosystemen der Kollaps. Denn obwohl wir Qualitätsjournalismus gemeinhin als Kernvoraussetzung funktionsfähiger Öffentlichkeiten erachten, kann sein Fortbestand in seinem heutigen Ausmaß nicht als gegeben betrachtet werden. Covid-19 hat die schwierige ökonomische Situation des Journalismus, gerade in wichtigen Bereichen wie dem Lokaljournalismus, nochmal deutlich verschärft. Währenddessen wachsen die Gewinne der großen Plattformen, letztlich die größten Gatekeeper oder Verleger der Menschheitsgeschichte, in den Himmel. Ich glaube, es ist höchste Zeit, darüber auch eine gesellschaftliche Debatte zu führen.

Herr Novy, Sie bezeichnen Mediengiganten wie Google oder Facebook als Verleger, die durch das Filtern von Informationen einen enormen Einfluss auf das Denken der Menschen ausüben; ihre Funktionsmechanismen – kontinuierlich veränderte Algorithmen – entzögen sich dabei allerdings jeglicher Kontrolle. Plädieren Sie dafür, Algorithmen zu kontrollieren? Wenn ja, von wem?

Aus Nutzerperspektive ist „das Internet" für die meisten Menschen fast gleichbedeutend mit den großen Plattformen. Der überwiegende Teil der Internetnutzung entfällt inzwischen auf ihre Angebote. Und gerade für Jugendliche sind sie die zentralen Nachrichtenquellen. Wir wissen aus der Forschung, dass Facebook und Google, das ja in Deutschland mit über 90 Prozent Marktanteil der Inbegriff der Internetsuche ist, Einstellungen prägen. Entgegen ihrer Eigen-PR sind sie eben nicht neutral, sondern haben durchaus eine redaktionelle Funktion. Zudem sind sie intransparent. Das heißt, die Prämissen unserer Welterfahrung bleiben im Dunkeln, auf den Servern profitorientierter Unternehmen.

Werden die Plattformen ihrer Verantwortung gerecht?

Hinsichtlich Inhaltemoderation, Datenschutz und anderer Fragen, die aus ihrer enormen Macht erwachsen, bislang nur sehr bedingt. Deswegen braucht es einen Regulierungsrahmen, der Manipulation effektiv entgegenwirkt, Meinungsfreiheit sichert und vor allem Transparenz herstellt. Natürlich ist letzteres kein Selbstläufer, zu viel Information kann auch überfordern. Aber Stand heute hat der Nutzer weder einen verständlichen Überblick darüber, was mit seinen persönlichen Daten passiert, noch legen die Unternehmen die Nutzerprofile und Algorithmen offen, die letztlich entscheiden, was Menschen angezeigt bekommen. All das kann nur und muss auf europäischer Ebene geregelt werden. Wir brauchen digitale Souveränität, nicht im Sinne von Autarkie oder Isolation, sondern im Sinne von Handlungsfähigkeit und von Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, Werten wie Informations- und Medienfreiheit und Datenschutz auch in Zukunft Geltung zu verschaffen.

Nie zuvor hatten Menschen so leichten Zugang zu Fakten und Informationen. Aber wollen sie das überhaupt? Was sind sie bereit, dafür zu tun? Würden sie dafür bezahlen?

Keine Frage, wir haben Zugang zu mehr Informationen denn je. In gewisser Weise erleben wir eine Krise öffentlicher Kommunikation, die nicht aus mangelnder Information resultiert, sondern aus dem „kommunikativen Überfluss", wie es John Keane formuliert hat. Und der Gleichzeitigkeit von Transparenz und Verwirrung, von riesigen Mengen von Fakten und Manipulation. Ich glaube, in gewisser Weise bedingen sich die Konjunktur von Fake News und die Krise des Journalismus auf beiden Seiten des Atlantiks wechselseitig. Mit einer ausschließlich auf Reichweite im Netz ausgerichteten Berichterstattung und Einsparungen haben viele Medienhäuser selbst die Entwertung von Fakten vorangetrieben, statt frühzeitig Antworten auf die Frage zu suchen, wie ein bestimmter, professionellen wie ethischen Standards verpflichteter Journalismus seinen Funktionen für die Demokratie auch unter digitalen Vorzeichen gerecht werden kann. Nicht die Rolle und zentrale gesellschaftliche Funktion von professionellem, redaktionell organisiertem Journalismus ändern sich, aber die Art und Weise, wie er sie wahrnimmt.

Welchen Journalismus brauchen wir in der digitalen Moderne?
Mit Business as usual, das zeigen die letzten Jahre, lässt sich digital kaum Geld verdienen.

Nachrichten in Echtzeit, Krisenticker und Horse-Race-Journalismus gibt es für lau an jeder Ecke im Internet.
Umso wichtiger wird es, einen wirklich geldwerten Mehrwert zu leisten, unterschiedliche Perspektiven auf Themen aufzuzeigen, Hintergründe transparent zu machen und so wie der sogenannte „konstruktive Journalismus" Lösungen aufzuzeigen. Die Entwicklungen bei Digitalabos sind bei einzelnen Verlagen durchaus erfreulich. Eine Medienlandschaft in dem von uns gewohntem Umfang wird sich so aber nicht finanzieren lassen.

Wo sehen Sie Chancen?
Ich glaube an eine inklusive, vielfältigere, resilientere Öffentlichkeit, in der unabhängige journalistische Angebote – technologisch auf Höhe der Zeit und mit belastbaren Geschäftsmodellen ausgestattet – Information, Dialog und Debatte zu lokalen, nationalen und europäischen Sachverhalten ermöglichen, in der Medienkompetenz und News Literacy weit verbreitet sind und in der Künstliche Intelligenz und Algorithmen dem Gemeinwohl dienen. Das mag aus heutiger Sicht utopisch erscheinen und sicher gibt es keine einfachen Lösungen, keine länder- und branchenübergreifend anwendbaren Patentrezepte. Auch wird es der kommerzielle Journalismus alleine nicht lösen können. Finanzierungsmodelle und Geschäftsmodelle dürften vielfältiger werden. Stiftungen werden eine größere Rolle spielen, aber auch staatliche Instrumente wie die Mehrwertsteuer oder die Anerkennung des Journalismus als gemeinnützig, was wiederum Raum schaffen würde für mehr Förderung aus der Zivilgesellschaft. Und irgendwann wird man sich auch nochmal grundsätzlich mit der Neudefinition des Auftrags der öffentlich-rechtlichen Medien beschäftigen müssen – und zwar losgelöst von der bestehenden Rundfunkordnung und idealerweise europäisch.

Aber wie soll das funktionieren?
Die Voraussetzung ist, dass wir uns als Gesellschaft vom Hier und Jetzt und von aktuellen Krisenbeschreibungen lösen und uns stattdessen mit der Frage beschäftigen, worauf das alles, eingedenk zukünftiger technologischer und gesellschaftlicher Veränderungen, hinausläuft und hinauslaufen soll. Mit welcher Informationsarchitektur wollen wir leben? Dazu gehört auch, sich zu überlegen, „wie viel" und welche Art Journalismus wir uns leisten wollen – und wie wir das finanzieren! Es geht um Daseinsvorsorge für die Demokratie. Das ist zu wichtig, um es den Fachdebatten von Medienpolitik, Wissenschaft und Lobbyismus zu überlassen. Darüber muss auch öffentlich, gesamtgesellschaftlich diskutiert werden.

Braucht eine Gesellschaft so etwas wie Anti-Propaganda-Institutionen? Oder ist das die Rolle von Medien?
Das ist die Kernaufgabe des unabhängigen Journalismus. Ansonsten: Die Meinungs- und Pressefreiheit hat dort ihre Grenzen, wo in die Rechte anderer eingegriffen oder sonstige Strafgesetze verletzt werden. Dafür sind die Behörden zuständig. Alles, was darüber hinausgeht, ist heikel. Hier halte ich es mit dem ehemaligen Vizepräsidenten der EU-Kommission Andrus Ansip: „Fake News sind schlimm, aber ein Wahrheitsministerium ist schlimmer."

Die Fragen stellte Martin Bialecki.

Gewollte Kontrolle?

Im Kontext des digitalen Strukturwandels ist die Reanimierung des Begriffs der Souveränität falsch und unnötig. Freiheitliche Gesellschaften haben bessere Äquivalente. Eine Gegenrede.

Von Thorsten Thiel

Im gegenwärtigen Diskurs zur Entwicklung digitaler Öffentlichkeit hat sich insbesondere in Europa die Forderung nach Souveränität als eine Antwort auf den digitalen Strukturwandel herausgebildet. Souveränität wird dabei als eine Art Vorbedingung für die Verteidigung eines demokratischen und geeinten Europas gesehen. Um bis ins Jahr 2030 nicht zu einem innerlich zerrissenen Anhängsel einer amerikanisch-chinesischen geopolitischen Rivalität oder zu einer Art Kolonie transnationaler Konzerne zu werden, gelte es, Souveränität erfolgreich zu (re-)etablieren. Souveränität wird in diesem Diskurs als etwas beschrieben, worüber „wir" nicht hinreichend verfügen, was aber zu erlangen wäre, wenn wir uns unserer politischen und wirtschaftlichen Macht besinnen. Ist Souveränität aber erst einmal erlangt, realisiert sich eine andere, eine von europäischen Werten und Demokratie geprägte Digitalisierung.

Im Folgenden soll die Verknüpfung des Diskurses zum Strukturwandel von Öffentlichkeit in der digitalen Konstellation mit der (Re-)Etablierung digitaler Souveränität kritisch hinterfragt werden. Nicht, weil die Problemdiagnose völlig falsch ist, wohl aber, weil die Ausweitung des Souveränitätsdiskurses und die Gleichsetzung von Souveränität und Demokratie der mediatisierten Demokratie der digitalen Konstellation nicht gerecht werden.

Die digitale Transformation der Gegenwart hat schon früh die Frage nach der Zukunft der Souveränität aufgeworfen – zunächst jedoch in einer sehr anderen als der heute geläufigen Weise (Pohle/Thiel 2019; Thiel 2019). Nach einer utopischen Phase, in der ein souveränitätsaverser Cyberspace imaginiert wurde, erhielt der Souveränitätsdiskurs etwa ab der Jahrtausendwende zunehmend Referenzen zu „klassischen Themen" wirtschaftlicher Konkurrenz und vor allem Sicherheit. Der Aufstieg des kommerziellen Internets resultiert in der Durchsetzung der bis heute dominanten Technologiekonzerne. Diese finden und verfeinern ihre Geschäftsmodelle.

Die beginnende Allgegenwart digitaler Kommunikationskanäle bringt ein erhöhtes Bewusstsein für die gesellschaftlichen Folgen und Risiken der Vernetzung mit sich, was in der Folge die Versicherheitlichung des Internetdiskurses befeuert. Die Konjunktur von Themen wie Cyberwar und die immer weitere Definition kritischer Infrastrukturen sind hierfür kennzeichnend (Hansen/Nissenbaum 2009). Souveränität in dieser Dekade ist eindeutig wieder nationalstaatlich codiert, wird aber in der Öffentlichkeit und auch von ihren Apologeten noch in gewissem Widerspruch zu gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Liberalität wie auch den demokratischen Potenzialen des Internets gesehen – und insbesondere durch die lautstarke netzpolitische Zivilgesellschaft problematisiert (Deibert 2010; Mueller 2010).

Dies ändert sich erst ab 2010. Nun wird Souveränität – zumindest im europäischen Kontext – vermehrt positiv ausgedeutet sowie immer mehr mit demokratischen Erwägungen verknüpft. Nach Cyberspace und Internet wird „Digitalisierung" zum begrifflichen Bezugspunkt, ein umfassenderes Konzept, das stärker kompetitive als kollaborative Assoziationen hervorruft. Noch wichtiger ist, dass sich die gesellschaftliche Nutzung von Digitaltechnologie ein weiteres Mal verändert: Dies geschieht erstens durch die nahezu universelle Verbreitung von Smartphones. Diese bewirken eine Ubiquität des Computing, die dann durch die Vernetzung von Gegenständen und Prozessen flankiert und heute durch Wearables noch weitergetrieben wird (Greenfield 2017; Nosthoff/Maschewski 2019).

Thorsten Thiel ist Leiter der Forschungsgruppe „Digitalisierung und Demokratie" am Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft.

Zweitens setzt sich in den sozialen Netzwerken eine algorithmische Form der Kuratierung von Inhalten durch, die – in Verbindung mit der sich etablierenden kommunikativen Praxis des Collagierens und Amalgamierens von Information – gesellschaftliche Selbstverständigungsprozesse restrukturiert sowie für Phänomene wie Polarisierung und Emotionalisierung verantwortlich gemacht wird (Margetts et al. 2015).

Drittens verändern sich Prozesse und Logiken der Datenverarbeitung durch die Implementierung von Technologien des maschinellen Lernens. Sie beschleunigen die Automatisierung gesellschaftlicher Prozesse und transformieren Handlungskontexte nachhaltig (Floridi 2014).

Alle drei rasanten Veränderungen werden öffentlich thematisiert und bestimmen die Diagnosen. Mit Blick auf Souveränität bewirkt die evidente Medialität und Technizität gesellschaftlicher Entwicklungen – durch die Corona-Krise nochmals potenziert –, dass souverän nur sein kann, wer über die Technologie(n) bestimmt.

Es sind aber nicht nur die strukturellen Verschiebungen, die man verstehen muss, wenn man den Souveränitätsdiskurs nachvollziehen will. Ähnlich wichtig sind mindestens zwei politische Zäsuren: zunächst 2013 die Enthüllungen Edward Snowdens über die Praktiken geheimdienstlicher Überwachung und dann das Jahr 2016 mit den politischen Erdbeben des Brexit-Referendums und der Trump-Wahl. Vor dem Hintergrund dieser Ereignisse entspinnt sich ein Diskurs über die manipulative Kraft digitaler Kommunikation. Desinformation und Hate Speech, Datensammlung und Microtargeting werden als Gefahr für die demokratische Öffentlichkeit diskutiert, mit äußeren Einflüssen auf die Demokratie verbunden und daher mit Souveränität als Konzept zum Schutz demokratischer Willensbildung verknüpft.

Souveränität wird als Reaktion auf wachsende Abhängigkeit konstruiert: Als erste Quelle von Abhängigkeit gilt das Verhältnis von staatlicher Macht zu privaten Mächten, insbesondere von den großen digitalen Plattformunternehmen (Hindman 2018). Diese werden als Quasi-Souveräne betrachtet, da sie im Hinblick auf ihre Größe (versinnbildlicht in dem häufig zu lesenden Vergleich von Facebooks Mitgliederzahl mit der Einwohnerzahl von Staaten) und wirtschaftliche Macht (festgemacht etwa an Börsenwerten oder liquiden Mitteln) als ebenbürtig erscheinen. Zum anderen, weil die durch sie erbrachten Leistungen infrastruktureller Art sind und tief in die Selbstkonstitution von Gesellschaft eingreifen (Staab 2019).

Souveränität wird als Reaktion auf wachsende Abhängigkeit konstruiert

Die zweite Quelle von Abhängigkeit wird im technologischen Unterbau gesehen. Von der materiellen Dimension der physischen Kabel und Datenspeicher bis zur immateriellen Ebene von Software, Diensten oder auch Patenten: Digitalität basiert auf einem Ineinandergreifen dieser *stacks*, wobei die zunehmende Konzentration von Produktion und Entwicklung in bestimmten Weltgegenden oder in Händen weniger Firmen als Problem gilt.

Die dritte Quelle von Abhängigkeit zielt direkt auf die geopolitische Dimension und besteht im ungleichen Einfluss von Staaten und Regionen auf die technologische Entwicklung. Die Snowden-Enthüllungen haben eine hohe Sensibilität erzeugt, da sie nicht nur das theoretische Potenzial der Beherrschung offenlegen, sondern auch den Machtwillen staatlicher Akteure demonstriert haben. Dies findet heute seine Fortsetzung in dem industriepolitischen Blick auf Digitalität, wie er im „AI Arms Race" oder in den USA-China-Beziehungen hervortritt. Die vierte Quelle von Abhängigkeit schließlich besteht in der Digitalität unserer Gesellschaften, der Durchdringung unserer lebensweltlichen Routinen (Couldry/Hepp 2016). Die Abhängigkeit, die sich durch Habitualisierung und den affektiven Aufbau der Technologien nochmal verstärkt, wird als Gefahr für den demokratischen Prozess begriffen.

Souveränität ist nicht die Lösung

Die aktuelle Konfiguration der digitalen Konstellation wird zu Recht kritisiert, sie ist von großer politischer, wirtschaftlicher, aber eben auch demokratietheoretischer Relevanz (Berg et al. 2020; Thiel 2020). Was ich aber argumentieren möchte: Der Versuch, Souveränität zum gemeinsamen Nenner staatspolitischer, wirtschaftspolitischer und zivilgesellschaftlicher Anliegen zu machen und stets vom großen Ganzen – der Gefahr für die Demokratie und „unsere" Werte – her zu denken, befördert letztlich vor allem die Errichtung von Kontrollstrukturen und konterkariert den Demokratiegedanken.

Ideengeschichtlich handelt es sich bei Souveränität um einen staatsbezogenen Begriff, der im Kern eine Zentralisierung von Macht als Antwort auf die Unwägbarkeiten pluralistischer Ordnung postuliert. Souveränität soll eine Klarheit von Zuständigkeiten und Kapazitäten herstellen; und sie tut dies, indem sie einen Bezugspunkt für Befehl und Kontrolle benennt. Konfrontiert mit Wechselbeziehungen und Unklarheiten soll Souveränität so Gestaltungsmacht sicherstellen – und seit der Neuzeit meinte dies: die Ordnung des Nationalstaats ins Recht setzen. Dabei hat sich das Konzept im Laufe seiner Geschichte zwar von seinen absolutistischen Wurzeln entfernt, trotzdem bleibt die Kritik aktuell. Schaut man, wie digitale Souveränität performativ hervorgebracht wird, so spielen Abgrenzung und Ausschluss eine zentrale Rolle (Lambach 2019; Möllers 2020).

Dies wird auch nicht dadurch gemindert, dass der Begriff der Souveränität im digitalen Kontext auf der Ebene europäischer Politik verortet wird. Es ist jedoch in mehrerer Hinsicht überraschend. Zunächst, weil das europäische Projekt ja gerade aus der Idee der Überwindung nationalstaatlicher Souveränität geboren ist und weil Versuche, europäische Souveränität oberhalb der europäischen Nationalstaaten zu propagieren, teils große Krisen im Prozess der europäischen Integration ausgelöst haben.

Dass digitale Souveränität trotzdem so gerne als europäische eingeführt wird, hat mehrere Ursachen. Die offenkundigste davon ist die Notwendigkeit eines großen Marktes, was zur Diagnose des Souveränitätsverlusts aufgrund der Stärke der

nichteuropäischen Privatwirtschaft passt – und doch immer auch den Eindruck der Normativierung simpler Standortpolitik erzeugt.

Ähnlich wichtig ist die führende Rolle Deutschlands im Diskurs digitaler Souveränität (im französischen Diskurs ist die Forderung auch verbreitet, aber doch verhaltener und weniger umfassend) (Pohle 2020b). Die Umarmung des Konzepts digitaler Souveränität durch deutsche Politik liegt wegen ihrer Grundpfeiler nah – von der Exportpolitik über ein starkes ordnungspolitisches Element bis hin zu Besonderheiten wie dem öffentlich-rechtlichen Sektor oder der hohen Europaaffinität Deutschlands. Sie trägt aber dazu bei, dass das Projekt zur Reduzierung technologischer, wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeiten in anderen Ländern Europas weniger als Demokratisierungs- denn als Hegemonialprojekt ankommt. Das Verwischen der Grenze zwischen Nationalstaat und Europa – wie es in deutschen Positionspapieren praktiziert wird – offenbart in seiner Penetranz einen stark staatspolitisch verengten Blick auf die digitale Konstellation.

Drittens ist einzuwenden, dass in der Forderung nach Souveränität der Schritt der Errichtung von Kontrollstrukturen eigentlich immer vor deren (potenzieller) Demokratisierung zu erfolgen hat. Wer digitale Souveränität fordert, muss etwa im Bereich der Steuerung des öffentlichen Diskurses immer zunächst ein Durchgreifen möglich machen. Im Kontext digitaler Gesellschaften heißt dies, dass die Souveränitätsforderung auf das Schaffen und Rechtfertigen neuer Eingriffs- und Beobachtungspunkte hinausläuft. Bereits der ältere und wesentlich begrenztere Souveränitätsdiskurs der Jahre 2000 bis 2010 hat etwa wie ein Katalysator auf die Zahl und Möglichkeit der Eingriffspunkte für Staaten wie für private Dritte gewirkt (Benkler 2016; DeNardis 2012).

Eine falsche Reanimation

Die gegenwärtige Wiederbelebung des Souveränitätsbegriffs ist so falsch wie unnötig: Sie versucht etwas zu reanimieren, was längst überwunden sein sollte. Für die Leistungen, die wir von Souveränität erhoffen, haben wir in freiheitlichen und komplexen Gesellschaften bessere, begrenztere und vor allem demokratischere Äquivalente. Der Versuch, auf die Probleme mediatisierter Demokratien mit der Forderung nach mehr Souveränität zu antworten, scheitert: Souveränität – egal ob über das Adjektiv europäisch oder digital eingeleitet – kann nicht einfach in Offenheit oder Rechtsstaatlichkeit umgedeutet werden. Souveränität betont Handlungskontrolle und Hierarchisierung, vor dem Hintergrund von Interdependenz und Pluralität ist sie ein Abwehrreflex, der eine demokratische Selbstverständigung auf das Moment der Selbstbehauptung verkürzt.

Die kommende Dekade wird in Europa fraglos im Zeichen des Kampfes um den Erhalt der freiheitlichen Demokratien und des übergreifenden Integrationsprojekts stehen. Die soziotechnische und ökonomische Situiertheit ist hierfür von größter Bedeutung. Ein Gestalten dieser gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ist aber auch dann möglich, wenn man gar keine völlige Autonomie anstrebt, sondern eine aktive Politik im Kontext der digitalen Transformation mittels der republikanischen Idee begründet, den Raum des Politischen strukturell offen zu halten. Soziale und institutionelle Voraussetzungen sind hierfür ähnlich wichtig wie technische und wirtschaftliche Aspekte – was im beständigen Fordern digitaler Souveränität aber untergeht. IP

Der Bürger im Blick: Überwachungskameras an einer Straße in Moskau.

Macht der Mitte

Die Europäische Union droht im digitalen Großmächte-Ringen an den Rand gedrängt zu werden. Dabei kann sie mit kluger Vernetzung und regulatorisch aus einer Position der Stärke manches bewegen. Und sie muss es auch.

Von Cathryn Clüver Ashbrook

Auch ohne den Blick in die ferne Zukunft ist klar: Wir haben in den vergangenen zwölf Jahren geopolitisches Neuland betreten. Wir erleben eine Zuspitzung des Wettrennens der Großmächte ohne Hegemonialmacht – die sogenannte G-Zero-Welt. Zugleich ist das multilaterale Institutionengefüge geschwächt, wobei es gerade dafür angelegt wurde, das Konfliktpotenzial zwischen Großmächten einzudämmen. Und der Wettbewerb zwischen den „großen Drei" – China, USA und Russland –verlagert sich: Der neue „Kriegsschauplatz" ist das Netz. Netzarchitektur, Daten- und Informationshoheit, KI und Edge-Technologie – ein neuer Machtpoker entsteht auf rasante Weise, ohne dass internationales Recht oder staatliche Regierungsbehörden kontrollierend mithalten können. Nationalstaatlich gelenkte Hacker-Angriffe wie NotPetya (russischer Geheimdienst) oder WannaCry (nordkoreanischer Geheimdienst) verursachen für staatliche Akteure und Unternehmen weltweit Schäden in mehrfacher Milliardenhöhe, zerstören kritische Infrastruktur und sorgen sogar in besonders betroffenen Gebieten für eine höhere Sterblichkeitsrate.

Machtmanipulation online: Für die Auswirkungen der technologisch-katalysierten Globalisierung sind die klassischen Nachkriegsinstitutionen nicht ausgelegt – nicht die nationalen Ministerien und noch weniger das multilaterale System. So wie sie heutzutage strukturell konzipiert sind, können sie den vielzähligen Herausforderungen auch kaum gerecht werden. Die multipolare Welt muss aus verschiedenen Gründen, nicht zuletzt auch wegen des Rückzugs der USA, ohne wirksamen Multilateralismus auskommen. China schafft sich eigene Institutionen; Russland blockiert, wo es kann, nutzt internationale Organisationen aus und widersetzt sich, wo es geht, internationalem Recht; die USA verlassen den Saal. Und Europa versucht zusammenzuhalten, was über 70 Jahre lang den eigenen Wohlstand und die Sicherheit garantiert hat, und das – wie die drei Szenarien von „Digitales Europa 2030" unterstreichen – im schlimmsten Fall mehr schlecht als recht, wenn sich Europa nicht jetzt schon gut vorbereitet. Diese „digitalen" Großmachtspannungen um Hardware (5G) und Plattformen haben ähnlich wie im Kalten Krieg auch ideologische Untertöne: Sowohl Europa, wie die Szenarien deutlich machen, aber auch der afrikanische Kontinent erleben den Wettlauf zwischen US- und chinesischen Technologiekonzernen hautnah.

Diesen Entwicklungen stehen die transnationalen Herausforderungen gegenüber, die global symmetrische Effekte erzeugen können: Klimawandel, Pandemien, Ressourcenknappheit, Massenmigration. Es sind Probleme der globalen öffentlichen Güter, die eine funktionale internationale Weltordnung im Sinne der Großkonfliktvermeidung lösen können müsste.

Die globalisierte Vernetzung erlaubt es auch anderen Akteuren, internationale Beziehungen auf neue Weise zu beeinflussen. Das Machtmonopol von Staaten im internationalen Gefüge wankt. Akteure, die sich plattformgetriebene Vernetzung zu eigen gemacht haben, fordern Nationalstaaten auf eigene Art heraus: Regierungen, Parteien, staatliche Rundfunkanstalten verlieren an Deutungshoheit, wenn immer mehr Menschen ihre Hauptinformationen von schwer regulierbaren Internetplattformen beziehen.

Unternehmen, Terrorgruppen sowie NGOs können es durch die gezielte Nutzung von Plattformvernetzung, Manipulation, Hacking, Trolling, Datendiebstahl, Cyberattacken, aber auch einfacher Präsenz und immer besser werdender KI-Ana-

Cathryn Clüver Ashbrook
ist Gründungsgeschäftsführerin des Projekts „Future of Diplomacy" an der Harvard Kennedy School in Cambridge, Massachusetts.

lyse schaffen, sich als internationale Akteure zu positionieren, mit denen man rechnen – besser noch, die man im Sinne der nationalen Sicherheit antizipieren muss.

Während die Verantwortung für Analyse und Entwicklung sowohl offensiver als auch defensiver Kapazitäten im cybermilitärischen Raum auf Verteidigungsministerien und die NATO entfällt, haben handels-, industrie-, regulations- und demokratieunterstützende Maßnahmen im digitalen Bereich auch eine außenpolitische Dimension. Um der nichtmilitärischen, digitalpolitischen Herausforderungen staatlicher und nichtstaatlicher Akteure Herr zu werden, braucht es eine engmaschige Koordinierung zwischen Fachministerien und den Partnern in der EU-Kommission, Nötig sind auch der Ausbau eigener Analyse-, Diagnose- und Antizipationskapazitäten, eine eigene digitale Infrastruktur (im Sinne der von der EU angestrebten „digitalen Souveränität") sowie eine Strategie der multilateralen Zusammenarbeit zur Entwicklung eines robusten Normen- und Standardkodexes auf der Basis ethischer Prinzipien und internationalen Rechts. Hier müssen sowohl die Außenministerien der EU-Mitgliedsländer und der Europäische Auswärtige Dienst die Koordinierungsrolle übernehmen: Spätestens seit Nord Stream 2 ist deutlich geworden, wie problematisch die Behandlung geopolitischer Situationen in einem rein wirtschaftlichen Kontext sein können. Sauber trennen lassen sich diese Bereiche heutzutage nicht mehr.

Zunächst die guten Nachrichten: Es hat sich in den letzten Jahren in Brüssel, aber auch in den Mitgliedstaaten, gerade in Paris, Kopenhagen und Berlin, auch institutionell einiges getan. Gegründet wurde ENISA, die zivile europäische Schirminstitution, die technologische Sicherheit mit Industriestrategie verbindet; es gibt cyber-außenpolitische Strategien; es gibt Digital-Botschafter im Silicon Valley (Frankreich, Dänemark) und in Berlin; europäische Think-Tanks überschlagen sich mit Analysen zu jedem Aspekt des digitalen Wettrennens und unterstützen als Konsortium sowohl die EU (EU Cyber Direct) als auch die internationale Finanzarchitektur. Der gesamte Themenkomplex ist von der Kommissionspräsidentin und europäischen Regierungen zur Chefsache erklärt worden. Doch es sind vornehmlich immer noch die Chinesen und die Russen, die bei den Vereinten Nationen die Impulse für international geltende Regeln im erweiterten Cyberraum geben – in ihrem Interesse. Und es gibt, wie es die Szenarien „Digitales Europa 2030" deutlich machen, immer noch zu viele europäische Länder – Griechenland, Italien, die Visegrád-Staaten –, die noch viel zu anfällig sind für internationale Einflussnahme.

Die EU wirkt in den Szenarien A und B außenpolitisch viel zu passiv

Die Szenarien A und B unterstreichen, wie weit die Konsequenzen reichen könnten, wenn Europa seine Pläne für die eigene digitale Souveränität nicht weiterverfolgt (dazu gehören der Ausbau von Edge Computing, die Umsetzung des KI-Weißbuchs und die Erweiterung von Gaia-X). Oder wenn Europa in der Diskussion um die EU-Digitalsteuer geopolitische und ökonomische Entscheidungen nicht genau gegeneinander abwägt, wenn es seine Kompetenz als global einflussreicher Digital-Regulator nicht voll ausschöpft.

Die EU sowie die außen- und handelspolitischen Institutionen ihrer Mitgliedsländer wirken in den Szenarien zu passiv: Im Zeichen der symmetrischen Herausforderungen durch Covid-19 ergeben sich für die europäische wie nationale Außenpolitik neue Möglichkeiten, auch im eigenen Institutionengefüge für Teile des digitalen Portfolios. Erstens in der klassischen Verhandlung und der nationalstaatlichen Kooperation, zweitens in der Möglichkeit, institutionell zu gestalten, drittens durch digital-diplomatische außenpolitische Analyse der demokratischen Erosion entgegenzuwirken.

Digitalbeziehungen neu gestalten

In beinahe keinem anderen politischen Bereich werden die Werteunterschiede zwischen Europa und den USA so deutlich wie in der Digitalpolitik. Die zurückliegenden zehn Jahre waren geprägt von den Auseinandersetzungen um Datensicherheit, Privatsphäre („the right to be forgotten"), von der Gestaltung der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (General Data Protection Regulation/GDPR) und deren Auswirkungen auf US-Firmen sowie von den Diskussionen über eine EU-Richtlinie für digitale Dienstleistungen und einer EU-weiten Digitalsteuer. Zudem sehen Teile der politischen Elite in den USA die von der EU angestrebte „digitale Souveränität" – ähnlich wie das ältere Konzept der „strategischen Souveränität" – als amerikafeindlich oder zumindest als wenig hilfreich an, wenn es darum geht, den chinesischen Einfluss auf die Weltwirtschaft und die Geopolitik zurückzudrängen.

So reden Amerikaner und Europäer gerade in kritischen Punkten, wie der Nutzung von Huawei-Hardware beim Ausbau des europäischen 5G-Netzwerks, aneinander vorbei. Oder sie treffen weitreichende Entscheidungen im Alleingang, die dem transatlantischen Partner schaden. Anstatt auf diplomatische Vermittlung und regulären strategischen Austausch zu setzen, verlangt die US-Regierung den Abbau von Huawei-Technologie aus Netzen in ganz Europa (Huawei ist in allen EU-Netzen außer Slowenien verbaut) und erwägt die finanzielle Teilhabe an den „europäischen" Hardware-Riesen Ericsson und Nokia. Im direkten Angriff auf das chinesische Technologie-Imperium scheinen die USA ohne Rücksicht auf Verluste vorzugehen: Ihre Entscheidung, Ende August 2020 die Chip-Pipeline nach China (auch an den 5G-Riesen Huawei) einzustellen, hat Europas Mobilfunkunternehmen, die immer noch oder zumindest zum Teil auf Huawei im 5G-Ausbau setzen, kalt erwischt. Kurzum: Wenn Huawei keine amerikanischen Chips mehr verbauen kann, dann leidet darunter keiner mehr als die europäischen Telekommunikationsriesen. Die Tatsache, dass eine solche Ankündigung auch diplomatisch überraschend kam, zeugt davon, wie wenig zurzeit strategisch notwendiger Dialog zwischen den USA und Europa in der Digitalpolitik stattfindet.

Selbst wenn man das Verhalten der USA in diesen Fragen in den letzten drei Jahren als höchst undiplomatisch bezeichnet, sagt es doch einiges über

die Machtposition und Vorbildfunktion aus, die sich die EU in den vergangenen fünf Jahren erarbeitet hat: Vielen US-Unternehmen hat die europäische Datenschutz-Grundverordnung (GDPR) Zusatzkosten beschert. Dennoch wirkt die Richtlinie nachhaltig, nicht nur in ihrer eigentlichen Funktion, sondern auch als Vorlage. So hat sich beispielsweise der Bundesstaat Kalifornien in seiner eigenen Gesetzgebung zum Schutz der Privatsphäre (California Consumer Privacy Act) an der GDPR orientiert. Der Respekt vor der regulatorischen Macht Europas macht sich auch hier bemerkbar: Zwischen 2014 und 2019 haben amerikanische Technologieriesen ihr Lobbyingbudget verfünffacht.

Aus dieser Position der Stärke heraus kann die Europäische Union nun auch auf eine Neuverhandlung des EU-US-Datenschutzschilds pochen. Insgesamt könnten Spannungen ab- und Vertrauen aufgebaut werden. Dafür müsste es sowohl unter transatlantischen Fachministerien der einzelnen EU-Staaten und mit Teilen der Kommission und Interessengruppen aus der Digitalwirtschaft einen offenen Dialog geben, außerdem einen frühzeitigen transatlantischen Konsultationsprozess – gerade zu Künstlicher Intelligenz, Digitalbesteuerung oder Datenspeicherung.

Ein transatlantischer Digital-Rat müsste in Europa institutionell gut vorbereitet werden: ein besser koordinierter, interministerieller Austausch in den Mitgliedstaaten oder unter Ministerien mit ähnlichem bürokratischem und personellem Design und regem Austausch zur Kompetenzerhöhung in den verschiedenen Bereichen der Digitalpolitik. Hier können auch die europäischen Digital-Diplomaten im Silicon Valley eine entscheidende Rolle spielen. Schon jetzt hat das Team um US-Präsidentschaftskandidat Joe Biden angedeutet, die Digitalkapazität im Außenministerium wieder erhöhen zu wollen. Hier müssen sich die EU, ihre Mitgliedstaaten und die USA auf Augenhöhe begegnen können und institutionell nacharbeiten, um Interessenkonflikte diplomatisch zu lösen.

Multilaterale Diplomatie

Auf der multilateralen Ebene könnten EU-Mitgliedsländer und die EU an sich mehr zur Normen- und Rechtsarchitektur beitragen. Die Vorschläge der ursprünglich deutsch-französischen „Allianz für Multilateralismus“ zu digitalen Themen müssten schnell umgesetzt werden und über Grundsatzerklärungen hinausgehen. Auch hier bedarf es wegen des rapiden technologischen Wandels einer engen Zusammenarbeit mit Technologieunternehmen und einer neuen Generation von Diplomaten, die sowohl den Rechtsrahmen als auch die Technologie an sich verstehen. Die Öffnung der klassischen Außenpolitik für neue Rotationsexpertise und eine Vernetzung zu Think-Tanks, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen wären auch erforderlich.

Digitale Einflussnahme hat, wie die drei Szenarien zeigen, nicht nur nachhaltige Auswirkungen auf unsere Demokratien; sie zwingt uns auch grundsätzlicher, unsere Behördenstrukturen neu zu denken. Künstliche Intelligenz ist jetzt schon in der Konsulararbeit kanadischer Botschaften im Einsatz; in Zukunft wird auch die Meritokratie in Außenministerien infrage gestellt werden, wenn das substanzielle Hintergrundwissen, welches sich sonst aus einer langen Botschafterkarriere ergibt, einem diplomatischen Berufsanfänger per KI zur Verfügung gestellt werden kann.

Das „digitale Zuhören“ und die systematische Auswertung der verwertbaren Informationen aus gezielter digitaler Netzwerkbeobachtung gehören in manchen eu-

Regulatorisch befindet sich die EU in einer Position der Stärke

ropäischen Außenministerien schon heute zum Ausbildungsstoff. Nach dem Arabischen Frühling, der Grünen Revolution im Iran oder auch nach den gescheiterten TTIP-Verhandlungen erhofft man sich aus der engmaschigen Verfolgung einflussreicher Personen und Bewegungen ein Frühwarnsystem für humanitäre Vergehen oder antidemokratische Bewegungen.

Diese Analysekapazität ermöglicht aber auch das Erkennen von Mustern, wie die eigene Bevölkerung von außen beeinflusst werden kann. Immer mehr müssen diese Funktionen von Geheimdiensten, aber auch von Außenministerien übernommen werden, die so zum Beispiel radikale Bewegungen oder antidemokratische Desinformationen abfangen können. Dazu braucht es neue und erhöhte Kapazitäten innerhalb der Ministerien und eine bessere interministerielle Koordination.

In Deutschland könnten solche Funktionen auch in einem lang angedachten nationalen Sicherheitsrat gebündelt werden, um von dort aus wieder an relevante Fachministerien verteilt zu werden, die dann politische Handlungsrahmen entwickeln.

Außenministerien müssen auch selbst Desinformation aktiv entgegenwirken – sowohl auf den digitalen als auch in Person auf den realen Marktplätzen. Aus den EU-Kapazitäten zur Analyse von Desinformation müssen sich für relevante Fachministerien, europäische Parteien, Verbände, Wahlleiter und eine ganze Reihe ziviler Akteure neue Leitlinien entwickeln. Einem nationalen Außenministerium käme hier eine Mittlerfunktion zu. Hier gibt es ebenfalls eine transatlantische Dimension, die Außenministerien zwischen relevanten Ministerien koordinieren könnten, denn Europa und die USA eint, dass sie beide in ähnlicher Weise von Desinformation und digitaler Einflussnahme bedroht sind.

Auch im Aufbau neuer Rekrutierungsmaßnahmen oder im Ausbau der strategischen Kommunikation sollten sich EU-Außenministerien austauschen und Netzwerkeffekte nutzen, um effizient gegen Desinformation vorgehen zu können. Der Ausbau dieser Fähigkeiten in einem Ministerium sollte einhergehen mit verlässlichen und sicheren Technologieoptionen: Hier wird der in Szenario C besprochene, rapide wachsende GovTech-Sektor (z.B. tech4Germany) eine entscheidende Rolle spielen können.

Auch wenn das Risiko besteht, im Großmächte-Ringen um digitale Vorherrschaft ausgebremst zu werden, hat Europa sich einen Aktionsrahmen geschaffen, der eine gute Ausgangsposition ermöglicht. Dieser Rahmen ermöglicht nicht nur Regulierung, sondern auch gut vernetzte, koordinierte außenpolitische Maßnahmen m für mehr politische Gestaltung. Diese Chancen dürfen die EU und die digital führenden Mitgliedstaaten nicht aus den Augen verlieren. Die Konsequenzen sind zu dramatisch. IP

Herausgeber
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik:
Dr. Thomas Enders
Prof. Dr. Joachim Krause
Dr. Daniela Schwarzer

Chefredakteur
Martin Bialecki (V.i.S.d.P.)

Redaktion
Dr. Henning Hoff, Uta Kuhlmann,
Dr. Joachim Staron
Projektmanagerin: Charlotte Merkl
Redaktionelle Mitarbeit: Alexander Menai

Layout
Thorsten Kirchhoff

Redaktionsanschrift
Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31 146
Fax: +49 (0)30 25 42 31 116
ip@dgap.org

Vorstand der DGAP
Dr. Thomas Enders, Präsident
Georg Graf Waldersee, Schatzmeister
Jutta Freifrau von Falkenhausen, Syndika
Dr. Thomas Bagger
Geraldine Schroeder
Johann Voss, Junge DGAP
Marcus Wassenberg
Dr. Daniela Schwarzer, Direktorin
Dr. Thorsten Klaßen, COO
Martin Bialecki, Chefredakteur IP

Marketing und Anzeigen
DGAP Consulting GmbH
Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Stefan Dauwe
dauwe@dgap-consulting.com
Tel.: +49 (0)30 26 30 20 65

Druckerei
PRINTEC OFFSET > medienhaus
Ochshäuser Str. 45 | 34123 Kassel

Pressevertrieb
IPS Pressevertrieb Hamburg GmbH
Nordendstraße 2 | 64546 Mörfelden-Walldorf

Erscheinungsweise
mehrmals jährlich

Einzelpreis Zeitschrift IP	14,90 €
Einzelpreis IP Special	9,90 €
Jahresabonnement Inland	118,00 €
Jahresabonnement Ausland	128,00 €
Luftpost	155,00 €
Studentenabonnement	73,00 €
Studentenabonnement Ausland (Nachweis erforderlich)	83,00 €
Probeabonnement (2 Ausg.)	19,50 €

Alle Abonnentenpreise inkl. Versandkosten und MwSt. Weitere Preise auf Anfrage. Kündigungen bis vier Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums. Für Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gelten besondere Bezugspreise.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,
in allen Fragen und Angelegenheiten rund um Ihr Abonnement der Zeitschrift IP erreichen Sie uns unter:
IP Abonnentenservice
PrimaNeo GmbH & Co. KG
Postfach 104040
20027 Hamburg
Tel.: +49 (0)40 23 67 03 38
Fax: +49 (0)40 23 67 03 01
ip@internationalepolitik.de

Sind Sie Mitglied der DGAP e.V.?
Die Mitgliederbetreuung der DGAP, die für die Verwaltung Ihres Mitgliederabos zuständig ist, erreichen Sie unter:
DGAP e.V.
Mitgliederbetreuung / Evelyn Rehm
Rauchstraße 17/18
10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31 140
Fax: +49 (0)30 25 42 31 116
rehm@dgap.org

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
13. Oktober 2020

www.internationalepolitik.de
ISSN 1430-175X

Projekt „Digitales Europa 2030" der Alfred Herrhausen Gesellschaft

Expertinnen und Experten:
Dr. Julia De Clerck-Sachsse, University of Oxford
Georg Diez, Journalist und Autor
Dr. Katharina Gnath, Bertelsmann Stiftung
Elisabeth von Hammerstein, Körber-Stiftung
Johannes Hillje, Politik- und Kommunikationsberater
Fabiola Hochkirchen, Auxxo Beteiligungen
Dr. Julian Jaursch, Stiftung Neue Verantwortung
Joachim Knodt, Deutsche Botschaft Moskau
Paul Leonhardt, Auswärtiges Amt
Constanze Maria Litt, Europäische Kommission
Dr. Leonard Novy, Institut für Medien- und Kommunikationspolitik
Clark Parsons, Internet Economy Foundation
Dr. Jana Puglierin, ECFR
Teresa Ritter, Bitkom e.V.
Dr. Thorsten Thiel, Weizenbaum-Institut
Dr. Daniel Voelsen, SWP

Beirat:
Natalie Amiri, ARD
Olaf Böhnke, Alliance of Democracies
Christoph Bornschein, TLGG
Cathryn Clüver Ashbrook, Harvard Kennedy School der Harvard University
Maria Exner, ZEIT ONLINE

Projektteam:
Dr. Claudia K. Huber, Programmleiterin Europa, Alfred Herrhausen Gesellschaft
Dr. Johannes Gabriel, Geschäftsführer, Foresight Intelligence
Dr. Cornelius Adebahr, Policy Fellow, Alfred Herrhausen Gesellschaft
Samuel Walker, Projektmanager, Alfred Herrhausen Gesellschaft

Die Szenarien basieren auf den gemeinsamen Diskussionen der Teilnehmenden und spiegeln weder deren persönliche Meinungen noch die Positionen ihrer jeweiligen Organisationen wider.

Bildnachweis

Cover: Silvertiger/123RF; S.1: Chappatte in International New York Times; S.2: picture alliance / Zoonar | Makoto Honda; S.4-5: NicoElNino | iStock; S.18: picture alliance / Xinhua News Agency | Wu Xiaoling; S.26: REUTERS/Alessandro Bianchi; S.31: nmifd | iStock; S.36: ED/RM/GOOGLE/CAMERA PRESS/laif; S.46-47: picture alliance / fStop | Halfdark; S.54: GRAHAM WALZER/NYT/Redux/laif; S.62: Free/Reporters/laif; S.73: picture alliance / ASSOCIATED PRESS | Alexander Zemlinichenko

EDITION • LE MONDE *diplomatique*

Das neue Heft

taz Verlags- und Vertriebs-GmbH • Friedrichstr. 21 • 10969 Berlin

Le Monde mobile

Die Welt stand still. Zumindest für einen kurzen Augenblick. Die Coronapandemie sorgte für leergefegte Straßen, verlassene Bahnhofshallen und verwaiste Check-in-Schalter. Währenddessen schickte Elon Musks SpaceX als erstes Privatunternehmen Menschen ins All und Tesla baut in Brandenburg eine riesige Fabrik für Elektroautos.

9,50 €*, broschiert, 112 Seiten, ISBN 978-3-937683-88-1
Auch als Prämie für ein Zeitungsabo von *Le Monde diplomatique* unter monde-diplomatique.de/abo.
*Versandkostenfrei im Inland, im Ausland zzgl. Versandkosten.

monde-diplomatique.de/edition-lmd • shop@taz.de • T. (030) 25902138

monde-diplomatique.de

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK

UNABHÄNGIG
ÜBERPARTEILICH
GEMEINNÜTZIG

DGAP

JETZT MITGLIED WERDEN:
DGAP.ORG/DE/MITGLIEDSCHAFT
DGAP.ORG | @DGAPEV